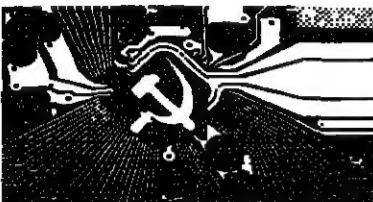


Heute in der WELT

Das Kind mit den zwei Müttern

Eine Frau kann ein Kind austragen, das aus der befruchteten Eizelle einer anderen Frau stammt. Der Gynäkologe „Aster semper certa“ („Die Mutter ist immer gewiss“) stimmt nicht mehr. Das Recht ist auf diese Entwicklung nicht vorbereitet. Für die WELT beleuchtet Bundesjustizminister Engelhardt in einem zweiteiligen Beitrag die Rechtsprobleme der Gentechnik – damit setzt er einen Schwerpunkt für den Deutschen Juristentag, der am 9. September beginnt.



MOSKAUS COMPUTER-SPIONE

Was der Krenl durch Spionage spart

Allein im Fünfjahresplan zwischen 1976 und 1980 ist es den Geheimdiensten KGB und GRU nach eigenen Angaben gelungen, 3500 strategisch brisante Geräte aus dem Westen einzuschleusen. Die Ersparnis für sowjetische Rüstungsplaner bezifferte der Krenl intern auf 2,24 Milliarden Dollar. Die Ausspähung der westlichen Computer-Industrie ist inzwischen geheimdienstliche Aufgabe Nummer eins.

POLITIK

Umwelt: Vor dem Einbau von Wasserenthärtungsanlagen hat das Umweltbundesamt in Berlin gewarnt. Grund: Die Anlagen seien ökologisch bedenklich und könnten für die Gesundheit „unerwünschte Folgen“ haben.

Armut: Trotz eines leichten Rückgangs lebt in den USA immer noch fast ein Drittel aller Schwarzen unterhalb der offiziellen Armutsgrenze. Der Anteil der Weißen von Amerikas insgesamt 33,1 Millionen Armen betrug dagegen unverändert 11,4 Prozent.

Kabelprojekt: Das Berliner Kabelprojekt hat die Erwartungen des Senats nicht erfüllt. Es sei vorerst nicht gelungen, eine größere Beteiligung lokaler Programmveranstalter zu erreichen.

WIRTSCHAFT

Schiller: Verhaltene Kritik an den wirtschaftspolitischen Beschlüssen des Nürnberger Parteitages der SPD hat ihr früherer Wirtschaftsminister Karl Schiller in einem WELT-Gespräch geübt. Das Prinzip der marktwirtschaftlichen Steuerung sei in der Partei manchen Irritationen ausgesetzt gewesen. Nach Schillers Worten ist dies jetzt überstanden. Überdies relativierte er die Nürnberger Beschlüsse: „Wer liest denn schon Programme im Einzelnen?“ (S. 11)

Börse: Die allgemeine Aufwärtsbewegung an den Aktienmärkten setzte sich fort. Der Rentenmarkt tendierte leichter. WELT-Aktienindex 287,08 (284,63). BHF-Rentenindex 107,653 (107,714). BHF-

Performance-Index 107,120 (107,151). Dollar-Mittelkurs 2,0595 (2,0453) Mark. Goldpreis je Feinunze 380,10 (381,10) Dollar.



KULTUR

Museum: Ein in Europa einzigartiges Museum für Indische Kunst gibt es in Berlin. Es ist 1983 entstanden und gehört zum Verband der Staatlichen Museen Preussischer Kulturbesitz. Inzwischen hat es seine Bestände nicht nur durch Neuerwerbungen, sondern auch durch eigene Expeditionen systematisch erweitert. (S. 19)

Opernfestival: Im italienischen Pesaro werden Opernaufführungen von Weltgeltung gezeigt – beim Rossini-Festival. Dieses Jahr ist bereits die Oper „Bianca e Falliero“ eindrucksvoll aufgeführt worden. Sie zählt zu den letzten Werken Rossinis für die Mailänder Scala, die er in seiner produktivsten Zeit schrieb. (S. 19)

SPORT

Leichtathletik: Guido Kratschmer (33) ist bei der Europameisterschaft in Stuttgart nach der dritten Disziplin des Zehnkampfs (Weitsprung) verletzt ausgeschieden. Bereits in der Qualifikation des Stabhochsprungs schied der Teilnehmer aus der Bundesrepublik, Jürgen Winkler und Bernhard Zintl, aus. (S. 9)

AUS ALLER WELT



Prinze: Als verwandlungsfähiger Künstler präsentierte sich US-Popstar Prince (26) in Frankfurt beim Start seiner ersten Deutschland-Tournee. Er begeisterte 6500 Zuschauer mit seinen Talenten als Sänger und Tänzer. (S. 20)

Fahren: Ein ganz neues Fahrengefühl macht sich unter den Italienern breit, bei der Flaggendindustrie herrscht Hochstimmung. Besonders dankbar ist die Ministerpräsident Bettino Craxi, der zur neuen Freude an der Fahne wesentlich beigetragen hat. (S. 20)

Kohl: Beim Asyl sind wir an Grenze des Möglichen gegangen

Verhandlungen mit der „DDR“ / CSU besteht auf Grundgesetzänderung

DIETHART GOOS, Bonn. Auch nach dem Kabinettsbeschluss zur Eindämmung der Asylanflut besteht die CSU bei ihrer Forderung nach einer Änderung des Grundgesetzes. CSU-Generalsekretär Gerold Tandler begrüßte den Maßnahmenkatalog, der dem Mißbrauch des Asylrechts durch Wirtschaftsflichtlinge entgegenwirken will, lediglich als einen ersten Schritt. Es müsse, so Tandler, abgewartet werden, ob die jetzt beschlossenen Schritte ausreichen. Der CSU-Politiker erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß auch der Kanzler „erst kürzlich“ für eine Ergänzung des Grundgesetzes eingetreten sei. Deutlicher wurde der bayerische Sozialminister Franz Neubauer (CSU), der die Kabinettsbeschlüsse „nicht ausreichend“ nannte. Eine Ergänzung des Grundgesetzes sei deshalb nach wie vor erforderlich.

Demgegenüber forderte Kohl die Beendigung der Diskussion um eine Grundgesetzänderung. Mit seinen Beschlüssen habe das Kabinett die Möglichkeiten, die die Verfassung biete, ausgeschöpft. Neben den eigenen Schutzmaßnahmen ist die Bundesrepublik nach Darstellung des Kanzlers auf die Solidarität der Nachbarn angewiesen. „Durch den organisierten Transport von Wirtschaftsflichtlingen werden vor allem unsere Beziehungen zur DDR belastet. Wir bemühen uns mit Nachdruck, hier eine Änderung zu erreichen.“ Helmut Kohl war jedoch nicht bereit, Einzelheiten über die Verhandlungen mit Ost-Berlin mitzuteilen. „Wir befinden

des eingeschränkt. Passagiere aus diesen Ländern müssen ein Transitvisum der Bundesrepublik besitzen, wenn sie bei Zwischenlandungen ihr Flugzeug verlassen wollen.“

Mit ungewöhnlicher Schärfe reagierte die SPD auf die Asyl-Beschlüsse. Die Auseinandersetzung um die Änderung des Grundgesetzes zwischen den Regierungsparteien ist nach den Worten des SPD-Abgeordneten Penner „entlarvt als ekelergende politische Machenschaft zum Zwecke der Profilierung von CSU einerseits und FDP andererseits unter Führung des Bundeskanzlers“. Kohl trage auch die Verantwortung für die „Revitalisierung der rechtsradikalen Szene“.

Der Bundeskanzler kritisierte während seiner Pressekonferenz die Beschlüsse des Nürnberger SPD-Parteitages. Was die SPD jetzt biete, verneine den schwersten Vorwurf, den man einer politischen Partei machen könne: „Sie ist zutiefst unseriös.“ Zur Person des SPD-Kanzlerkandidaten sagte Kohl, er kenne Johannes Rau kaum.

SEITE 4: Bonn schränkt ein

uns in wichtigen Gesprächen mit der DDR. Darüber jetzt zu sprechen, ist nicht opportun.“

Der Bundeskanzler hob besonders die Kabinettsbeschlüsse hervor, die Mißbräuche im Luftverkehr unterbinden sollen. So werden die Fluggesellschaften verpflichtet, nur solche Personen zu befördern, die über ordnungsgemäße Personaldokumente und Reisepässe verfügen. Auch wird das Transitprivileg für Reisende aus Problemstaaten, wie dem Libanon, Syrien, Ghana, Pakistan und Bangla-

derung würde die Verteidigungsausgaben prozentual auf den Stand zurückführen, die sie im letzten Etat der Regierung Schmidt gehabt hätten.

Fast einstimmig machten sich die Delegierten die Forderung nach einem Ausstieg aus der Kernenergie innerhalb von zehn Jahren zu eigen, wobei auch auf die Notwendigkeit eines „breiten gesellschaftlichen Konsens“ hingewiesen wurde.

Vor allem der Alarmruf der Betriebsräte spielte eine große Rolle. Die Gewerkschaftsvorsitzende Wulff-Mathies (ÖTV) und Hermann Rappe (IG Chemie) forderten gemeinsam mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden aus NRW, Farthmann dafür, den betroffenen Arbeitnehmern realistische Arbeitsplatz-Alternativen aufzuzeigen und sich vor allem nicht mit allzu engherzigen Zeitvorgaben für den Ausstieg selbst unter Druck zu setzen. Verhaltene Kritik an den wirtschaftspolitischen Beschlüssen übte der frühere Wirtschaftsminister Schiller in einem WELT-Gespräch.

SEITE 2, 4, 11: Weitere Beiträge

Überlegungen über eine Strukturveränderung der Bundeswehr wieder auf, wonach die Armee „bei sehr geringer Friedensstärke sich stark auf im Verteidigungsgebiet wohnende Reservisten stützt“, also im Hinterland eine Art Igelstruktur entwickle. Parteitagsbeschlüsse und Redbeiträge paßten sich nahtlos in die Vorgabe ein, die Kanzlerkandidat Johannes Rau für dieses Feld am Vortrag mit der Lösung ausgegeben hatte: Eine von ihm geführte Bundesregie-

fechtsköpfe zu kürzen. Rogers drückte jedoch Optimismus aus, daß ihm die Neuverteilung der Atomwaffen gelinge. Auch in Großbritannien seien mehr Atomwaffen gelagert als im Verteidigungsfall notwendig. Er wolle auch diese Situation korrigieren.

Weiter sagte Rogers, von 1985 an könnten die Atomwaffen in Europa erheblich unter das 1983 zu erreichende Niveau von 4600 gesenkt werden, vorausgesetzt eine weitere Modernisierung finde statt. Er sprach von einer moderneren Version der „Lance“-Korps-Artillerie-Rakete und einer neuen Luft-Boden-Rakete für Flugzeuge. In Militärkreisen wurde zusätzlich erwähnt, daß eine Modernisierung auch unterirdische Atomversuche notwendig mache.

Rogers sprach sich auch dafür aus, an den in Westeuropa stationierten Mittelstreckenraketen Pershing 2 und Cruise Missiles festzuhalten. Diese ermöglichen es der NATO, das Territorium des Aggressors unmittelbar unter Risiko zu stellen, was die Sowjets mit uns in Westeuropa seit vie-

len Jahren machen“, sagte Rogers. „Wir können in Europa auf diese Option nicht verzichten, was Verhandlungen über die Anzahl nicht ausschließt.“ Rogers räumte ein deutsches Vetorecht gegen die Stationierung chemischer Kampfstoffe auf dem Boden der Bundesrepublik ein. „Ich denke, jede Nation, auch die Deutschen, haben dieses Vetorecht“, sagte der amerikanische General.

Nach seiner Ansicht kann „die Souveränität einer Nation nicht übergeben werden, wenn es um die Stationierung solcher Waffen auf ihrem Boden geht – also bei chemischen und nuklearen Waffen“.

Besorgt äußerte sich der General über die Spannungen in der westlichen Allianz. „Ich glaube nicht, daß die Europäer wirklich verstehen, wie sehr die Amerikaner das alles satt haben. Wenn heute ein Politiker in Washington den Antrag stellen würde, unsere Truppen zurückzuziehen, würde der Kongreß wahrscheinlich zustimmen“, sagte Rogers.

SED-Generalsekretär Erich Honecker wird in der zweiten Oktoberhälfte die Volksrepublik China, Nordkorea und die Mongolei besuchen. Er folge einer Einladung von Staatspräsident Li Xianmin und Parteichef Hu Yaobang, teilte das chinesische Außenministerium mit. Die „DDR“ und China bemühen sich seit vier Jahren um eine Verbesserung ihrer Beziehungen. Honecker ist der erste Parteichef unter den engsten Bündnispartnern Moskaus, der nach dem chinesisch-sowjetischen Bruch 1963 nach Peking reisen wird. Ungarn, Polen, die Tschechoslowakei und Bulgarien werden, wie aus osteuropäischen Kreisen verlautete, bald dem Beispiel der „DDR“ folgen.

Offen ist noch, ob der polnische Staats- und Parteichef Wojciech Jaruzelski, seinen für Ende September geplanten Besuch Nordkoreas mit einer Reise nach Peking verbinden wird.

„Die Menschen sind sehr besorgt“, sagte Kipper. „Sie wissen, daß sie (an der Unglücksstelle) gefährdet sind und daß es nicht genug Schutzkleidung gibt.“ Von den Rekrutierungen seien vor allem Spezialisten wie Techniker und Lastwagenfahrer betroffen.

SEITE 2, 4, 11: Weitere Beiträge

Überlegungen über eine Strukturveränderung der Bundeswehr wieder auf, wonach die Armee „bei sehr geringer Friedensstärke sich stark auf im Verteidigungsgebiet wohnende Reservisten stützt“, also im Hinterland eine Art Igelstruktur entwickle. Parteitagsbeschlüsse und Redbeiträge paßten sich nahtlos in die Vorgabe ein, die Kanzlerkandidat Johannes Rau für dieses Feld am Vortrag mit der Lösung ausgegeben hatte: Eine von ihm geführte Bundesregie-

DER KOMMENTAR

Staatsschlepperei

ENNO v. LOEWENSTERN

Ob die vom Kabinett beschlossenen Maßnahmen ausreichen, wird man sehen. Erst dann hat es einen Sinn, über eine eventuelle Änderung des Grundgesetzes zu reden. Es geht keinesfalls um eine Beschränkung des Zugangs wirklich Verfolgter. Ohnehin werden nur fünfzehn Prozent der Bewerber anerkannt. Da reicht eine rasche Sachbearbeitung und eine sofortige Abschiebung der Abgelehnten aus.

Verbunden, natürlich, mit angemessenen Strafen für Schlepper – jene Fluggesellschaften eingeschlossen, die Reisende ohne gültige Visa befördern. Da mutet die „Strafe“ von 2000 DM eher mild an. Warum büßt man ihnen nicht die Gesamtkosten jedes dieser Fälle durch entsprechend hohe Strafen auf?

Was man überdies beim Stichwort Schlepper vermißt, das ist der Beschluß, Zuwanderer aus Schönefeld mit „DDR“-Transitvisum, aber ohne Einreisevisum der Bundesrepublik Deutschland, über die Zonengrenze zurückzusenden. Die Überlegung ist vorge-

tragen und begründet worden, daß die „DDR“, indem sie solche Transitvisa gewährt, Verantwortung für die so Begünstigten übernimmt. Bekäme sie ihre Transitreisenden zurück, wäre es schnell mit dem volkseigenen Schlepperbetrieb zu Ende. Aber Bonn steht ja noch in Gesprächen mit Ost-Berlin in dieser Frage. Vielleicht reicht man den speziellen Hinweis erst diskret hintür.

Der SPD-Rechtspolitiker Wilfried Penner hat dem Bundeskanzler „Schäbigkeit“ vorgeworfen. Er behauptet, daß Kohl mit dieser Frage im Wahlkampf die rechtsradikale Szene revitalisiere.

Aber den Asylanstrom im Wahlkampf hat nicht der Kanzler erfinden. Den verdanken wir vielmehr zum großen Teil dem Sicherheitspartner der SPD in Ost-Berlin. Die Öffentlichkeit ist darüber in größte Bewegung geraten, und zwar mit guten Gründen; darüber kann Penner sich bei den SPD-Bürgermeistern vieler Städte informieren. Wenn die Bundesregierung nicht handelte, dann erst würde die rechtsradikale Szene revitalisiert.

SEITE 2: Terror und Miete

Überlegungen über eine Strukturveränderung der Bundeswehr wieder auf, wonach die Armee „bei sehr geringer Friedensstärke sich stark auf im Verteidigungsgebiet wohnende Reservisten stützt“, also im Hinterland eine Art Igelstruktur entwickle. Parteitagsbeschlüsse und Redbeiträge paßten sich nahtlos in die Vorgabe ein, die Kanzlerkandidat Johannes Rau für dieses Feld am Vortrag mit der Lösung ausgegeben hatte: Eine von ihm geführte Bundesregie-

SEITE 2, 4, 11: Weitere Beiträge

Überlegungen über eine Strukturveränderung der Bundeswehr wieder auf, wonach die Armee „bei sehr geringer Friedensstärke sich stark auf im Verteidigungsgebiet wohnende Reservisten stützt“, also im Hinterland eine Art Igelstruktur entwickle. Parteitagsbeschlüsse und Redbeiträge paßten sich nahtlos in die Vorgabe ein, die Kanzlerkandidat Johannes Rau für dieses Feld am Vortrag mit der Lösung ausgegeben hatte: Eine von ihm geführte Bundesregie-

Überlegungen über eine Strukturveränderung der Bundeswehr wieder auf, wonach die Armee „bei sehr geringer Friedensstärke sich stark auf im Verteidigungsgebiet wohnende Reservisten stützt“, also im Hinterland eine Art Igelstruktur entwickle. Parteitagsbeschlüsse und Redbeiträge paßten sich nahtlos in die Vorgabe ein, die Kanzlerkandidat Johannes Rau für dieses Feld am Vortrag mit der Lösung ausgegeben hatte: Eine von ihm geführte Bundesregie-

Überlegungen über eine Strukturveränderung der Bundeswehr wieder auf, wonach die Armee „bei sehr geringer Friedensstärke sich stark auf im Verteidigungsgebiet wohnende Reservisten stützt“, also im Hinterland eine Art Igelstruktur entwickle. Parteitagsbeschlüsse und Redbeiträge paßten sich nahtlos in die Vorgabe ein, die Kanzlerkandidat Johannes Rau für dieses Feld am Vortrag mit der Lösung ausgegeben hatte: Eine von ihm geführte Bundesregie-

Überlegungen über eine Strukturveränderung der Bundeswehr wieder auf, wonach die Armee „bei sehr geringer Friedensstärke sich stark auf im Verteidigungsgebiet wohnende Reservisten stützt“, also im Hinterland eine Art Igelstruktur entwickle. Parteitagsbeschlüsse und Redbeiträge paßten sich nahtlos in die Vorgabe ein, die Kanzlerkandidat Johannes Rau für dieses Feld am Vortrag mit der Lösung ausgegeben hatte: Eine von ihm geführte Bundesregie-

Überlegungen über eine Strukturveränderung der Bundeswehr wieder auf, wonach die Armee „bei sehr geringer Friedensstärke sich stark auf im Verteidigungsgebiet wohnende Reservisten stützt“, also im Hinterland eine Art Igelstruktur entwickle. Parteitagsbeschlüsse und Redbeiträge paßten sich nahtlos in die Vorgabe ein, die Kanzlerkandidat Johannes Rau für dieses Feld am Vortrag mit der Lösung ausgegeben hatte: Eine von ihm geführte Bundesregie-

Überlegungen über eine Strukturveränderung der Bundeswehr wieder auf, wonach die Armee „bei sehr geringer Friedensstärke sich stark auf im Verteidigungsgebiet wohnende Reservisten stützt“, also im Hinterland eine Art Igelstruktur entwickle. Parteitagsbeschlüsse und Redbeiträge paßten sich nahtlos in die Vorgabe ein, die Kanzlerkandidat Johannes Rau für dieses Feld am Vortrag mit der Lösung ausgegeben hatte: Eine von ihm geführte Bundesregie-

Überlegungen über eine Strukturveränderung der Bundeswehr wieder auf, wonach die Armee „bei sehr geringer Friedensstärke sich stark auf im Verteidigungsgebiet wohnende Reservisten stützt“, also im Hinterland eine Art Igelstruktur entwickle. Parteitagsbeschlüsse und Redbeiträge paßten sich nahtlos in die Vorgabe ein, die Kanzlerkandidat Johannes Rau für dieses Feld am Vortrag mit der Lösung ausgegeben hatte: Eine von ihm geführte Bundesregie-

Überlegungen über eine Strukturveränderung der Bundeswehr wieder auf, wonach die Armee „bei sehr geringer Friedensstärke sich stark auf im Verteidigungsgebiet wohnende Reservisten stützt“, also im Hinterland eine Art Igelstruktur entwickle. Parteitagsbeschlüsse und Redbeiträge paßten sich nahtlos in die Vorgabe ein, die Kanzlerkandidat Johannes Rau für dieses Feld am Vortrag mit der Lösung ausgegeben hatte: Eine von ihm geführte Bundesregie-

Überlegungen über eine Strukturveränderung der Bundeswehr wieder auf, wonach die Armee „bei sehr geringer Friedensstärke sich stark auf im Verteidigungsgebiet wohnende Reservisten stützt“, also im Hinterland eine Art Igelstruktur entwickle. Parteitagsbeschlüsse und Redbeiträge paßten sich nahtlos in die Vorgabe ein, die Kanzlerkandidat Johannes Rau für dieses Feld am Vortrag mit der Lösung ausgegeben hatte: Eine von ihm geführte Bundesregie-

Überlegungen über eine Strukturveränderung der Bundeswehr wieder auf, wonach die Armee „bei sehr geringer Friedensstärke sich stark auf im Verteidigungsgebiet wohnende Reservisten stützt“, also im Hinterland eine Art Igelstruktur entwickle. Parteitagsbeschlüsse und Redbeiträge paßten sich nahtlos in die Vorgabe ein, die Kanzlerkandidat Johannes Rau für dieses Feld am Vortrag mit der Lösung ausgegeben hatte: Eine von ihm geführte Bundesregie-

Überlegungen über eine Strukturveränderung der Bundeswehr wieder auf, wonach die Armee „bei sehr geringer Friedensstärke sich stark auf im Verteidigungsgebiet wohnende Reservisten stützt“, also im Hinterland eine Art Igelstruktur entwickle. Parteitagsbeschlüsse und Redbeiträge paßten sich nahtlos in die Vorgabe ein, die Kanzlerkandidat Johannes Rau für dieses Feld am Vortrag mit der Lösung ausgegeben hatte: Eine von ihm geführte Bundesregie-

Überlegungen über eine Strukturveränderung der Bundeswehr wieder auf, wonach die Armee „bei sehr geringer Friedensstärke sich stark auf im Verteidigungsgebiet wohnende Reservisten stützt“, also im Hinterland eine Art Igelstruktur entwickle. Parteitagsbeschlüsse und Redbeiträge paßten sich nahtlos in die Vorgabe ein, die Kanzlerkandidat Johannes Rau für dieses Feld am Vortrag mit der Lösung ausgegeben hatte: Eine von ihm geführte Bundesregie-

Überlegungen über eine Strukturveränderung der Bundeswehr wieder auf, wonach die Armee „bei sehr geringer Friedensstärke sich stark auf im Verteidigungsgebiet wohnende Reservisten stützt“, also im Hinterland eine Art Igelstruktur entwickle. Parteitagsbeschlüsse und Redbeiträge paßten sich nahtlos in die Vorgabe ein, die Kanzlerkandidat Johannes Rau für dieses Feld am Vortrag mit der Lösung ausgegeben hatte: Eine von ihm geführte Bundesregie-

Überlegungen über eine Strukturveränderung der Bundeswehr wieder auf, wonach die Armee „bei sehr geringer Friedensstärke sich stark auf im Verteidigungsgebiet wohnende Reservisten stützt“, also im Hinterland eine Art Igelstruktur entwickle. Parteitagsbeschlüsse und Redbeiträge paßten sich nahtlos in die Vorgabe ein, die Kanzlerkandidat Johannes Rau für dieses Feld am Vortrag mit der Lösung ausgegeben hatte: Eine von ihm geführte Bundesregie-

Überlegungen über eine Strukturveränderung der Bundeswehr wieder auf, wonach die Armee „bei sehr geringer Friedensstärke sich stark auf im Verteidigungsgebiet wohnende Reservisten stützt“, also im Hinterland eine Art Igelstruktur entwickle. Parteitagsbeschlüsse und Redbeiträge paßten sich nahtlos in die Vorgabe ein, die Kanzlerkandidat Johannes Rau für dieses Feld am Vortrag mit der Lösung ausgegeben hatte: Eine von ihm geführte Bundesregie-

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mittwochsjaeger

Von Hans Baumann

Wie nennt man einen Jäger, der in ein Revier zieht, von dem er seit langem weiß, daß es prall gefüllt ist mit den prächtigsten Böcken, und der zwar ein Gewehr, aber keine Munition mitnimmt? Man nennt ihn einen Sonntagsjäger. Wie nennt man eine Konferenz der CDU, die sich mit Energiefragen befassen will und die zeitlich mit dem Nürnberger Ausstiegsbeschluss der SPD in Bonn zusammenfällt (seit langem wissend, daß zu diesem Zeitpunkt die Konkurrenz auf dem Felde der Energiepolitik ihren Bock des Jahres schießen wird) - wie nennt man diese Konferenz, wenn sie keine gründliche Analyse des Hauff-Papiers vornimmt?

Man kann sie nicht gut Sonntagskonferenz nennen, weil sie an einem Mittwoch stattfand. Also muß man sie wohl Energieforum der CDU nennen.

Es mag ja sein, daß manche müde werden, den immer wieder neu vorgetragenen Wahlkampf-Unfug immer wieder neu zu wiederholen. Aber dies war nun einmal die klassische Gelegenheit, anzugreifen, dem Bürger deutlich zu machen, daß und wie die Energiepolitik zum Feld des Wählerlängs geworden ist. Der Bürger will nicht nur, er muß erfahren, wie sich der Ausstieg aus der Kernenergie auf die Volkswirtschaft, auf seinen Arbeitsplatz und die Arbeitsplätze seiner Kinder auswirken würde. Und was es beispielsweise unmittelbar für sein Portemonnaie bedeuten würde, wenn man ihm die Nachspeicherheizung abschaltete und wenn man beim Strom den Mengenerabatt abschaffte, eines der klassischen Beispiele einer marktwirtschaftlichen, am Interesse des Verbrauchers ausgerichteten Ordnung.

Natürlich wissen die Fachleute Bescheid. Aber ihre Aufgabe ist es, nicht sich selber zufriedenzustellen, sondern den Bürger zu informieren. Auf dieser Energiekonferenz wurden keine Funken geschlagen, sondern da glühten den ganzen Tag Elitäres aus dem weiten Reich der Energie vor sich hin. Wie lautet einer der wichtigsten Lehrsätze aus dem Energiebereich? „Von nichts kommt nichts“ (Robert Mayer).

Terror und Miete

Von Monika Germani

Was sich in Südafrika abspielt, scheint vielen Außenstehenden ein Aufstand der schwarzen Bevölkerung gegen die weiße Vorherrschaft zu sein. Wie das in der Wirklichkeit aussieht, kann man in Soweto studieren. Die Unruhen begannen vor zwei Jahren unter anderem mit einem Streik gegen die Mieterhöhung in den schwarzen Städten, die zum Teil rund 20 Mark betrugen. Zur Taktik der „Comrades“ (Genossen), wie sie in den schwarzen Städten die Herrschaft zu übernehmen suchen, gehört das Verbot, Miete zu zahlen.

Das war einfach zu kontrollieren: Wer dem Befehl folgte, dessen Müll wurde nicht von der Stadtreinigung abgeholt. Also türmten sich Kehrichthaufen und zeigten wieder einmal, unter welcher „menschenunwürdigen Bedingungen“ die Schwarzen hausieren müssen. Wer seine Miete zahlte, wurde mindestens bedroht, wenn ihm nicht sogar das „Halsband“ umgelegt wurde: der benzingefüllte Reifen, der dann angezündet wird.

Inzwischen haben sich die Mietschulden in den schwarzen Städten um Johannesburg gehäuft. Im dichtbesiedelten Vaalgebiet, im Industriegebiet des Witwatersrand waren die ausstehenden Mietschulden Anfang Juli allein auf zwölf Millionen Rand angestiegen. In einigen Gegenden sind bis zu drei Jahren Mietschulden offen. So läßt sich eine Entwicklung der schwarzen Städte nicht durchführen. Schließlich müssen Teerstraßen, Elektrizitätsanlagen und anderes bezahlt werden. Die Stadtverwaltung drohte mit Kündigung und Zwangsäumung.

Das kann den „Genossen“ wieder sehr gelegen: Vertreibung der armen unschuldigen Menschen aus ihren Elendsquartieren (Kehrichthaufen eingeschlossen)! Am Dienstag ging die Polizei in Soweto gegen brennende Barrikaden vor. Bei ihrem Erscheinen wurde eine Handgranate gegen sie geworfen („unbewaffneter Kampf“), vier Polizisten verwundet. Die Polizei schloß. Sieben Schwarze wurden in diesem Fall getötet. In einem weiteren Vorfall waren es vier.

Der Zulu-Chief Buthelesi bemerkte kürzlich, was sich in Südafrika abspiele, sei ein Bürgerkrieg schwarz gegen schwarz. Soweto ist ein Fallbeispiel dafür, wie eine Gruppe entschlossener Täter durch Terror einen Aufstand „macht“.

Taktlos mit Syrien

Von Rolf Görtz

König Juan Carlos von Spanien wurde nach Damaskus und Syriens Präsident Assad nach Madrid eingeladen. Stolz vermeldet der spanische Außenminister diesen Erfolg seines Besuches in Syrien. Die Syrer haben also den Spaniern gnädigst verziehen, daß diese diplomatischen Beziehungen zu Israel aufgenommen haben. Und schulterklopfend nahmen sie zur Kenntnis, daß die PLO zum ersten Mal in Europa einen Status erreichte, der dem einer diplomatischen Mission ähnelt.

Eine Morgengabe Madrids an die radikalen Staaten Arabiens. Mehr konnte man den Palästinensern in Madrid nicht anbieten; schließlich „ist die PLO kein Staat“, wie aus dem Außenministerium zu erfahren ist. Nun, die Terroristen der PLO werden die vielen Erleichterungen wie Diplomatengepäck und eigene Fahrzeuge auch so gern wahrnehmen.

Die Freundschaftsbotschaften aus Damaskus kommen einen Tag, nachdem Hafez Assad verkündete, man werde gemeinsam mit Libyen gegen jeden Angreifer kämpfen. Gemeint ist die 6. US-Flotte, die unter anderem in der Großen Syrte die Freiheit der Meere verteidigt, auch im europäischen Interesse. Und gemeint ist die Entschlossenheit der USA, dem Terrorismus entgegenzutreten; auch das im Interesse Europas. Daß die USA lieber friedliche Wege gehen, haben sie mit ihrem guten Verhältnis zu Algerien bewiesen, einem Land, das auch zum sozialistischen Lager zählt und mit der Unterstützung der Polisario-Rebellen in der Westsahara durchaus die Interessen des Westens durchkreuzt.

Niemand hat etwas gegen eine kluge, auch „besonders freundschaftliche“ Kontaktpflege Spaniens mit den arabischen Ländern. Aber wenn Madrid in dem Augenblick die „arabische Sache“ für „gerecht“ erklärt, in dem der arabische Exponent der sowjetischen Politik im Mittelmeerraum, Hafez Assad, gegen die USA Front macht und mit seinem libyschen Tete-à-tete den Nahostkonflikt auszuweiten sucht - offensichtlich auch das im sowjetischen Einverständnis - dann fragt man sich: Wie verhält sich das zur Mitgliedschaft im europäisch-amerikanischen Bündnis?



KLAUS BÖHLE

Wie viele Divisionen hat er?

Von Herbert Kremp

Der außenpolitische Teil der oppositionellen Regierungserklärung, die Johannes Rau in Nürnberg abgab, ist der bedeutendste. Die kurze Passage (zweiinhalb von sechzehn Seiten), die er dem Schicksalsthema widmet, steckt voller volutaristischer Begriffe, deren Umfang nach dem Gesetz der Logik ebenso weit ist wie ihr Inhalt gering.

Was meint Rau mit einer europäischen Friedensordnung, für die er in einer melodramatischen Wendung Olof Palme zum Zeugen aufruft? Sie soll die Machtblöcke überwinden und schließlich überwinden - gut, aber was heißt das? Wie will ein Bundeskanzler Rau zum Beispiel den Warschauer Pakt, einen der Machtblöcke, der wahrlich nicht auf freiwilligem Zusammenschluß beruht, auflösen? Durch gutes Zureden, durch Vorleistungen, durch geistverändernde Vision? Über das Wie, über das, was an die Stelle der Blöcke treten soll, über die Rolle und die Verfassung Deutschlands und der osteuropäischen Staaten erfahren wir nichts. Warum läßt Rau Prediger-Blasen steigen, die vor Leere schillern?

Der Kanzler-Kandidat etabliert sich in einer schwierigen Partei. Die SPD hat Helmut Schmidt wegen der Nachrüstungspolitik fallengelassen - das ist die historische Wahrheit. Ein Teil der Partei und einige ihrer namhaften Vertreter wollen die Organisation der westlichen Allianz verlassen. Der Anti-Amerikanismus ist in Wortprotokollen belegt (Beispiel: Berliner SPD-Parteitag vom 22.-24. Juni 1986). Der Sowjet-Kommunismus wird nicht mehr sorgfältig analysiert, seine Gefahren werden nicht beim Namen genannt, sondern in die Spirale des Schweigens abgedrängt. Außenpolitik ist zu Friedens- und Abrüstungspolitik geschrumpft. Für Südafrika und Nicaragua (für alles, was fern liegt) engagiert man sich mehr als für Deutschland, dem Rau ganze vier Schreibmaschinenseiten widmet.

Der Kandidat bewegt sich in aufgewickelten Gelände. Er bekennt sich als „Freund Amerikas“, muß aber hinzufügen, daß er für Ergebnisse keinen Rabatt, sondern nur subtile Verachtung. Und er zitiert einen Satz aus dem Leitartikel der Partei, der konditional verschönert ist: „Die Bundesrepublik Deutschland findet das ihr erreichbare Maß an Sicherheit im



Womit er sich nicht abfinden will: Rau (mit Ehefrau) auf dem Roten Platz. FOTO: SVEN SIMON

Atlantischen Bündnis, wenn sie ihre eigenen Sicherheitsinteressen dort einbringen und durchsetzen kann, auch ihr Interesse an gemeinsamer Sicherheit.“

Es ist unverkennbar, daß Rau vorsichtig vor Brandt in Richtung Schmidt zurückrudert. Der angebliche oder tatsächliche Freund Amerikas will sich in der Außenpolitik nicht ideologisch einengen lassen. Während des Wahlkampfes mag ihm dies halbwegs gelingen, der Kanzler Rau jedoch wäre sofort wieder in der Gemengelage des am Ende isolierten Helmut Schmidt. Schon jetzt macht er der tiefverwandten Partei Konzessionen, zu denen Schmidt nie bereit gewesen wäre. Dem mächtigen linken Flügel kommt er durch die Forderung eines atomwaffenfreien Korridors in Mitteleuropa als Vorstufe zu einem atomwaffenfreien Europa entgegen.

Ein solcher „Korridor“ (wie breit wäre er denn?) ist sicherheitspolitisch unsinnig: Die amerikanischen Atomwaffen wären in jedem Fall vom Kontinent verbannt - in Frankreich sind sie nicht stationiert, in Belgien und die Niederlande würden nicht mehr stationieren - während die sowjetischen Atomraketen aller Art aus der Position östlich von Polen den Kontinent weiter überschatten würden. Es gibt keinen sichereren Weg zum Ende des Atlantikpakts und zur endgültigen Suprematie der Sowjetunion als diesen Plan. Europa

gliche in diesem Fall der Stadt Hiroshima - sie war bekanntlich atomwaffenfrei. Macht uns diese (uralte) Idee sicherer? Für den Anfang („unverzüglich“) fordert Rau von den USA und der Sowjetunion Aufstellungsstopp und Reduzierung der Raketen auf den Stand von 1979. Er achtet dabei nicht auf die Symmetrie der Potentiale. Um sie bemühen sich die Amerikaner in Genf. Das Wort Symmetrie kommt bei Johannes Rau nicht vor. Der Kandidat denkt nicht präzise. 1979 war das atomare Gleichgewicht in Europa durch die sowjetische Vorrüstung (SS 20) denartig gestört, daß die Sicherheitslogik zur amerikanischen Nachrüstung mit modernen Pershing 2 und Cruise Missiles führen mußte. Als im Dezember 1979 der sogenannte Doppelbeschluss verabschiedet wurde, hatten die Sowjets bereits 120 SS-20-Raketen installiert.

Will Rau diesen Zustand eindeutiger sowjetischer Überlegenheit wiederherstellen? Macht uns das sicherer und freier? Kann sich der Kandidat nicht denken, daß der amerikanische Kongress angesichts einer solchen Unsicherheitslage jeden Präsidenten zwingen würde, die praktisch entwerteten US-Truppen vom Kontinent abzuziehen? Weiß er nicht, welche Diskussion in Washington schon im Gange ist, oder will er sie vielleicht sogar klammheimlich fördern? Als Bundeskanzler, sagt Rau, werde er sich nicht einfach mit der Ergebnislosigkeit von Verhandlungen zwischen den Weltmächten abfinden. Das klingt gewaltig und sehr gelungen. Äußerlich. Wie viele Divisionen hat Herr Rau, um die Weltmächte zu ihrem Glück zu zwingen?

Ob Atomwaffen, chemische Waffen, SDI - in der Sicherheitspolitik zeigt sich Johannes Rau überfordert. Die Analyse ist unzureichend, es fehlt offenbar an Wissen und Gedankenschärfe. Als Populist reißt er Sätze aneinander, von denen er annimmt, daß sie manchen Leuten gefallen. Zu Ende gedacht, läuft der außenpolitische Teil seines Regierungsprogramms auf die sicherheitspolitische Neutralisierung der Bundesrepublik (und damit Westeuropas) zugunsten der kontinentalen Weltmacht - Sowjetunion hinaus. Was damit gewonnen werden soll, steht in den roten Sternen.

Polen und die Verantwortung der Katholiken

Höfner erinnert an die Menschenrechte, Glomp hält sich zurück / Von Gernot Facius

Von seiner Sommerresidenz Castelgondolfo aus erinnert der Papst die Generale in Warschau an die „Aktualität“ der 1980 getroffenen Übereinkommen zwischen der „Solidarität“ und der Regierung. Er nennt sie ein Beispiel des „nationalen Geistes, der sozialen und moralischen Probleme des Landes im Dialog zu lösen“. Und im polnischen Wallfahrtsort Tschestochowa sagt fast zur selben Stunde Kardinal Höfner unter dem Beifall von 150 000 Gläubigen, die Katholiken müßten sich „ihrer großen Verantwortung“ für eine friedliche Zukunft des alten Kontinents bewußt sein: „Ganz Europa, von Gibraltar bis zum Ural, muß ein neues christliches Antlitz bekommen.“ In deutlicher Anspielung auf „Solidarität“ weist er auf die „Mißachtung der elementaren Menschenrechte in vielen Teilen der Welt“ hin.

Sein polnischer Amtsbruder Kardinal Jozef Glomp betont am selben Ort die Notwendigkeit einer „moralischen Wiedergeburt“. Aber er spricht verschwommener von den gesellschaftlichen Übeln Dro-

gen, Alkohol, Gewalt und Prostitution. Ein Hinweis auf die „Solidarität“ kommt bei ihm nicht vor. Ist das mit der Hoffnung auf Fortsetzung des „Dialogs“ mit Jaruzelski zu erklären?

Die „Pilgerfahrt“ deutscher Bischöfe nach Polen hat nicht alle Zweifel am Kurs des polnischen Primas überwinden können; vielleicht erhält man mehr Klarheit, wenn sich die Oberhirten aus beiden Ländern künftig jährlich treffen. Höfner und seine Mitbrüder hatten bereits am Tag ihrer Ankunft, abweichend vom offiziellen Programm, das Grab des Märtyrerpriesters Popieluszko besucht.

Das war mehr als eine Verneigung vor dem Toten, hatte doch Glomp mehrmals von einem „Kult“ um Popieluszko gesprochen. Zur Erinnerung: Der Primas hätte den „politischen Priester“ gern in einen entlegenen Winkel versetzt. Doch am Wohlwollen des Papstes für Popieluszko scheiterte damals der Versetzungsplan.

In Tschestochowa, im August 1984, leugnete Glomp die Existenz

einer starken deutschen Minderheit in Polen und wandte sich gegen das deutsche Staatsbürgerrecht: „Das Recht eines Landes kann seine Normen nicht auf die Bürger eines zweiten Landes anwenden, wenn es Recht sein will und keine auf politisches Spiel ausgerichtete Mission.“ Die Kirche in Polen wolle Ausländern Gebete in der eigenen Sprache ermöglichen. Aber, so führt der Kardinal fort, ohne die Polonisierungsbemühungen Warschaus zu erwähnen: Die Kirche könne nicht mit gutem Gewissen Andachten in einer fremden Sprache für Leute organisieren, „die diese Sprache nicht kennen und erst im Gebet lernen wollen“.

Der Empörung über diese harte Aussage folgte die Einsetzung einer gemeinsamen Kommission, die Möglichkeiten deutschsprachiger Seelsorge im Warschauer Machbereich erörtere. Jetzt sagt Höfner, in der gesamten Weltkirche bestehe Einigkeit darüber, daß das Wort Gottes jedem Gläubigen möglichst in seiner Muttersprache verkündet werden solle. Sache der jeweiligen

IM GESPRÄCH Humberto Ortega

Comandante als General

Von Werner Thomas

Es gibt wieder Generale in Nicaragua. Sieben Jahre nach der Machtübernahme der „Nationalen Sandinistischen Befreiungsfront“ (FSLN) haben die Comandantes orthodoxe militärische Dienstgrade eingeführt. Humberto Ortega, der Verteidigungsminister und Bruder des Präsidenten, wurde zum ranghöchsten Offizier der „Sandinistischen Volksarmee“ (EPS) befördert - Heeresgeneral. Der letzte General Nicaraguas hieß Anastasio Somoza.

Der jüngere Ortega, 37 Jahre alt, ist, was die wenigsten wissen, der mächtigste FSLN-Führer. Er wirkt, wie der drei Jahre ältere Bruder Daniel, steif und schüchtern. Humberto jedoch genöß schon immer den Ruf, der klügere Kopf und bessere Taktiker zu sein. Ein Diplomat in Managua sagte: „Ohne Humberto wäre Daniel nie Präsident geworden.“

Humberto Ortega tauchte mit siebzehn Jahren in den Untergrund ab. Er gehörte zu den engsten Vertrauten des einflussreichsten FSLN-Gründers, Carlos Fonseca, der drei Jahre vor dem Triumph der Sandinisten bei einem Gefecht ums Leben kam. Fonseca schärfte das ideologische Bewußtsein seines Adepten und dessen Bewunderung für Castro. „Fidel's boy“ (so nennt ihn der Ex-Sandinist Alfonso Robelo, heute Führer der bewaffneten Opposition) hielt am 25. August 1981 vor sandinistischen Militärs eine bemerkenswerte programmatische Rede mit diesen Feststellungen: „Der Sandinismus ist der konkrete Ausdruck der historischen Entwicklung des Kampfes in Nicaragua. Ohne Sandinismus können wir keine Marxisten-Leninisten sein. Der Sandinismus kam ohne Marxismus-Leninismus nicht revolutionär sein.“

Humberto Ortega war der Chefstrategie der Endoffensive gegen die Truppen Somozas. Als Verteidigungsminister und Befehlshaber der „sandinistischen Volksarmee“ konnte er seinem Bruder Daniel Flankenschutz bei dessen starrer politischer Karriere geben. Die Bäckersöhne aus der Provinzstadt La Libertad (sie



Den Bruder ausboften? Humberto (links), Daniel Ortega FOTO: DPA

hatten noch einen anderen Bruder, Camilo, der bei Masaya fiel) trennten gemeinsam die Ambitionen des Innenministers Tomas Borge (83), des einzigen noch lebenden Gründungsmitglieds der FSLN.

Der neue General kommandiert die größten Streitkräfte Mittelamerikas. Die „sandinistische Volksarmee“ umfaßt 120 000 Soldaten und Reservisten (Somozas Nationalgarde zählte zuletzt 9000 Mann), mit modernsten Ostblockwaffen ausgerüstet, von 3000 kubanischen Experten beraten. Humberto Ortega verkündete bereits einen „strategischen Sieg“ über die „Contras“, die in Zukunft freilich wieder mit militärischer Unterstützung der USA operieren. Die Guerillaführer prophezeien eine Eskalation ihres Kampfes und nennen 1987 als „entscheidendes Jahr“.

In Managua kursieren Gerüchte, Humberto Ortega, von Anfang an Mitglied des sandinistischen Politbüros „Direccion Nacional“, wolle seine militärische Karriere durch eine politische ergänzen. Bruder Daniel soll eine Präsidentschaftsperiode ablehnen. Der nächste Präsident könnte der andere Ortega sein, der General, falls er den „strategischen Sieg“ nicht zu früh verkündet hat.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Der SPD-Parteitag mit Johannes Rau hat in der Öffentlichkeit der Kommunisten

programms beinhaltet auffällig oft Redewendungen wie „rückgängig machen“ (Veränderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz), „wieder einführen“ (Schüler-BAFAG), „abschaffen“ (ungerechte Kinderfreibeträge, „reformieren“ (Familien-Lastenausgleich). Wie er damit aber die am Montag noch von Willy Brandt angepöbelten Wähler der Mitte erreichen will, bleibt Raus Geheimnis.

THE TIMES

Auf der Linken gibt es eine kompromisslose Opposition gegen alles Nukleare, von US-Sprenganlagen bis hin zu Atomkraftwerken. Die Linke unterstützt auch die Forderung nach höheren öffentlichen Ausgaben, selbst wenn damit ein Inflationsrisiko verbunden ist ... Der rechte Flügel befürchtet, daß der gegenwärtige Wohlstand zu Ende gehen könnte, falls man die ordentliche Haushaltsführung aufgibt. Rau ist zwischen die radikalen und konservativen Strömungen seiner Partei geraten und fühlt sich nicht wohl dabei. Das Wahlprogramm, das er gestern vorgelegt hat, trägt das Risiko, daß es keine der beiden Seiten begnügt. Es geht gerade weit genug nach links, um zwei feinde Christdemokraten abzuschrecken. (London)

WIESBADENER KURIER

Die Mehrheitsfrage bleibt der Pferdefuß des Rau-Konzepts. Nichts hat der Kandidat dazu beigetragen, den Verdacht zu zerstreuen, nach der Wahl werde auf völlig geänderter Grundlage dann doch mit den Grünen verhandelt.

OFFENBACH-POST

Rau zelebrierte Rau. Der grobe Umriß seines offenkundig schon fertig in der Schublade liegenden Regierungs-

Frankfurter Rundschau

Nach diesem Auftritt ist auch klar, wo die SPD im Wahlkampf die Schwerpunkte setzen wird: Auf die Wirtschaftsfragen und die sozialen Themen, auf den Versuch also, die amtierende Regierung von Wählern abzukoppeln, die bei den Spar- und Umschichtungsmaßnahmen der Bundesregierung Einbußen erlitten haben. Ihnen bietet sich die SPD in einem breiten Bündnis als Sachwalter an.

HESSISCHE ALLGEMEINE

Rau erzeugt den Eindruck eines Mannes, der über den Wassern schwebt und den guten Willen schon für die beste Tat hält. An die Stelle eines bedenklichen Klischees rückt Rau eine kühne Vision. Er möchte etwas von der Kanzler aller Deutschen sein, getragen zwar von seiner Partei, aber weit über sie hinausgreifend. (Kassel)

wahren Vergebung und bitten um Vergebung.“: „Wir brauchen viel Geduld, auch in den Beziehungen der Kirchen“. Es hat Aufsehen erregt, daß es 1985 nicht gelang, das Jubiläum des Briefwechsels zu einer Aktualisierung der damaligen Botschaft zu nutzen. Natürlich spielte hier die Grenzfrage hinein. Papst Paul VI. hatte eine „Normalisierung“ eingeleitet, als er polnische Bischöfe in den lituanischen Diözesen einsetzte. Die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Apostolischen Visitatoren dieser Bischöfe verloren ihr Stimmrecht. Deutschen Bischöfe konnten jetzt nehmen an Besuchen dreizehn Mitgliedern der deutschen Bischofskonferenz, unter ihnen Bischof Gerhard und der Apostolische Visitarer Freien Pfälzer. Schenke-Wolfgang Klomp teilte Hoffnungen mit, daß das als „Ausdruck der Solidarität“ zu verstehen sei. Das stimmt, denn, daran, daß noch Fragen. Das ist ein Teil der „Nor-

Alle Kraft für das Land und den Beruf – das war einmal

Japans Jugend ist ehrgeizig und lernbegierig, sie achtet die Familie und lehnt den Staat nicht ab. Doch auf der Prioritätenliste rücken Freizeit, höherer Lebensstandard und mehr Individualität nach vorne.

Von FRED de LA TROBE

Der Einstieg in die Berufslaufbahn für Japans Schul- und Universitätsabgänger vollzieht sich traditionell Anfang April. In diesem Jahr gaben 1,1 Millionen junger Menschen ihr Debüt in der Verwaltung und Industrie. Die meisten Behörden und Unternehmen begingen den Start der Neulinge mit erheblichen Begrüßungsfeiern.

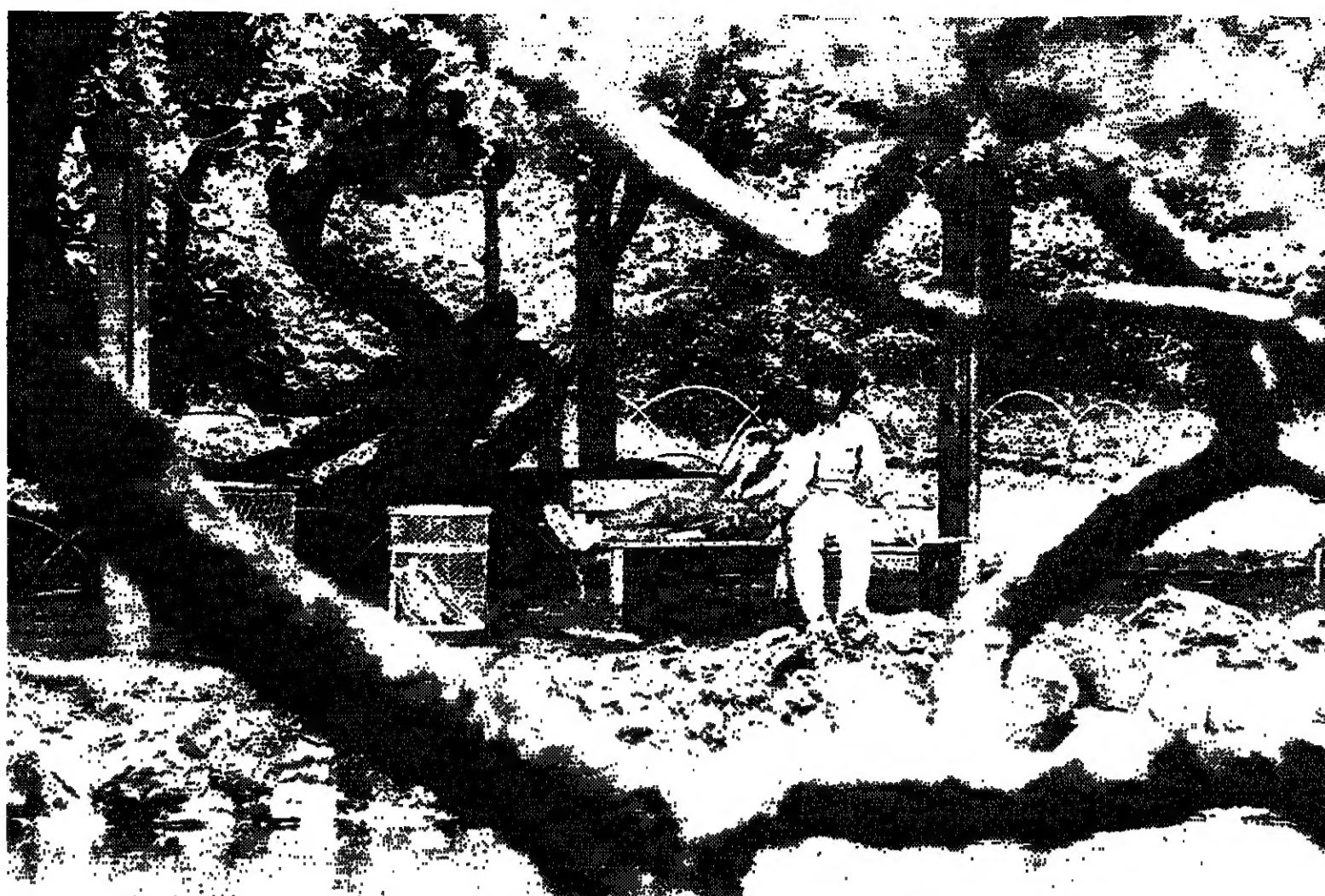
Ich hoffe, daß sie hart arbeiten werden, um der japanischen Wirtschaft zu dienen und unserer Firma zu helfen, eine bedeutende Stellung in der Welt zu erobern. Diese Worte von Yasuichi Komatsu, dem Präsidenten der Sumitomo Bank an die Berufsanfänger standen für tausend ähnliche Reden aus dem gleichen Anlaß im ganzen Lande.

Für den Japaner ist die Schul- und Ausbildung das wichtigste Sprungbrett in die Karriere. Der Wettbewerb um die besten Ausbildungsplätze ist oft übersteigert scharf und läßt dem einzelnen wenig Freizeit. Der Ehrgeiz der Eltern ist groß, die eigenen Kinder auf möglichst guten Schulen unterzubringen. Denn das steigert die Berufschancen und ebnet den Weg zu Einfluß und Sicherheit.

Unter Japans Jugendlichen durchlaufen 99,9 Prozent die neunjährige Pflichtschulzeit. Danach rücken 95 Prozent weiter bis zum Abschluß der Oberschule nach drei weiteren Jahren. Nach der Oberschule entscheiden sich noch 39 Prozent der Abgänger zum in der Regel vierjährigen Universitätsstudium.

Die Auslese für die Karriere beginnt mit den Aufnahmeprüfungen, die um so schwieriger ausfallen, je höher das Prestige der Hochschule ist. Gegenwärtig gibt es in Japan 2,2 Millionen Studenten, die an nicht weniger als 1024 Universitäten und Colleges studieren.

Besonders stark ist der Andrang auf die vier berühmtesten und am schwersten zugänglichen Universitäten Tokio, Kyoto, Hitotsubashi und Hokkaido sowie auf die renommierten privaten Anstalten Keio, Waseda und Sophia. Regierungsstellen und



Zu zweit im Park: 90 Prozent der jungen Japaner sagen, sei seien „recht zufrieden und glücklich“

FOTO: WOLFGANG STECHER

Industrieunternehmen bevorzugen bei der Einstellung von Neulingen Absolventen der Star-Universitäten.

Das Abgangszeugnis einer Elitehochschule ebnet die Wege und führt auf den Rolltreppen der Karriere nach oben. So sind die Vorstände der Großfirmen und die Führungskräfte in den Behörden Abgänger der Spitzenuniversitäten.

Elite-Universitäten garantieren die Karriere

Da bei der Einstellung von neuem Personal so großer Nachdruck auf die Schul- und Universitätslaufbahn gelegt wird, gehen nur wenige Jugendliche nach der neunjährigen Pflichtschulzeit sofort in den Job. Und auch der Anteil der auf die Hochschule ziehenden Oberschüler ist in Japan groß. Wer das Abgangszeugnis einer renommierten Universität vorweisen kann, braucht sich über seine Karriere und Berufsaussichten keine Sorgen zu machen. Wer nur die Mittelschulreife mitbringt, wird sich meist mit einer unsicheren Arbeitsstelle in einem Kleinbetrieb ohne viel Aufstiegschancen begnügen müssen.

Das Lebensgefühl der jüngeren Japaner von 18 bis 25 Jahren unterscheidet sich beträchtlich von dem

ihrer Eltern, die für den wirtschaftlichen Aufstieg ihres Landes seit den sechziger Jahren verantwortlich sind. Unter dieser älteren Generation ist zwar die auf der konfuzianischen Moral aufbauende Ethik der Vorkriegszeit – sie betonte die Treue zu den Herrschenden, Ehrlichkeit, Mut und Bescheidenheit – schon beträchtlich aufgeweicht. Die Älteren klagen oft, daß die heutige Jugend egoistisch und materialistisch sei und keine klaren Lebensziele habe. Es sei dies eine „gleichgültige Generation“, die sich ihrer Arbeitsgemeinschaft und der Gesellschaft nur noch lose zugehörig fühle.

Laut einem von der Regierung Ende 1985 veröffentlichten „Weißbuch über die Jugend“ erklärten 90 Prozent, sie seien mit ihrem Los recht zufrieden und auch ganz glücklich. Dabei spielen die steigenden Einkommen, der erhöhte Lebensstandard und die Zunahme der Freizeit wichtige Rollen. Die meisten jungen Leute bevorzugen auch den leichten Weg, um etwas zu erledigen. Es fehlt ihnen an Geduld und Ausdauer und sie versuchen, ihre Wünsche ohne große Anstrengungen zu verwirklichen. Gleichzeitig ist ein Niedergang der Arbeitsmoral zu verzeichnen.

1958 war noch jeder zweite unter 24 Jahren bereit, „alle Kräfte für den Staat und die Firma einzusetzen“. Im letzten Jahr waren es nur noch sechs Prozent.

Auch eine kürzliche Umfrage der staatlichen Rundfunkgesellschaft NHK deutet auf Wechsel im Verhaltensmuster der reiferen Jugend hin. 70 Prozent erklärten, sie ließen sich nicht gern von anderen Befehlen geben, und 71 Prozent meinten, sie wollten ein möglichst sorgenfreies Leben führen. 51 Prozent äußerten, sie würden alles auf sich zukommen lassen und sich erst dann entscheiden, wenn es nötig sei.

Die Personalchefs japanischer Firmen haben festgestellt, daß ein neuer Typ junger Stellungsuchender an ihre Türen klopft. Er ist praktischer und ungewisser als sein Vorgänger in den siebziger Jahren. Vor allem

ist er auch alles andere als ein Ausbund an Bescheidenheit, sondern macht seine Gehaltsansprüche mit Sicherheit geltend. Damit hat der westliche Individualismus auch in Japan den Fuß schon in der Tür.

Auch das Konsumverhalten der jungen Menschen zwischen 18 und 25 Jahren ist ganz anders als das ihrer Eltern und stark von dem Drang geprägt, die Persönlichkeit des einzelnen auszudrücken. Waren die Japaner in der Vorkriegszeit noch dazu angehalten, ihren Eltern und Herrschern zu gehorchen und in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Gesellschaft zu handeln, so ist das „Lebensgefühl“ der Jugend zunehmend individualistisch.

Nach der alten konfuzianischen Ethik gründete sich das Leben des Volkes auf der Familie. Deren Grundlage war die ehrfürchtige Liebe des Kindes und die gütige Liebe der Eltern. Das Kind verbrachte die Fortdauer der Familie, die von den Vorfahren begründet wurde und ewig fortbestehen sollte. Trotz des Wandels der letzten Jahrzehnte – der Übergang zur Kleinfamilie, Landflucht und Industrialisierung, verschärfte Bildungswettbewerb, Materialismus und Verflachung der zwischenmenschlichen Beziehungen – sind die Familienbande aber immer noch verhältnismäßig fest.

Bei Problemen hilft der Rat der Mutter

Aus einer Umfrage der staatlichen Management- und Koordinationsagentur Mitte letzten Jahres geht hervor, daß knapp 90 Prozent der jungen Menschen zwischen 15 und 23 Jahren keine oder nur sehr wenige Probleme beim Zusammenleben mit ihren Familien hatten. Im Falle von persönlichen Schwierigkeiten fragten 37 Prozent ihre Mütter und 19 Prozent ihre Väter um Rat. 26 Prozent erklärten sich bereit, für ihre Eltern im hohen Alter zu sorgen.

Etwas mehr als 90 Prozent aller Japaner heiraten. Das häufigste Alter für Eheschließungen ist bei Männern 29 und bei Frauen 25 Jahre. 85 Prozent aller Ehen basieren – so ergibt eine Umfrage – auf „Liebesheiraten“. Dabei sind allerdings Eheschließungen mitgerechnet, bei denen die ersten Kontakte von der Familie arrangiert waren. Der Rest entfällt auf vermittelte Ehen.

Da immer mehr junge Frauen in den Arbeitsprozeß eingegliedert sind, wird das Kinderkriegen einge-

schränkt oder aufgeschoben. Nur noch knapp ein Drittel aller jungen Frauen waren der Meinung, daß ihr Platz vorrangig zu Hause sei. Die Scheidungsziffer ist in den letzten Jahren gestiegen, sie lag 1985 bei 13,9, das war allerdings erst etwa ein Viertel derer in den USA.

Sport, Spiel und Reisen gehören laut dem letzten „Weißbuch“ von 1985 des japanischen Freizeit-Entwicklungs-Zentrums zu den beliebtesten Hobbies und Freizeitbeschäftigungen junger Japaner.

Reisen, Discos und Botanische Gärten

In der Reihenfolge der Beliebtheit handelte es sich um Inlandsreisen, Autotouren, Karten- und Brettspiele, Besuche von Bars, Discos oder Nachtclubs, Wandern, Schwimmen, Besuche von Zoos, botanischen Gärten und Museen, Gartenarbeit, Besuche von Vergnügungsparks, Anhören von Musik, Fernsehen, Lesen von Comics, Besuch von Spielhallen, Kinobesuch, Tennis, Kegeln, Stricken oder Weben, Jogging, Aerobic, Besuch von Sportveranstaltungen und Besuch von Messen oder Ausstellungen.

Nur ein verschwindend kleiner Teil der japanischen reiferen Jugend hält etwas von gewalttätiger Auflehnung gegen das Establishment. Das politische Engagement der breiten Mehrheit ist schwach. Auch das Nationalgefühl ist längst nicht mehr so stark ausgebildet wie in Vorkriegszeiten. Laut der Untersuchung der Management- und Koordinationsagentur erweisen nur 64 Prozent dem Sonnenbanner, der japanischen Nationalflagge, Achtung. Und nur 16 Prozent erklärten, daß sie sich mit aller Kraft für die Interessen ihres Landes einsetzen würden. Andererseits verteilten 77 Prozent die Praktiken, bei Wahlen Stimmen mit Geld zu kaufen.

Die jungen Japaner sehen sich innerhalb ihrer Umgebung mit passabler Zufriedenheit. Laut „Weißbuch über die Jugend“ ist die Mehrheit der Jugendlichen gefühlsmäßig auf Harmonie und Vermeidung von Konflikten ausgerichtet. Während sich 60 Prozent mit ihrer Arbeit und über ihre Firma recht zufrieden äußerten, erklärten sich 55 Prozent mit der bestehenden Gesellschaft im Einklang. 45 Prozent kritisierten die japanische Gesellschaft, weil das, was sie für richtig und gerecht hielten, nicht verwirklicht sei.

Es folgt Die Jugend in der Sowjetunion

Ein Egozentriker verteilt seine Zensuren

Viele Jahre saß Klaus Bölling als Regierungssprecher „innen“. Was er „von außen“ betrachtet, ist enttäuschend. Eine Buchreportage.

Von PETER PHILIPPS

Am Buchstand in den Wandelgängen des Nürnberger SPD-Parteitag regte sich ein Delegierter auf. Ein 340 Seiten starkes Buch, in wenigen Exemplaren dort, leicht übersehbar gestapelt, war für ihn zum Stein des Anstoßes geworden; es habe auf diesem Parteitag nichts zu suchen. Denn diesem Werk waren Vorabdrucke vorausgeschickt, hatten öffentlich den Schulterschuß der Partei mit dem Kanzlerkandidaten gestört.

Es ging dem Genossen um Klaus Böllings „Bonn von außen betrachtet“ (Deutsche Verlags-Anstalt, 28 Mark). Der Autor selbst war – aus Angst vor verbaler Prügel – erstmals auf einem Parteikongreß nicht anwesend. Nur sein Werk und die darin auch enthaltenen Sottisen über den „guten Menschen aus Wuppertal“ ist in Nürnberg präsent.

Die Aufregung des Sozialdemokraten vor dem Buchstand war überflüssig. Denn neben einigen nachdenklichen Betrachtungen wird es vor allem durchgezogen von einer breiten Spur aus Larmoyanz eines unter Liebes- und Bedeutungsverlust Leidenden; aus nachträglicher Rechtfertigung früherer Tuns und der Zurschaustellung, über welche intimen

Herrschaftswissen er verfügt hat. Es sind weniger Betrachtungen von außen als eine breitangelegte Apologie für sich selbst und den letzten sozialdemokratischen Bundeskanzler.

„Ich habe selber lange genug im Glashauss gesessen“, formuliert der Autor da in ungebrochener Eitelkeit, „habe mich immer bemüht, nicht zu oft den vorgestanzten Redensarten aufzusitzen, aber dem ist schwer zu entkommen.“ Wen interessiert dies heute noch? Wahrscheinlich nicht einmal den „Lieben H.“, wenn es ihn denn geben sollte, der als Adressat der in Briefform gehaltenen Böllinggedanken herhalten muß.

Daß der ehemalige Regierungssprecher und Journalist ein intelligenter und eleganter Formulierer ist, ist nicht zu bestreiten. Daß er einer der besten Regierungssprecher in Bonn war, ebenso wenig. Doch dies sind noch keine hinreichenden Voraussetzungen für ein gutes Buch. Der Leser muß das wirklich Lesbare suchen, aussieben, wie der Goldgräber das gelbe Metall aus dem Flußsand.

Strauß sollte nach Bonn gehen

Zumindest überraschend ist das, was da von einem Immer-nach-Sozialdemokraten über Franz Josef Strauß zu Papier gebracht worden ist: „Dieser Republik (wird) etwas wichtiger vorenthalten geblieben sein, wenn Strauß eines Tages aus der aktiven Politik aussteige, ohne in Bonn noch einmal auf die nationale Politik haben zu können.“ Und: „Eigentlich ist das zu bedauern“, daß das Amt des

Bundeskanzlers für Strauß „mittlerweile unerreichbar“ geworden sei. „Denn Strauß ist nun einmal einer der ganz wenigen großen, strategisch denkenden Köpfe in dieser Bundesrepublik, und ich war, bei allen kritischen Vorbehalten, immer davon überzeugt, daß er seine CSU tatsächlich als eine christlich-soziale Volkspartei begreift.“

Es ist wohl die spätestens seit Thomas Mann zum literarischen Thema gemachte Bewunderung der blutarmen, dünnhäutigen Intellektuellen für die kräftigen, selbstbewußten „Kerle“, die Bölling da die Feder führt: Schmidt über alles; ansonsten füllt nur noch Strauß seinen Ton mit Inbrunst. Kohl und Rau, mit beiden kann er nichts anfangen. Vogel, wenn auch in anderer Weise, hält er gerade noch für kanzenfähig.

Überraschendes Urteil über Zimmermann

Und noch eine Überraschung verbirgt sich in den 240 Seiten: „Da ich Innenminister Friedrich Zimmermann einigermaßen einschätzen zu können glaube, in ihm einen Gesinnungskonservativen erkenne, der in einigen wenigen Zusammenhängen sogar einer freilich begrenzten Liberalität fähig ist“, usw.

Böllings Problem, das er offenbar immer noch nicht bewältigt hat, liegt – neben mehr privaten Schwierigkeiten – vor allem darin, daß sich niemand mehr so recht für seine Meinung interessiert. So schrieb er an einen erachteten Freund, aber der Inhalt dieser „Briefe“ sagt mehr über ihn selbst als über die von ihm

Beschriebenen aus. Sie werden nicht lange zur Kenntnis genommen werden. SPD-Chef Brandt ging in Nürnberg gerade nur mit einem Halbsatz auf das „Böllern aus den Kulissen“ ein. Er ist „in sich gegangen“, hört man von seinen Freunden. Er fühlt sich mißverstanden von aller Welt, habe doch Rau nichts Böses antun wollen. Aber da stehen nun Sätze wie diese schwarz auf weiß: „Was soll ein am Schicksal dieser Republik gedanklich und mit Gefühlen Anteilnehmender Bürger mit dem Rau'schen Hirtenwort Versöhnen, statt Spalten denn anfangen? Die Auseinandersetzung mit dem politischen Widersacher ist nicht in der Manier eines Billy Graham zu bestreiten.“ Da hat er recht, nur als Billy Graham hätte Rau auch in Nordrhein-Westfalen keine absolute Mehrheit gewonnen. Hinter dem Mann muß ja noch mehr stecken.

Und welche Überheblichkeit spricht auch aus folgendem Abschnitt des Buches: „Blum hat menschliche und gedankliche Substanz; ist, nach meinen Eindrücken, das Gegenteil eines Schöbretter- und Straminien-Dezokrat.“ Und dem IG-Metall-Vorsitzenden Hans Mair fehle „das blöde Mut“, junge Delegierte auf dem Gewerkschaftstag bei ihren Angriffen auf ihn zu bremsen.

Und dann immer wieder: ich, ich, ich. Ein Egozentriker verteilt als selbsternannter Oberlehrer seine Zensuren über andere, die im Verlauf eines langen Lebens mit Leistung ihre Fähigkeiten bewiesen haben.

Klaus Bölling Bonn von außen betrachtet



Für 24 Mark ein Blick von außen nach innen

FOTO: DIE WELT

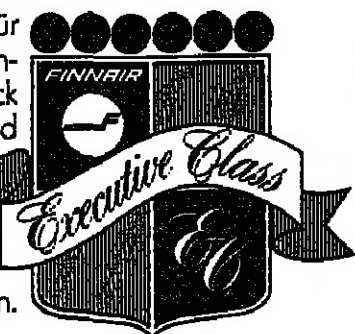


Schlange stehen für einen Spitzenjob: 2,2 Millionen Japaner studieren an 1024 Universitäten und Colleges

FOTO: DPA

„Während des Fluges ruhe ich mich aus und tanke Kraft für meine Verhandlungen. Deshalb fliege ich – wenns geht – mit FINNAIR.“

Die FINNAIR Executive Class ist die Klasse für Geschäftsreisende. Mit bequemen Sitzen und mehr Beinfreiheit in einem separaten Abteil. Mit 30 kg Freigeepäck pro Person. Mit vorzüglicher Küche, Champagner und erlesenen Weinen. Mit Europe-City-Club-Lounge am Flughafen Frankfurt. Mit Executive-Schalter und -Lounge am Flughafen Helsinki. Und als besonderer Service: Check-In-Möglichkeit im Hotel Intercontinental Helsinki. Soviel mehr Komfort zum Normaltarif sollten Sie sich leisten.



Wolfgang Wiegand, Geschäftsführer, Industriewerk, Rheinböllen GmbH

NEU! Ab Helsinki jede Woche:
1x BANGKOK-SINGAPUR
2x TOKYO

TAGLICH AB FRANKFURT UND HAMBURG. NONSTOP nach HELSINKI	
FRA 09.40 – 13.10	FRA 07.00 – 08.30
HAM 14.30 – 17.20	HAM 08.00 – 08.55
FRA 21.10 – 00.40	FRA 18.05 – 19.40

Rüge nach und von Finnland im Pool mit Lufthansa

Buchungen und weitere Informationen in Ihrem Reisebüro.

FINNAIR
Komfort den Sie brauchen

Gewerkschaft gegen Idee einer Ergänzungsabgabe

ARNULF GOSCH, Bonn

Als falschen Weg zu einer wirksamen Steuerentlastung aller Steuerzahler hat die Deutsche Steuer-Gewerkschaft den steuerpolitischen Teil der Rede von SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau auf dem Nürnberger Parteitag kritisiert. So könne „soziale Gerechtigkeit“ im Steuerrecht nicht über eine Ergänzungsabgabe erreicht werden, sondern ausschließlich über einen sozialen Schnitt des Steuerfahrs, meinte Gewerkschaftsvorsitzender Werner Hagedorn gestern in Bonn. Die Ergänzungsabgabe habe schon in den siebziger Jahren als Rezept zur Stärkung der Sozialstruktur der Steuerrechts versagt. Als Fremdkörper im Einkommensteuerrecht wirke sie zudem allen Bestrebungen zur Vereinfachung und zur größeren Transparenz des Steuerrechts entgegen.

Ebenso wenig sei eine steuerfreie Investitionsrücklage als Instrument

Anzeige

QUICK hat Ihnen mehr zu sagen. Zum Beispiel:

AIDS-Babys in Deutschland: Zum Sterben geboren

Allein in Berlin leben 30 Babys und Kleinkinder, die mit dem AIDS-Virus infiziert sind. Und es kommen ständig neue hinzu. Sie finden kaum einen Pflegeplatz, obwohl gerade sie viel Liebe und Zuneigung brauchen. Einen Mann hat dieses Schicksal so ergriffen, daß er seinen Beruf als Kaufmann aufgab und nur noch für die todgeweihten Kinder lebt. QUICK besucht diesen Mann und sah, mit wieviel Liebe und Geschick er sich mit seinen Pflegekindern beschäftigt. QUICK dokumentiert in Wort und Bild, wie ein Mann sich aufopfert, um verzweifelte Hilfe zu leisten.

QUICK steht für Qualität!

der Wirtschaftslenkung geeignet. Anstatt steuerliche Subventionen abzubauen, würden neue geschaffen, allerdings mit kontraproduktiven Effekten. Gefördert würden betriebswirtschaftlich unvernünftige Investitionen, befristet wäre erneut das Steuerrecht mit komplizierten Regelungen. Gangbare Wege zu einer wirksamen Steuerentlastung würden verbaut.

Weiter vermisst die Steuer-Gewerkschaft im SPD-Konzept einen Hinweis auf die Ausschöpfung der vorhandenen Steuerquellen durch eine funktionstüchtige Steuerverwaltung, die zusätzliche Manövriermasse für eine wirksame Steuerentlastung schaffen könne. Eine Stärkung der Steuerverwaltung wäre nicht zuletzt ein besonders effektives Instrument für mehr soziale Gerechtigkeit im Steuersystem.

Unternehmer kritisieren EKD

idea, Marl

Heftige Kritik an den Sanktionsforderungen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gegen Südafrika hat jetzt der Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer (AEU) geübt. Der Rat der EKD hatte sich Ende Juli in einem Beschluß für „gezielte, kalkulierte Sanktionen“ ausgesprochen. In einer Stellungnahme der Unternehmer heißt es, Wirtschaftssanktionen seien „Maßnahmen der Gewalt“. Es könne aber auf keinen Fall Angelegenheit der evangelischen Kirche sein, zu Gewalt gegenüber Staaten mit „anderen Rechts- und Wirtschaftsformen als den unseren aufzurufen“.

Nach Ansicht des Arbeitskreises unter Vorsitz von Max Dietrich Kley, der auch der Synode der EKD angehört, führen Sanktionen mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer Verschärfung der Fronten zwischen Schwarz und Weiß und „damit zu grausamen Auseinandersetzungen, die die heutigen Gewaltanwendungen auf beiden Seiten bei weitem übersteigen“ werden. Die EKD könne sich nicht für einen solchen Weg entscheiden, „angesichts der Tatsache, daß friedliche Wege zur Überwindung der südafrikanischen Probleme nicht endgültig verschlossen sind“.

Gegenüber dem ständig wachsenden Beitrag gerade der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland zur Verbesserung der Lage der Schwarzen und zu ihrer Integration in die Betriebe bleibe der Beitrag der Kirche selbst zur Überwindung der Apartheid in den protestantischen Kirchen Südafrikas „erstaunlich gering“.

DIE WELT (USPS 605-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Der schnellstmögliche Verzicht auf die Kernenergie war gestern auf dem SPD-Parteitag nicht strittig. Peinliche Fragen von Gewerkschaftern und ungenügende Antworten der Genossen gab es aber wegen der beschäftigungspolitischen Auswirkungen eines solchen „Umstiegs“.

Der dritte Tag in Nürnberg wurde zum Tag der „Enkel“

P. PHILIPPS/Mk. Nürnberg

Der Bonner Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel machte zwar gestern morgen den Auftakt des dritten Verhandlungstages auf dem Nürnberger SPD-Kongreß, als er seinen Bericht „über die Arbeit der Bundesstaatsfraktion seit dem Essener Parteitag 1984“ vorlegte, aber dann wurde es zum Tag der von Brandt einmal entsprechend titulierten „Enkel“. Volker Hauff begann, als er den Antrag zum Ausstieg aus der Kernenergie begründete – und dann waren die Genossen wieder den ganzen Tag bei ihren alten Lieblingsthemen: Als Atomgegner, Energie-Disputanten, Welt- und Verteidigungspolitiker.

Daß man „so schnell wie möglich auf den Einsatz der Kernenergie verzichten“ solle, wie es ÖTV-Chefin Monika Wulff-Matthies vor den Delegierten formulierte, war naturgemäß nicht strittig, wäre es wohl auch auf anderen Parteitag nicht. Die Diskussion begann bei den Fragen nach den beschäftigungswirksamen Auswirkungen eines „Umstiegs“, vor allem aber bei der Frage, wie seriös ein Zehn-Jahres-Zeitraum als feste Zielgröße wirklich ist. Das Urteil der Gewerkschaftsführungen, in deren Reihen eben auch die Angestellten der Kernenergiewirtschaft organisiert sind, fiel mit wenigen Verbrämungen eindeutig aus: „Weder das Papier

selbst, noch andere Hinweise tragen heute einen so konkreten Zeitplan“, wie ihn die Hauff-Kommission vorgelegt habe. Und es sei auch eine „noch eingehendere Analyse der beschäftigungswirksamen Auswirkungen“ erforderlich, es müßten „konkrete Beschäftigungs-Alternativen“ aufgestellt werden.

Hermann Rapp, der am Sonntagabend vor Parteitagbeginn den „Seeheimer Kreis“ gemäßigt rechter Sozialdemokraten gemeinsam mit Hans Apel darauf eingeschworen hatte, trotz aller Bedenken den Hauff-Papier zuzustimmen, wurde während der Debatte im Plenum ebenfalls sehr deutlich: „Ein Schließen der Kernkraftwerke in der Bundesrepublik allein bringt an Sicherheit nichts“, habe aber erhebliche Auswirkungen beispielsweise auf die interanationale Konkurrenzfähigkeit des Landes.

Schwierigkeiten vor Ort

Ihn interessierte „der Beginn“ des Ausstiegs aus der Kernenergie, „die Jahreszahl am Ende des Weges ist ziemlich uninteressant“. Die Partei habe darauf zu achten, daß auch hier „mit der Sicherheit des Arbeitsplatzes kein Spiel“ getrieben werde. Und sie solle nur „das formulieren, was

wir auch in einigen Jahren noch als Eckpunkte formulieren können.“ Mehr als eine Orchidee trat auch ein Betriebsrat aus der Kernenergiewirtschaft aus Mikrofon und appellierte an die Genossen, mit den Ausstiegspänen zugleich auch „den Arbeitnehmern Perspektiven aufzuzeigen, wo und was sie dann arbeiten sollen“. Er beschrieb die Schwierigkeit sozialdemokratischer Betriebsräte, vor Ort solche Parteitagebeschlüsse zu vertreten. Aber er hatte wohl bereits vorher resigniert: „Dinge, die vorprogrammiert sind, sind nicht mehr änderbar“. Und in der Tat: Nach 23 Diskussionsteilen wurde der Ausstiegspapier mit zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung angenommen. „Enkel“ Hauff konnte strahlend die Glückwünsche von Johannes Rau und Willy Brandt auf der Vorstandstribüne in Empfang nehmen.

Am Tag zuvor war bis in den späten Abend hinein über die Steuerpolitik diskutiert worden. Der finanzpolitische Sprecher der SPD, Hans Apel, präsentierte dabei den Antrag des Parteivorstandes für eine Steuerreform, die im wesentlichen auf eine Entlastung für kleinere Einkommen durch eine Anhebung des Grundfreibetrags und der unteren Proportionalzone hinausläuft. Eine Änderung des Spitzensteuersatzes lehnte er ab.



Trägt nunmehr die Last der Verantwortung: Kandidat Rau

FOTO: FRANK

Die „unsozialen Kinderfreibeträge“, so Apel, sollen gestrichen und das Kindergeld kostenneutral auf 100 Mark für das erste, 200 Mark für das zweite und 300 Mark für jedes weitere Kind angehoben werden. Seiner Ansicht nach muß das Steuersystem durchschaubar werden. Ein komplexes System, dessen Vorteile nur noch mit Hilfe eines Steuerberaters genutzt werden können, begünstigt die Steuerzahler, die sich diese Beratung leisten können“, sagte Apel. Und der Hamburger Finanzsenator Horst Gobrecht fügte hinzu, die SPD müsse „auf dieses Politikfeld noch Kampagnenfähigkeit gewinnen“.

Kritik an Bonns Steuerpolitik

Der Steuerexperte Dieter Spörl meinte, die Umverteilung von unten nach oben sei noch nicht beendet. Die Bundesregierung verschiebe die Steuerlast immer stärker auf die Millionen Facharbeiter und Angestellten, die kleinen und mittleren Beamten. Sie würden auch überdurchschnittlich Verbrauch- und Mehrwertsteuer zahlen. Der haushaltspolitische Sprecher, Helmut Wiczorek, mahnte seine Partei, das Wort von der Staatsverschuldung und von den großen negativen Folgen nicht zu leicht zu nehmen.

Bonn schränkt „Transitprivileg“ ein

Maßnahmenkatalog gegen Mißbrauch des Asylrechts / Krisensituation kein Anerkennungsgrund

DIETHART GOOS, Bonn

Mit einem umfangreichen Maßnahmenkatalog, den das Bundeskabinett gestern beschlossen hat, will Bonn das Problem steigender Asylbewerberzahlen in den Griff bekommen. Die Beschlüsse, die Bundeskanzler Kohl der Öffentlichkeit vorstellte, zielen darauf ab, den Mißbrauch der Asylbestimmungen des Grundgesetzes einzuschränken. Politische Flüchtlinge sollen weiterhin Asyl in der Bundesrepublik Deutschland finden können. Mehrere Beschlüsse richten sich gegen Scheinasylanträge, die besonders über den Flughafen Frankfurt/Main in die Bundesrepublik kommen. Die Maßnahmen setzen Gesetzesänderungen voraus:

- Das Transitprivileg wird eingeschränkt. Reisende aus Staaten wie Libanon, Syrien, Ghana, Pakistan und Bangladesch benötigen künftig auch für die Zwischenlandung auf einem Flughafen im Bundesgebiet ein Transitvisum, um die Maschine verlassen zu können.
- Fluggesellschaften und Schiffsreedereien müssen Strafen zahlen, wenn sie – unabhängig vom eigenen Verschulden – Ausländer ohne die erforderlichen Einreisepapiere in das Bundesgebiet befördern. Die Kontrollen der Grenzbehörden zur Einhaltung dieser Bestimmungen werden verschärft.
- Die Beförderungsgesellschaften müssen Ausländer auf eigene Kosten wieder außer Landes zu bringen, die

im Bundesgebiet ohne rechtliche Voraussetzung Asyl beantragt haben.

- Fluggesellschaften und Reedereien können auch verpflichtet werden, zurückgewiesene oder abzuschließende Ausländer in ihr Herkunftsland zurückzutransportieren oder in den Staat zu bringen, der ihren Fall ausstellt hat oder aus dem sie in das Bundesgebiet eingereist sind.

- Die Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland in den Problemländern erteilen Sichtvermerke für die Bundesrepublik restriktiv. Die Gültigkeit der Visa wird auf ein bis zwei Monate beschränkt.
- An Grenzübergangsstellen mit einem hohen Aufkommen an Asylbewerbern wird der Grenzschutzdienst verstärkt. Die Beamten sollen damit besser prüfen können, ob tatsächlich ein Asylbegehren vorliegt.
- Das Grenzschutzamt Frankfurt erhält ebenfalls mehr Personal. Diese Dienststelle stellt die Begleitung von abzuschließenden Ausländern, um die Luftsicherheit zu gewährleisten.

- Die Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zimmern mit seinen Außenstellen erhält etwa 100 zusätzliche Fachkräfte. Damit sollen die Asylverfahren beschleunigt werden. Die neuen Beamten werden aus Bundesministerien und Bundesbehörden mit Zeitverträgen abgeordnet.
- Bei der Prüfung von Asylanträgen bleiben Umstände unberücksichtigt, die ein Ausländer erst nach seiner

Flucht geschaffen hat, um die Anerkennung als politischer Asylantrag zu erreichen („Nachfluchtgründe“).

- Wer sich vor der Einreise in die Bundesrepublik bereits drei Monate in einem anderen Staat aufgehalten hat, kann keine politische Verfolgung in seinem Heimatland geltend machen.

- Asylsuchende, die sich vor der Einreise in die Bundesrepublik bereits länger als drei Monate in einem EG-Staat, in Österreich, der Schweiz, Schweden oder Norwegen aufgehalten haben oder in einem anderen Staat vor politischer Verfolgung sicher waren, können an der Grenze zurückgewiesen werden.

- Nach dem neuen Asylverfahrensgesetz sollen Asylanträge in solchen Fällen unbegründet sein, wenn um Asyl in der Bundesrepublik nur aus wirtschaftlichen Gründen nachgesucht wird. Auch wenn der Asylantrag mit allgemeiner Notsituation begründet wird oder kriegerische Auseinandersetzungen im Heimatland vorgebracht werden, soll dem Begehren nicht stattgegeben werden.

- Die Bundesregierung erwartet, daß sich diese verschärften Bestimmungen schnell in den Heimatländern potentieller Wirtschaftssyranen herumersprechen und die Zahl der Scheinasylanträge damit drastisch sinkt. Auch den Schlepperorganisationen soll mit diesen Maßnahmen begegnet werden.

Alle „DDR“-Ersttagsbriefe gehen postwendend zurück

RALPH LORENZ, Bonn

Vertauschte Fronten im innerdeutschen Briefmarkenkrieg: Diesmal ist es die Deutsche Bundespost, die Briefe zurückweist – und das auch erst zum zweiten Mal in 40-jährigen Briefmarkenkrieg. Die nach SED-Mark 20-Pfennig-Marke „25 Jahre antifaschistischer Schutzwall“ ist für sich genommen schon Argernisse genug, jedoch noch unterhalb der im Bonner Postministerium gesetzten formalen Reizschwelle. Denn im Hause Schwarz-Schilling will man nicht auf Kosten des innerdeutschen Briefverkehrs den von der „DDR“ zackig betriebenen philatelistischen Grenkrieg verlängern.

Erst die Tatsache, daß Ost-Berlin seine anrüchliche Ideologiedruck-Marke mit der provozierend wiederholten Kuvert-Aufschrift „25 Jahre antifaschistischer Schutzwall“ auch noch als Ersttagsbrief herausgibt, ist für die Bundespost Anlaß, sich auf „Paragraph 13, Absatz eins, Nummer drei, Postordnung“ zu berufen. Demzufolge dürfen Briefumschläge nicht mit politischen Aussagen bedruckt werden. „Das ist schon ein Hammer“, läßt sich Schwarz-Schillings Pressesprecherin Barbara Schagen amtsdeutsch-unüblich vernehmen.



Während Volksarmisten gleich paarweise „im toten Winkel“ über die Mauer klettern und erst gestern der Fluchtversuch eines „DDR“-Zivilisten in den Westberliner Ortsteil Frohnau scheiterte, macht das Regime in Ost-Berlin das Mauerjubiläum zur idyllisch amüsierten Briefkopfzürde. Das Motiv zeigt drei bewaffnete „Vopos“ mit schäkern Volksgenossen vor dem Brandenburger Tor – auf dem knattert wiederum überproportional im ideologischen Gegenwind die Hammer- und Zirkelfahne. Statt Stachelndrat ge-

zackter Briefmarkenrand, 4200 dieser Ersttagsbriefe sind postwendend über die sogenannten Austauschpostämter Hamburg, Hannover, Berlin, Bad Hersfeld und Hof an die DDR-Adressen zurückgegangen. Es trifft somit nur die „DDR“-Briefmarkensammler, denen die Bundespost nicht noch den Gefallen erweisen will, mit der üblichen Entwertung das Poltpapierchen aufzuwerten. Der Briefverkehr (durchschnittlich 4,2 Millionen Sendungen im Monat) ist somit minimal betroffen.

Anders dagegen die „DDR“. Die

Gölter warnt die SPD

Mainzer Kultusminister befürchtet bildungspolitische Verschärfung

Nea, Mainz

Der rheinland-pfälzische Kultusminister Georg Gölter (CDU) befürchtet für die nächsten Jahre eine wesentliche Verschärfung der bildungspolitischen Auseinandersetzungen zwischen SPD und unionsregierten Bundesländern. Der Grund liegt darin, daß die „Veränderung“ in der SPD und der Gewerkschaft „Erziehung und Wissenschaft“ (GEW) offenbar ungeduldig geworden seien und „ihre“ Minister neuerdings stark unter Druck setzten.

Diese Kräfte, so Gölter, hätten es ihren Parteifreunden in der Kultusministerkonferenz nie verziehen, daß sie sich etwa wie bei der Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse 1982 immer wieder um der Gemeinsamkeit des bundesdeutschen Schulwesens willen auf Kompromisse eingelassen haben.

Ziel dieser Bemühungen ist es nach Gölter Ansicht, an Tendenzen der 70er Jahre wieder anzuknüpfen: Abschiebung von Leistungsorientierung, Differenzierung und einem gegliederten Schulwesen, das jedem nach seinen Fähigkeiten gerecht zu werden versuche; stattdessen die alte, klassenkomplexer Forderung nach der Einheitsschule, für die zehn bis 16-jährigen unter dem Dach der integrierten Gesamtschule, für die 17- bis 19-jährigen unter dem Dach der sogenannten Kollegschele, in der drei Schuljahre bekanntlich sowohl der Abitur mit Hochschulreife, als auch

Rau: In den USA Verachtung für Ergebnis

DW, Nürnberg

Kanzlerkandidat Johannes Rau hat in seiner Rede vor dem SPD-Parteitag in Nürnberg auch zum Verhältnis zu Amerika und zur Sicherheitspolitik Stellung genommen. Die WELT dokumentiert Auszüge:

„Ich bin ein Freund Amerikas. Freundschaft heißt Gleichberechtigung. Es ist keine Erfahrung mit Amerika: Dort gibt es für Ergebnisse keinen Rabatt, sondern nur subtile Verachtung... Wer nirgendwo nein sagt, muß bald alles mitmachen. SDI ist ein Beispiel dafür. Wir werden die SDI-Abkommen kündigen... Die gegenwärtige Bundesregierung hat ihr Verhältnis zu Amerika nie wirklich geklärt... Es geht um die Freiheit durch das Bündnis und um die Freiheit im Bündnis... Freiheit im Bündnis – das ist das Gegenteil von Unterwerfung, von Anpassung, von Duckmäusertum...“

Im Bündnis will ich eintreten für eine zweite Phase der Entspannungspolitik, die vier Elemente enthalten soll: Die Abrüstung atomarer und chemischer Waffen in Mitteleuropa; die Stabilisierung der konventionellen Kräfteverhältnisse auf einer möglichst niedrigeren Ebene... Unser Ziel ist eine europäische Friedensordnung, die die Machtblöcke überflügelt und schließlich überwindet... Wir fordern von den USA einen Aufstellungsstopp und die Rücknahme der Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles; von der UdSSR fordern wir den unverzüglichen Abbau der im Gegenzug in der DDR und CSSR aufgestellten Raketen und eine drastische Verminderung der SS-20-Raketen mindestens auf den Stand von 1979... Wir wollen einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa als Vorstufe zu einem atomwaffenfreien Europa... Wir streben eine chemiewaffenfreie Zone in Europa an als Schritt... Als ersten Schritt für die Begrenzung der Verteidigungsausgaben will ich den Verteidigungshaushalt auf den Anteil zurückfahren, den er im letzten Jahr der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung hatte.“

FDP fordert: Genscher bleibt Außenminister

AP, Stuttgart

Als „Bedingung“ für eine neue Koalition mit der CDU/CSU nach der Bundestagswahl hat FDP-Geschäftsführer Genscher Außenminister bleiben lassen. Hausmann wies damit die Forderung des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß zurück. Genscher als Außenminister abzulösen. „Nach über drei Jahren gemeinsamer Regierung ist der Zeitpunkt gekommen, wo man Abgrenzung gegenüber der Opposition und nicht innerhalb der Koalition vornehmen sollte“, sagte der FDP-Politiker. Hausmann warf der CSU vor allem vor, gemeinsame Entscheidungen, wie zum Demonstrations- und Asylrecht, dauernd in Frage zu stellen.

Dormagen ignoriert Gerichtsentscheid

dpa, Dormagen

Die Ratsmehrheit in Dormagen im Kreis Neuss ist nicht gewillt, die Entscheidung des nordrhein-westfälischen Kultusministers Hans Schwier (SPD) und des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf zu folgen und eine von 18 Elternpaaren beantragte Gesamtschule in der Stadt einzurichten. Obwohl die Stadtträger in der vergangenen Woche noch einmal darauf hingewiesen worden waren, daß die vom Rat eingeleitete Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht Münster keine aufhebende Wirkung habe und die Schule bis zum Schuljahresbeginn am 8. September einzurichten sei, beschlossen die neun CDU-Ratsmitglieder und ein Zentrumsbundgenosse gegen die neun Stimmen der SPD wie zuvor, daß es in Dormagen keine Gesamtschule geben soll.

Höchstwahrscheinlich wird, zum der Neusser Oberkreisdirektor den Stadtdirektor von Dormagen anweisen, den Gesamtschulbetrieb vorzubereiten, so daß die betroffenen Kinder zum Schuljahresbeginn ihre Klassen beziehen können. Das Oberverwaltungsgericht Münster wird in der kommenden Woche über den Schulstreit entscheiden.

Führte Ausländerhaß zur Brandstiftung?

hkt, Berlin

Die Zerstörung zweier leerer Asylantenzeile in Berlin Ende Juli steht vor der Aufklärung. Ein 16- und ein 18-jähriger Berliner haben jetzt bei intensiven Vernehmungen durch Staatschutz-Beamte gestanden, die Zeile durch zwei Molotowcocktails in Brand gesetzt zu haben. Ihr Motiv: Ausländerhaß und Ärger über die „Störung“ ihrer nächtlichen Gruppentreffen durch die Notquartiere. Beide erklärten jedoch, sie seien nicht von rechtsradikalen Motiven geleitet worden.

Die Explosion der Brandbombe hat seitdem Besorgnis über den Beginn einer Welle aggressiver Ausländerfeindlichkeit ausgelöst und die Diskussion um eine Regulierung des Asylbewerber-Fuß intensivierte. Berlin stellvertretender Staatschutzchef Dieter Piete erklärte auf Anfrage der WELT, die Polizei sei durch Aussagen der Anwohner des Parks, in dem sich das Verbrechen abgespielt, auf eine Gruppe von etwa zehn Jugendlichen aufmerksam geworden, zu der die beiden Geständigen gehörten.

Bischof gegen härtere Asylpraxis

rrt, Limburg

Als erster Repräsentant der katholischen Kirche hat sich der Limburger Bischof Franz Kamphaus gegen eine Änderung des Grundgesetzes als auch gegen eine Verschärfung der Abschiebepolitik ausgesprochen. In einem gestern vorveröffentlichten offenen Brief in der Zeitung „Der Sonntag“ schreibt Kamphaus, es sei ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, die soziale, kulturelle und politische Identität der Bundesrepublik Deutschland könne durch die Abschottung der Grenzen gewahrt werden. Zur Zeit werde übersehen, daß wesentlich ärmere Länder wesentlich höhere Flüchtlingzahlen vertrieben müßten. Der Bischof wandte sich auch gegen eine Verschärfung der Abschiebepolitik.

Verlorene Schrauben kein Sicherheitsrisiko

AP, Mainz

Das bayerische Umweltministerium hat die Zustimmung zur Weinbetriebsnahme eines vorläufig stillgelegten Blocks im Kernwerk Gundremmingen erteilt. Umfassende sicherheitstechnische Prüfung hat nach Angaben des städtischen Amtes ergeben, daß eine verlorene Schraube kein Sicherheitsrisiko stelle. Während einer Revision der Block abgeschaltet werden, hatte man bemerkt, daß ein Armatur fünf von insgesamt Befestigungsschrauben und gehörigen Sicherungsblechen. Bei einer Suchaktion wurden die Schrauben gefunden.

Esten rebellieren gegen Einsatz in Tschernobyl

Wehrpflichtige zwangsverschickt / Angst vor Strahlenschäden

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die Atomkatastrophe von Tschernobyl hat jetzt erstmals zu einem nationalen Konflikt innerhalb der Sowjetunion geführt. Esten, die dort zur Dekontamination eingesetzt und zwangsmobilisiert worden sind, sollen nach einem Bericht der sowjetischen Jugendzeitung „Norte Hääl“ rebellieren und die Arbeit verweigern. Auch in der Sowjetrepublik Estland selbst, so etwa in der Hauptstadt Tallinn (Reval), soll es zu Demonstrationen im Zusammenhang mit der atomaren Verseuchung und der Zwangsverschickung gekommen sein.

Ein Reporter berichtete aus Tschernobyl, daß estnische Wehrpflichtige zwangsweise ausgehoben und oftmals bei Nacht nach Tschernobyl abtransportiert worden seien. Sogar Musiker seien abkommandiert worden, um die eingesetzten Arbeiter zu unterhalten.

Die Esten müssen verseuchte Erde abtragen, das Laub der Bäume sowie Gebäudefassaden „waschen“ und auf diese Weise von der radioaktiven Verseuchung befreien. Sie tragen bei dieser Arbeit Atemschutzmasken. In dem Bericht heißt es, die Esten seien nur mit „Befehlen und Verboten“ konfrontiert worden. Es seien auch Männer nach Tschernobyl geschickt worden, die wegen ihres Alters oder wegen ihres Gesundheitszustandes eigentlich nicht dazu geeignet waren.

„Norte Hääl“ erwähnt dann nicht nur die klimatisch schwierigen Lebensumstände der ins Gebiet Tschernobyl abkommandierten Esten: Hitze am Tag, nächtliche Kälte, ein Leben im Zelt. Zugleich wird eingeräumt, daß eine Anzahl estnischer Arbeiter, die verstärkte Strahlung ausgesetzt war, nach medizinischen Untersuchungen nach Hause entlassen wurden. Auch Männer über 45 und Väter von mehr als drei Kindern wurden

inzwischen vom Arbeitseinsatz befreit und könnten nach Hause fahren.

Besonderer Unmut entstand bei den zwangsverschickten Esten, als die sowjetischen Militärbehörden die Dauer des Einsatzes von zwei auf sechs Monate ausdehnten. Dies habe wie eine kalte Dusche gewirkt. Der Reporter fügte an diese Feststellung den kritischen Satz: „Zu Hause (in Estland) werden die Menschen ständig belehrt, daß Versprechungen gehalten werden müssen.“

Schließlich ist von „extremem Bitterkeit“, „Empörung“ und „Verzweiflung“ unter den zwangsverschickten Esten die Rede. Auch von einem „irrationalen Überkochen“ der Seelen ist die Rede; und der Satz, „diese Emotionen führten zu Ereignissen, deren Ausmaß und deren Resultate in den Erzählungen, die im Lande (Estland) kursieren, ernsthaft übertrieben wurden“, deutet auf schwere Zwischenfälle hin.

Viele der in Tschernobyl eingesetzten Esten, so heißt es weiter, fürchteten folgeschwere gesundheitliche Schäden – vor allem eine Zerstörung ihrer Fortpflanzungsfähigkeit durch die Atomstrahlung. Dies aber ist für Estland, dessen kleines Volk knapp eine Million Menschen zählt und von einer schlechenden Überfremdung durch die Russen bedroht ist, ein empfindliches Thema.

Die Esten sind sich des hohen Blutpreises wohl bewußt, den sie seit 1940 zahlen mußten, als sie gewaltsam unter sowjetische Herrschaft fielen. Nun kommt zu dieser Erkenntnis die bange Frage, ob Tschernobyl nicht einen weiteren Schlag für die biologische Substanz des estnischen Volkes bedeuten wird.

Die staatlichen Medien haben jetzt eine Kampagne gegen die Atomangst gestartet. So spielte die „Prawda“ die Gefahr der Strahlenverseuchung her- und mehr als drei Kindern wurden

Blockfreie wollen mit Südafrika „abrechnen“

Am Montag beginnt der Gipfel in Harare / Kontroversen vorprogrammiert / Zimbabwe warnt vor Sabotageaktionen Pretorias

Von W. LUTZENKIRCHEN

Es schrien Tönen stimmt die Regierung von Zimbabwe die Bevölkerung auf die Eröffnung der Gipfelkonferenz der Blockfreien am kommenden Montag in Harare ein. Dabei wird die Gefahr südafrikanischer Angriffe und Sabotageaktionen in fast hysterischen Zügen beschworen.

Südafrika, so warnte der Minister für Staatssicherheit, Emerson Monagana, sei darauf aus, die Gipfelkonferenz zu sabotieren. Als mögliches Ziel einer südafrikanischen Aktion nannte der Minister die neue Satellitenempfangsstation in Mazowe, 40 Kilometer nördlich von Harare, die Zimbabwe erstmals einen internationalen Telefon- und Telexverkehr und Fernsehübertragungen unter Umgehung Südafrikas ermöglicht. Sie ist das Herzstück des gesamten für die Blockfreien-Konferenz eingerichteten Kommunikationsapparates.

Die Regierung in Harare und die Veranstalter der Gipfelkonferenz sehen noch weitere Risiken. So könnte Pretoria die Abhängigkeit Zimbabwes vom südafrikanischen Verkehrsnetz ausnutzen und den Transport von Versorgungsgütern und die Beförderung von Flüchtlingen nach Harare empfindlich stören. Mit Handels- und Verkehrssanktionen könne Südafrika einen Versorgungsnotstand auslösen, der eine stillvolle Ausschaltung der Gipfelkonferenz fraglich werden lasse. Offenbar fürchten die Verantwortlichen, daß die Delegierten aus 101 Ländern des blockfreien Lagers in Harare vor leeren Tischen, Regalen und Bars sitzen werden.

Zu der Konferenz, die sich Zimbabwe etwa 50 Millionen Mark kosten läßt, werden bis zu 15 000 Delegierte, Beobachter und Gäste erwartet. Das von Stammeskrieg, politischer Repression und wirtschaftlichem Niedergang gezeichnete Land wird großzügig unterstützt von Nigeria, Algerien und Nordkorea. Organisatorische Hilfe leisten Indien, Jugosla-



Letzte Vorbereitungen für den Gipfel. Vor dem Kongreßzentrum in Harare werden die Flaggen der 101 Mitglieder der Blockfreien-Bewegung in Position gebracht. Mit bis zu 12 000 Delegierten und Gästen ist es die größte internationale Konferenz, die das seit 1980 unabhängige Zimbabwe je ausgerichtet hat.

PHOTO: AP

wien und Kuba. Der Aufwand zeigt, daß für Zimbabwe, wo dieses Jahr mit einem Defizit in der Handelsbilanz von 800 Millionen Mark gerechnet wird, der Gipfel zu einer Prestigefrage geworden ist.

Die Führer der Frontstaaten, vor allem die Präsidenten von Zimbabwe, Sambia, Tansania und Angola, wollen mit Hilfe der Konferenz den Druck auf Südafrika massiv verstärken und sehen das Forum der Blockfreien als Solidargemeinschaft gegen das sogenannte Apartheidregime. Die 52 afrikanischen Länder bilden die Mehrheit in der buntschillernden Front der Blockfreien. Es steht zu erwarten, daß die Abrechnung mit Südafrika die Gegensätze in der Be-

wegung zumindest für den Konferenzverlauf neutralisieren wird.

Hoch oben auf der Agenda stehen auch die Schuldenkrisen, Wirtschafts- und Ernährungsprobleme, der Rüstungswettlauf und Forderungen nach einer neuen Weltinformationsordnung.

In einem von Vertretern der 101 Länder ausgearbeiteten Papier zur Wirtschaftsagenda der Dritten Welt wird die Gipfelkonferenz aufgefordert, der zunehmenden Neigung von Industrieländern und internationalen Institutionen, wie Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF), die Kreditgewährung an arme Länder mit „politischen Kriterien“ zu verbinden, zu verurteilen. Dem IWF werfen

die Blockfreien vor, für die Lösung der Schuldenfrage „völlig ungeeignet“ zu sein, da er die langfristigen Entwicklungsaussichten der Schuldnerländer gänzlich unberücksichtigt lasse. Die durch die Außenverschuldung entstandenen Probleme seien nicht nur finanzieller Natur. Angesichts der von den multilateralen Finanzinstituten aufgezogenen Umschuldungsbedingungen berühren sie auch die Souveränität der Gläubigerländer.

Die Blockfreien verlangen darum, daß bei künftigen Umschuldungsverhandlungen in keinem Fall mehr Bedingungen gestellt werden, die den Schuldnerländern die Möglichkeit zur Festlegung ihrer eigenen Wirtschaftspolitik nehmen. Gleichzeitig wird „das unveräußerliche Recht“, sein Wirtschaftssystem frei zu wählen und seine Wirtschaftspolitik selbst zu bestimmen, betont.

Wie schon auf dem Blockfreien-Gipfel in Neu-Delhi, wird eine internationale Konferenz zur Vorbereitung einer Reform des Weltwährungssystems gefordert. Außerdem ein Abbau der Zollhürden und die Aufstockung der Entwicklungshilfe der Industriestaaten auf 0,7 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts bis spätestens Ende dieses Jahrzehnts.

Auch die Konflikte im Lager der Blockfreien bieten genügend Zündstoff, so etwa der Antrag der Westsahara-Befreiungsfront „Polisario“ auf volle Mitgliedschaft. Ebenso wird mit kontroversen Debatten zu den Themen Kambodscha, Libyen, Ägypten, Nord- und Südmen, Afghanistan und Pakistan gerechnet. Auch die Aufnahme der neuen Mitglieder Haiti und Philippinen steht auf dem Programm. Nach der Entmachtung des Diktators Duvalier erscheint die Aufnahme Haitis problematisch. Dagegen wird mit deutlicher Kritik dem Antrag der Philippinen begegnet, weil die USA dort Stützpunkte unterhalten.

Aquino bietet Rebellenführer Rückkehr an

AP, Manila

Die philippinische Präsidentin Corason Aquino ist von der ersten Auslandsreise seit ihrem Amtsantritt nach Manila zurückgekehrt. Sie hatte Indonesien und Singapur besucht. Dem in Libyen im Exil lebenden muslimischen Rebellenführer Nur Misuari sagte sie freies Geleit zu, falls er in die Heimat zurückkehren wolle. Misuari kämpft auf der Insel Mindanao für einen unabhängigen Staat. Die neue philippinische Verfassung sieht für die Moslems ein gewisses Maß an Autonomie vor.

EG-Programm für Drogenländer

dpa, Brüssel

Die EG-Kommission will asiatischen und lateinamerikanischen Ländern, in denen Rauschgift hergestellt wird, durch verstärkte Wirtschaftshilfe den Vertrieb auf Produktion und Export von Drogen erleichtern. Ein entsprechendes Programm soll im Juni 1987 bei der Sonderkonferenz der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs in Wien vorgeschlagen werden.

Israel liefert Kamerun Flugzeuge

AP, London

Einen Tag nach der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Kamerun hat die britische Militärfachzeitschrift „Jane's Defense Weekly“ berichtet, daß Kamerun zwölf israelische Kampfflugzeuge des Typs „Kfir“ erhalten wird, die auf der Grundlage amerikanischer und französischer Technik von dem staatlichen Unternehmen IAI in Israel hergestellt werden. Außerdem wurde die Lieferung von vier „Arava“-Transportflugzeugen vereinbart. Die Kosten belaufen sich auf 70 Millionen Dollar.

Neue Prognose über Tschernobyl-Opfer

dpa, Wien

Durch eine ständig erhöhte Strahlenbelastung nach der Atomkatastrophe von Tschernobyl muß in den nächsten 70 Jahren in der Sowjetunion mit zusätzlichen 24 000 Krebsterfällen gerechnet werden. Diese Schlußfolgerung hat der Leiter der Abteilung für atomare Sicherheit der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), Morris Rosen, nach einer Analyse des sowjetischen Tschernobyl-Berichts gezogen. Im medizinischen Teil des Berichts beschreiben Ärzte die Auswirkungen der radioaktiven Überdosis. Als erste Symptome werden Kopfschmerzen, Erbrechen und Übelkeit, Schlaflosigkeit, erhöhte Temperatur und Gelenkschmerzen angegeben. Die Betroffenen hätten dann an inneren Blutungen, schweren Störungen der Atemorgane, Nierenschäden und bis zur vollständigen Verbrennung der Körperoberfläche.

Die meisten Australier ahnen, daß sie allzulang über ihre Verhältnisse gelebt haben. Auf der wirtschaftlichen Basis eines Entwicklungslandes beanspruchten sie den Lebensstandard einer Industrienation. Als Schatzkanzler Keating vor einer Woche den Haushalt vorlegte, ging eine wesentliche Aussage in der allgemeinen Empörung fast unter: „Wir müssen mehr investieren und weniger verbrauchen, wenn wir als Nation unabhängig und selbständig werden wollen.“

Der „Horror-Haushalt“ verprellte alle Gruppen der Bevölkerung – die um Lohnsteigerungen gebrauchten Arbeiter ebenso wie die Rentner und Sozialhilfeempfänger. Doch nach der ersten Erregung (und wütenden Protesten auf der Linken, die durch den Verkauf von Uran an Frankreich noch angeschürt wurden) setzt sich langsam eine ruhigere Betrachtungsweise durch.

Die meisten Australier ahnen, daß sie allzulang über ihre Verhältnisse gelebt haben. Auf der wirtschaftlichen Basis eines Entwicklungslandes beanspruchten sie den Lebensstandard einer Industrienation. Als Schatzkanzler Keating vor einer Woche den Haushalt vorlegte, ging eine wesentliche Aussage in der allgemeinen Empörung fast unter: „Wir müssen mehr investieren und weniger verbrauchen, wenn wir als Nation unabhängig und selbständig werden wollen.“

(SAD)

Priester in Belfast erschossen

rtt, Belfast

In Belfast ist ein katholischer Priester, der 47jährige Pater Paddy McAlister, am Eingang seines Hauses mit sieben Schüssen niedergestreckt worden. Die verbotene militant-protestantische Miliz „Ulster Freikämpfer“ (UFF) hat in einem Schreiben die Tat zugegeben. McAlister sei „ein aktives Mitglied der Kriegsmaschinerie“ der Irisch-Republikanischen Armee gewesen, hieß es.

Was die Polen an Friedrich II. stört

JGG, Warschau

Unter dem Titel „Warum lieben die Polen nicht Friedrich II. Gr.“ hat die Warschauer Wochenzeitung „Polityka“ die Feierlichkeiten zum 200. Todestag Friedrichs II. sowohl in der Bundesrepublik als auch in der „DDR“ kritisiert. So habe der König von Anfang an eine Abneigung gegen die „republikanischen und freiheitlichen Traditionen der polnischen Republik“ gehabt. Die Krönung seiner „tödringenden Politik“ sei seine Teilnahme an der ersten Teilung Polens gewesen. In den Jahren 1756/63 habe er polnische Geldmünzen gefälscht, um den polnischen Staat zu schwächen. „Mit den Polen sollte man kurzen Prozeß machen“, zitiert „Polityka“ den Preußenkönig nach dem neuen Besteller „Friedrich II.“ von Stanislaw Salmonowicz. Polen sei ein Land, das „aus Sand, Heidekraut und Juden besteht“. Die polnischen Einwohner der Pommernellen habe er als „arme Irakosen“ apostrophiert, die er an die europäische Zivilisation gewöhnen wollte.

DIE WELT (USPS 603-990) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 345,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Cattenom: Zwei Wochen später

DW, Metz

Eine „schlechte Koordinierung beim Probelauf“ war die Ursache für die Überschwemmung im Kallergeschloß des französischen Kernkraftwerks in Cattenom. Die Alarmanlagen, die die Überschwemmung und deren Ursprung hätten anzeigen sollen, waren nicht eingeschaltet worden, teilte der stellvertretende KKW-Leiter, Abraham, mit. Wäre der Reaktor in Betrieb gewesen, hätte er „in voller Sicherheit“ abgeschaltet werden können. Die für Mitte September vorgesehene Inbetriebnahme dürfte sich um zwei Wochen verzögern.

Uganda schließt Grenze zum Sudan

AP, Kampala

Uganda hat die Schließung der Grenzen zum Sudan jetzt offiziell bestätigt. Grund sei die Unterstützung der in Norduganda operierenden Rebellen durch die sudanesischen Regierung in Khartum, hieß es. Die Schließung bedeutet einen schweren Schlag für die Bemühungen internationaler Hilfsorganisationen, rund zwei Millionen Menschen im Südsudan vor dem Hungertod zu bewahren. Der Weg von Norden her ist ihnen wegen der im Süden des Landes gegen die Regierung in Khartum operierenden Rebellen versperrt.

Madrid nähert sich Damaskus

SAD, Madrid

Der spanische Außenminister Francisco Fernandez Ordonez hat seinen Besuch in Damaskus einen vollen Erfolg genannt. In dieser Bewertung kommt die Stabilität des syrisch-spanischen Verhältnisses zum Ausdruck. Spanien und Syrien haben in dem Augenblick ihre Beziehungen festgelegt, als Syriens Staatschef Hafez Assad Oberst Khadafi versicherte, er werde Libyen „mit allen Kräften unterstützen“, wenn es gelte, einen neuen Angriff der USA abzuwehren. Kurz vor seinem Besuch in Syrien hatte Spaniens Außenminister der PLO-Vertretung in Madrid einen Status gewährt, der ihr alle materiellen Vorteile einer diplomatischen Mission zugestimmt.

Trotz des „überraschend guten Einverständnisses“ mußte Spanien jetzt seinen Botschafter in Beirut abziehen. Botschafter Pedro de Arrese hatte mehrfach Drohungen von der palästinensischen Terrororganisation des Oberst Abu Musa erhalten. Die „Gruppe Abu Musa“ wird von Syrien unterstützt, weshalb sich Außenminister Ordonez in dieser Angelegenheit gleich an seine Gesprächspartner in Damaskus wandte. Diese versicherten zwar, daß sie die „Manifestationen des Terrorismus verurteilen“. Angesichts der in Beirut herrschenden Anarchie bedauerten sie aber, für nichts garantieren zu können.

Das reiche Australien muß sparen

Zu lange über die Verhältnisse gelebt / Liberalisierung des Agrarhandels angestrebt

JÜRGEN CORLEIS, Sydney

Australien will eine neue internationale Wirtschaftsorganisation gründen, die die Interessen aller Länder vertritt, die von den Agrarsubventionen der EG und der USA geschädigt werden. In der nordostaustralischen Hafenstadt Cairns finden gegenwärtig Gespräche von Regierungsvertretern von 14 Ländern statt, die gemeinsam auf der nächsten Gatt-Runde in Uruguay im September Druck auf die USA und Europa ausüben wollen, um eine Liberalisierung des Agrarhandels zu erreichen.

Der Außenminister von Uruguay, Enrique Iglesias, sagte nach einem ersten Meinungsaustausch mit der australischen Führung, daß die nicht-subsidierenden Länder sich zusammenschließen werden, um die USA und die EG zur Aufgabe ihrer destruktiven Politik zu zwingen.

Die Wirtschaftsprobleme Australiens, die jetzt einen rigorosen Sparhaushalt erzwingen, haben mehrere Ursachen. Ein durch rücksichtslose Arbeitskämpfe erreicht hohes Lohnniveau bei allgemein niedriger Arbeitsmoral verringert die Konkurrenzfähigkeit australischer Produkte und macht damit einen Großteil der Vorteile zunichte, die Australiens natürlicher Reichtum bringen könnte.

Der Kontinent hätte sich seine wirtschaftlichen Versäumnisse und seine zu hohen Staatsausgaben schon lange nicht mehr leisten können,

wenn er nicht so ungeheuer reich an Bodenschätzen, wenn er nicht das sonnige „lucky country“ wäre.

Australien versäumte es darüber, sich den abzuhebenden Veränderungen des Weltmarktes rechtzeitig anzupassen. Mit der wachsenden eigenen Agrarproduktion vieler Länder sanken die Absatzchancen – und die Preise – traditioneller landwirtschaftlicher Exportgüter wie Wolle, Weizen und Zucker.

Neue Technologien und Kunststoffe verringerten den Weltbedarf an Eisen, Kupfer, Blei und Zink. Schließlich führte der Zusammenbruch der Ölpreise auch noch zum Rückgang der Nachfrage nach Kohle. Australiens einträglichstem Exportgut.

Zehn Jahre lang waren die Ausfuhrlöse schon um jährlich ein Prozent gesunken, aber im letzten Jahr rutschten sie auf einen Schlag um zehn Prozent ab. Anlaß dafür war die Dumping-Politik der EG und der USA auf den Weltmärkten. Wie die anderen Agrarexporture, die sich jetzt in Cairns zur Gruppe der „freien Handelsstaaten“ zusammenschließen wollen, mußte Australien mit sinkenden Exporterlösen einen Verfall seiner Währung hinnehmen, der die Importe immer mehr verteuerte.

Im ersten Quartal dieses Jahres exportierten sich Australiens Exporte mengenmäßig um 14 Prozent, wertmäßig jedoch nur um vier Prozent. Dem standen praktisch gleichgebliebene Importe gegenüber, die sich um

Abschuß und Aufstieg

Sowjetische Offizierskarrieren nach Jumbo-Tragödie 1983

FRANZ KADELL, Bonn

Drei Jahre ist es her, da schossen die Sowjets über Sachalin eine südkoreanische Passagiermaschine ab. 269 Menschen starben. Zehn Tage später präsentierte das sowjetische Fernsehen den angeblichen Piloten des Abfangjägers Su-15: einen ungekämmt mit vierzig Jahren in Lederjacke, der sich recht unbeholfen in einem Sessel zurücklehnte. Was er sagte, reichte sich weder mit den sowjetischen noch mit den amerikanischen Versionen. Name und Rang wurden nicht mitgeteilt. Man hat nie mehr von ihm gehört.

Von Fernost nach Moskau

Dagegen ist aus dem damaligen Stabschef der Luftverteidigungsstreitkräfte, Generaloberst Semjon F. Romanow. Er war der erste sowjetische Militär, der öffentlich Stellung zu dem Abschuß nahm, und noch am 8. April 1984, dem „Tag der sowjetischen Luftverteidigungsstreitkräfte“, prahlte, seine Soldaten würden jedes Flugzeug vernichten, das in Kampfbereich käme. Doch plötzlich machte seine Karriere einen Knick. Zum 1. Mai 1984 wurde er als einer der Stellvertreter Kulikows, dem Oberbefehlshaber der Warschauer-Pakt-Streitkräfte, nach Ost-Berlin abkommandiert. Alles, was „Neues Deutschland“ zu berichten hatte, war, daß Honecker ihm viel Erfolg für seine künftige Tätigkeit wünschte. Ein paar Tage später war Romanow tot. Am 22. Mai – einen Tag nach der

Beerdigung – brachte die Militärzeitung „Krasnaja Swesda“ einen nichtssagenden Nachruf. Gerüchte kursierten: Romanow sei im Hubschrauber über Afghanistan abgestürzt; er habe in der „DDR“ Selbstmord begangen. Am meisten spricht für die Version, er sei bei einem Autounfall in der „DDR“ getötet worden.

Militärisch verantwortlich für den Abschuß war als Oberbefehlshaber der Luftverteidigungsstreitkräfte Marschall Alexander L. Koldunow. Zunächst schien er in Ungnade gefallen zu sein. „Krasnaja Swesda“ gratulierte dem zweifachen „Helden der Sowjetunion“ nicht zum 60. Geburtstag, noch erhielt er wie erwartet den „Lenin-Orden“. Im April 1984 tauchte Koldunow wieder auf, um in der „Prawda“ die „Beendigung der U.S. Provokation“ als Beispiel hoher Einsatzbereitschaft zu preisen. Am 1. November 1984 folgte seine Beförderung zum Haupt-Marschall – ein seltenes Privileg in der Roten Armee.

Die Fäden liefen seinerzeit bei Marschall Nikolai Ogarkow zusammen, dem Ersten Stellvertretenden Verteidigungsminister und Chef des sowjetischen Generalstabs. Ihm war es vorbehalten, die internationale Pressekonferenz am 9. September 1983 zum Flugzeugabschuß zu halten. Am 6. September 1984 schlug es wie eine Bombe ein, als TASS meldete, Ogarkow habe „andere Aufgaben“ übernommen. Gerüchte über Gerüchte: Er sei Opfer des Machtkampfs um Tschernomko geworden; er sei wegen des Versagens der Roten Armee in Afghanistan geschäft worden.

Wahrheit nicht sein Metier

Plötzlich tauchte Ogarkow wieder auf – in der „DDR“ am 12. Oktober 1984 bei Honecker. Heute weiß man wenigstens das: Er leitet das Oberkommando über den gesamten sogenannten westlichen Kriegsschauplatz des Warschauer Paktes. Daneben schreibt der wichtigste Militärtheoretiker der UdSSR Heißig. Im Juni 1985 erschien sein Buch „Die Geschichte lehrt Wachsamkeit“. Vielleicht sollte er einmal über den Abschuß von 1983 schreiben; schließlich gehört er zu den wenigen, die die ganze Wahrheit kennen. Aber die Wahrheit ist nicht sein Metier: Ogarkow ist der Gründer des Hauptdirektorats für Strategische Täuschung.

Presse-Schelte für Reagans fähigen Krisenmanager

FRITZ WIRTH, Washington

Gäbe es in Washington einen Preis für jenen Mann, auf den seit Monaten die meisten strafenden Zeigefinger der Kritiker weisen – John Poindexter wäre der unbestrittene Favorit und Champion. Der Sicherheitsberater des Präsidenten, der vierte in der Amtszeit Ronald Reagans, ist seit neun Monaten im Amt und hatte in dieser Zeit mehr weltpolitische Krisen zu meistern und mehr Feuer zu löschen als seine drei Vorgänger in ihrer ganzen Amtszeit vorfinden. Poindexter mußte für vieles geradestehen und das bekam seiner Reputation nicht gut. Er hat eine schlechte Presse.

Poindexter sitzt im Weißen Haus im gleichen Zimmer, aus dem einst Henry Kissinger als Sicherheitsberater operierte. Ein Vergleich zeigt, welche Welten zwischen zwei Verwaltern des gleichen Amtes liegen können. Henry Kissinger entfaltete sich in diesem Job als der grandiose Strategie, der geschickt die Trommel rührte für seine Ideen. Er war der Mann, auf den am Ende alle Zeigefinger wiesen, und zwar voll der Bewunderung.

Dagegen ist Poindexter der stille, unauffällige Mann im Hintergrund geblieben. Er erscheint nicht im Fernsehen und er hält sich von der zweiten aufdringlichen Clique des Pressekorps des Weißen Hauses fern. Poindexter sucht keine öffentliche Zustimmung für seine Arbeit. Die Folge: Er ist zum großen Sündenbock geworden für alles, was schief gelaufen ist in der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik.



Ungeplant für politische Slogans: John Poindexter. FOTO: AP

So lastet man ihm das SALT-2-Debakel an, bei dem sich Reagan in seiner Pressekonzferenz am 11. Juni in Widersprüche verheddelt und es für einige Tage unklar blieb, ob das Weiße Haus diesen Vertrag nun für tot erklärt habe oder nicht. Man warf Poindexter vor, den Präsidenten nur unzureichend vor der Pressekonzferenz informiert zu haben.

Ebenso legte man den Ärger über die Unbarmerzigkeit, mit der der Kongreß den Verteidigungsetat Reagans zerpflückte und damit seine Sicherheits- und Abrüstungspolitik desavouierte, vor der Haustür Poindexters ab. Er habe, im Gegensatz zu seinen Vorgängern, keinen Fuß in der Tür zum Kongreß, hieß es.

Es gibt keinen Zweifel, daß Poindexter, der kürzlich 50 Jahre alt wurde, noch kein perfekter Sicherheits-

berater ist. Es gibt jedoch ebenso wenig Zweifel darüber, daß der größte Teil seiner Kritik an ihm unfair ist. Sie kommt in erster Linie von jenen Journalisten, die frustriert und verärgert darüber sind, daß ihnen mit dem Weggang von Robert McFarlane, dem Vorgänger Poindexters, eine wichtige Informationsquelle im Weißen Haus abhanden gekommen ist.

McFarlane neigte dazu, den Journalisten in regelmäßigen vertraulichen Gesprächen zu erklären, was er tat. Poindexter dagegen gab ihnen bisher kühl einen Korb mit der lakonischen Feststellung: „Ich bin dazu da, den Präsidenten zu informieren und nicht die Presse.“ Da ist ein Nachrichtenloch entstanden und aus diesem Loch klingt hohl die massive Poindexter-Schelte zurück.

Dabei gibt es plausible Erklärungen für einige Fehlleistungen. Es trifft sicherlich zu, daß unter McFarlane der Kongreß wahrscheinlich dem Präsidenten nicht in allen sicherheitspolitischen Fragen so vehement in den Rücken gefallen wäre, wie es vor 14 Tagen geschah. Der Grund: McFarlane ist im Kongreß groß geworden. Er gehörte zum Arbeitsstab des Verteidigungsausschusses im Senat. Er hatte als Sicherheitsberater gute Kontakte im Kongreß und wußte, wie er funktioniert.

Poindexter, der sich in der Navy zum Admiral hochtiefte, hat sie nicht. Sein Pech: Sein Stellvertreter Donald Fortier, der diese Aufgabe wahrnehmen sollte, war seit einem halben Jahr arbeitsunfähig und starb jetzt an Leberkrebs. Fortier war zu-

gleich der Rüstungskontrollkompetent im Amt Poindexters. Sein Ausfall riß eine Lücke auf, die um so spürbarer wurde, je hektischer die Sowjets mit immer neuen Vorschlägen das Abrüstungskarussell drehten.

Unfair wurde die Poindexter-Kritik jedoch, weil sie die Erfolge und Vorzüge dieses Mannes weitgehend außer acht ließ. Poindexter mag nicht der glanzvollste Abrüstungsstratege sein, der je im Weißen Haus saß, doch er ist gewiß einer der fähigsten Krisenmanager.

Er bewies es während der Libyen-Krise im Frühjahr, deren amerikanische Strategie wesentlich von ihm geprägt wurde, und er unterstrich es beim Sturz von Marcos (Philippinen) und Duvalier (Haiti). Poindexter war der geschickte und sehr wirksame Regisseur im Hintergrund.

Sein Amt ist das schwierigste in der gesamten Administration, besonders in diesen hektischen Monaten im Vorfeld des Gipfeltreffens mit Michail Gorbatschow. Ein Mann wie Robert McFarlane besaß die Autorität und die integrierende Kraft, vor dem ersten Gipfel die in Rüstungskontrollfragen rivalisierenden und divergierenden Kräfte in der Administration zu Ruhe zu bringen und zu einem – wenn auch nur nach außen hin sichtbaren – Waffenstillstand zu veranlassen. Poindexter fehlt (noch) diese Fähigkeit. Er muß sich bei dem Bemühen, Ruhe zu stiften, auf den Stabschef des Weißen Hauses, Donald Regan, verlassen, mit dem er wesentlich besser harmoniert als es Robert McFarlane vermochte.

Durch die Fortschritte der Gentechnologie ist der Mensch erstmals selbst zum Objekt der Forschung geworden. Droht uns in absehbarer Zukunft die Manipulation unseres Erbguts? Das Justizministerium hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der einem möglichen Mißbrauch vorbeugen soll. In dem ersten von zwei Beiträgen für die WELT stellt Justizminister Hans Engelhard seine Überlegungen zur Embryonenforschung vor.

Die Würde des Menschen ist das Maß aller Dinge

Von HANS A. ENGELHARD

Mit den modernen medizinischen Fortschritten und den neuen Möglichkeiten zu genetischen Eingriffen erreicht die Technikentwicklung eine neue Dimension. Die jetzt stattfindende Grenzüberschreitung ist allen bisherigen ungleichbar. Denn wir legen nunmehr mit den technischen Fortpflanzungsmethoden - etwa der Befruchtung im Reagenzglas, der Tiefkühlung von Ei- und Samenzellen sowie von Embryonen und der Möglichkeit der Geschlechtswahl - die Hand an die Entstehung des Lebens. Und mit der Gentechnik, insbesondere mit der Analyse der menschlichen Erbanlagen und der Gentherapie, greifen wir nach seiner inhaltlichen Gestaltung, "Machbarkeit" und "Verfügbarkeit" beziehen sich nicht länger vorrangig auf die Außenwelt. Wir selbst, unsere Entstehung und unser genetisches "So-Sein" sind in die Reichweite unseres technischen Handelns gerückt.

Das Recht ist auf diese Entwicklung nicht vorbereitet. Gerade angesichts der nunmehr eröffneten Dimensionen und der unabsehbaren Folgewirkungen unseres Tuns ist es geboten, nicht unbedingt Zeit zu verlieren. Deshalb haben der Bundesminister für Forschung und Technologie, Dr. Heinz Riesenhuber, und ich bereits im Mai 1984 eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Sie befaßt sich unter Vorsitz des früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Ernst Benda mit diesen neuen Techniken sowie mit den von ihnen aufgeworfenen ethischen und rechtlichen Fragen. Der Bericht der Arbeitsgruppe wurde der Bundesregierung am

25. November 1985 übergeben. Die darin ausgesprochenen Empfehlungen machen deutlich, wie groß die Herausforderung unseres gesamten Rechtssystems durch die - im weitesten Sinn verstandene - Humangenetik ist. Vom ärztlichen Standesrecht über den Landesgesetzgeber bis zur Gesetzgebung des Bundes sind alle gefordert.

Grundgesetzliche Grenzen müssen deutlich werden

Aus dem Bereich meiner Zuständigkeit möchte ich im folgenden einige wenige straf- und zivilrechtliche Punkte herausgreifen, um an ihnen das Gewicht dieser neuen Problematik anschaulich zu machen.

Ende April dieses Jahres habe ich den Diskussionsentwurf eines Gesetzes zum Schutz von Embryonen (Embryonenschutzgesetz) der Öffentlichkeit vorgestellt. Mir schien es ratsam, zunächst die Arbeit auf diese strafrechtlichen Regelungen zu konzentrieren. Denn es gilt, rechtzeitig für alle, insbesondere aber für diejenigen, die mit den neuen Techniken umgehen, deutlich zu machen, wo die Grenzen liegen, die unser Grundgesetz der Forschung setzt. Andernfalls könnte der Eindruck entstehen, es sei in der Fortpflanzungs- und Gentechnik alles Machbare erlaubt. Allerdings ist dabei dem Ultima-ratio-Charakter des Strafrechts Rechnung zu tragen. Das Strafrecht soll die für ein gedeihliches und geordnetes Leben unerlässlichen Grundwerte schützen, dabei jedoch nicht in zu kleine Minze geschlagen werden. Sonst droht es sein Gewicht zu verlieren, seine Si-



gnalwirkung einzubüßen, die ihm bei sparsamem Gebrauch zukommt.

Der Diskussionsentwurf konzentriert sich deshalb mit seinen wenigen Vorschriften im wesentlichen auf zwei zentrale Anliegen: Zum einen erweitert er den Lebensschutz des noch ungeborenen Lebens; zum anderen verschafft er der Würde des Menschen als unserem zentralen Rechtsgut überall da Geltung, wo sie durch die neuen Techniken besonders betroffen sein kann.

Der Entwurf verbietet unter anderem ausnahmslos, menschliche Embryonen zu Forschungszwecken zu erzeugen. Ferner untersagt er die Forschung an Embryonen, die bei einer Befruchtung außerhalb des Mutterleibs (in-vitro-Fertilisation) übrig geblieben sind, sobald sie die ersten Zellteilungen überschritten und das gleiche Wachstumsstadium erreicht haben, das sie zur Zeit des Abschlusses der Einnistung in die Gebärmutter hätten. Ebenso uneingeschränkt soll untersucht werden, abgegangene, aber noch lebende Embryonen zu Experimenten zu gebrauchen. Verboten werden schließlich auch bestimmte Handlungen, die heute, soweit ersichtlich, an menschlichen Zellen und Embryonen noch nicht

vorgenommen werden, nämlich Eingriffe in die menschliche Keimbahn, die Herstellung identischer Mehrlinge - das sogenannte Klonen - und schließlich die Bildung von Chimären und Hybridwesen aus Mensch und Tier.

Möglichen Versuchungen soll vorgebeugt werden

Diese letztgenannte Gruppe von Tatbeständen vorbeugend in den Entwurf aufzunehmen, hat seinen guten Sinn. Denn auch wenn solche Eingriffe, wie uns die Forscher versichern, an "menschlichem Material" heute nicht durchgeführt werden und teilweise, wie etwa das Klonen, sogar als wenig sinnvoll gelten: Entsprechende Tierversuche belegen, daß diese Eingriffe aber immerhin mehr oder minder erfolgreich möglich wären. Um hier jeder Versuchung vorzubeugen und klar Position zu beziehen, darf deshalb der Gesetzgeber nicht abwarten, bis sich derartige Gefahren verwirklichen. Da in den letzten Jahren fast alle Prognosen über die künftige Entwicklung der Fortpflanzungs- und Gentechnik falsch waren - weil die vorhergesagten Ent-

deckungen und Erfindungen früher als gedacht vorlagen -, kann daher von Voreiligkeit des Gesetzgebers keine Rede sein.

Der vielleicht umstrittenste Bereich ist die Forschung an menschlichen Embryonen. Hier steht die Forschungsfreiheit in besonders deutlicher Konfrontation der Menschenwürde und dem Lebensschutz gegenüber. Nach meiner Auffassung ist es mit der Menschenwürde, Artikel 1 Abs. 1 Grundgesetz (GG), und dem Lebensschutz, Artikel 2 Abs. 2 GG, unvereinbar, menschliches Leben zu erzeugen, ohne dabei dessen Menschwerdung zu beabsichtigen. Insoweit muß sich die in Artikel 5 Abs. 3 GG unbeschränkt garantierte Forschungsfreiheit durch diese anderweitigen, ebenfalls direkt aus dem Grundgesetz folgenden Wertentscheidungen Grenzen setzen lassen. Deshalb verbietet der Entwurf jede Herstellung von Embryonen zu Forschungszwecken.

Noch schwieriger ist jedoch die Beurteilung bezüglich der sogenannten "überzähligen" Embryonen. Sie wurden im Reagenzglas erzeugt, um sie in die Gebärmutter einer Frau zu übertragen. Scheitert nun der Transfer - gleich aus welchen Gründen - ist für diese bei der In-vitro-Fertilisation

übrig gebliebenen Embryonen die ursprünglich geplante Entwicklung zum Menschen nicht mehr möglich. Da es in solchen Fällen unvermeidbar ist, die Embryonen absterben zu lassen, geht der Entwurf davon aus, daß Experimente an ihnen unter diesen ganz speziellen Umständen und unter äußerst engen Voraussetzungen ausnahmsweise mit der im Grundgesetz festgeschriebenen Wertordnung vereinbar sind.

Ob dies auch der endgültigen Entscheidung des Gesetzgebers entsprechen wird, ist noch offen. Wenn der Entwurf jedoch insoweit unverändert bleibt, kann deshalb die Forschung nicht etwa beliebige Experimente vornehmen. Vielmehr verlangt der weiter wirkende grundgesetzliche Schutz der Würde des Menschen, daß es sich um Versuche handelt, die in besonderem Maß dem Leben dienen - ich denke vor allem etwa an die Krebsforschung. Eine der weiteren Voraussetzungen ist, daß die erhofften Erkenntnisse auf anderen Wegen nicht erlangt werden können.

Gemäß dem im Entwurf eines Embryonenschutzgesetzes niedergelegten Vorstellungen ist aber auch diesen verbleibenden Versuchen noch eine zeitliche Grenze gesetzt. Danach

Was vor Jahren kaum vorstellbar war, ist heute bereits Alltag im gentechnologischen Labor: Das Erbgut menschlicher Körperzellen wird im Reagenzglas "bearbeitet".

sind Experimente auf keinen Fall, auch nicht ausnahmsweise, zulässig, wenn der Embryo ein Entwicklungsstadium erreicht hat, das jenem entspricht, in dem er sich bei abgeschlossener Einnistung in die Gebärmutter befindet. Forderungen von Medizinern, diese Frist zu verlängern, würden zumindest im Ausland bereits erhoben. Einer solchen Entwicklung, in der man Embryonen für einen immer längeren Zeitraum sich außerhalb des Mutterleibs entwickeln läßt - einer Entwicklung, deren Endpunkt unter anderen eine künstliche Gebärmutter sein könnte, gilt es zu wehren.

Soweit innerhalb der aufgezeigten engen Grenzen Forschung an Embryonen nicht untersagt werden soll, bedarf es eines geordneten Verfahrens, in dem das Vorliegen der genannten Voraussetzungen geprüft wird. Deshalb bindet der Entwurf die Durchführung von Forschungsvorhaben an eine Genehmigung der jeweils zuständigen obersten Landesbehörde.

Bei dem Genehmigungsverfahren handelt es sich um eine typisch gesundheitsrechtliche Regelung, für die die Gesetzgebungskompetenz nicht beim Bund, sondern bei den Ländern liegt. Die Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauenfragen und Gesundheit, Frau Prof. Süßmuth, und ich haben deshalb den Regierungen der Bundesländer empfohlen, bezüglich dieser und aller anderen im Bereich des Gesundheitsrechts liegenden Fragen der Fortpflanzungs- und Gentechnik auf möglichst übereinstimmende Regelungen hinzuwirken. Wir haben, um diese Übereinstimmung zu erreichen, auch die Unterstützung durch die Bundesregierung angeboten.

Morgen in der WELT

Künstliche Befruchtung, Samenspende, Leihmütter und Retortenbabies: Die Medizin hat alle Vorstellungen über das natürliche Werden des Menschen auf den Kopf gestellt. Wie die Rechte von Kindern und Eltern gewährleistet werden sollen, beschreibt Justizminister Engelhard im zweiten Teil seines Beitrags.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/50 41, Telex 8 85 714

"Unsere Kinder musizieren selber" Nerv getroffen

Industrie kritisiert die Musikrichtung: WELT vom 5. August

Sie zitieren den Geschäftsführer des Bundesverbandes der deutschen Musikinstrumentenhersteller, Nöcker M. Anton. Nach dessen Worten soll der Musikunterricht an den Schulen zur "reinen Schallplatten-Didaktik" heruntergekommen sein. Dem muß entschieden widersprochen werden.

Die Wirklichkeit ist nämlich einfacher - was sich übrigens auch schon in den Produktionsziffern der Branche niederschlägt. Unsere Kinder, Schüler und Jugendlichen musizieren mehr als je zuvor. Die Berliner Musikschulen können den Andrang von neuen Schülern kaum bewältigen. Die Zahl der Musikgruppen an den Berliner Schulen hat sich in fünf Jahren mehr als verdoppelt.

Vorübergehende, durchaus ernstzunehmende Versuche, das bewusste Hören von Musik in den Mittelpunkt des Musikunterrichts zu stellen, erklären sich auch aus dem Reiz, den die immer vollkommener sich entwickelnde Klangqualität von Tonträgern und Wiedergabeanlagen, vor allem in den sechziger Jahren, auf die Musikpädagogik ausgeübt hat. Sie sind aber längst der Überzeugung gewichen, daß der beste Weg zur Musik und zum Musikverständnis doch über das eigene Musizieren führt, daß man Musik nur lernt, indem man Mu-

sik selber macht. Eine Sprache eignet man sich auch nur an, indem man sie spricht - und nicht über sie diskutiert. Ganze Klassensätze von Schlaginstrumenten, Stabspielen, Gitarren, Blockflöten oder Keyboards gehören in diesem Sinne inzwischen zur Standardausrüstung jeder schulschulischen Musiksammlung. Der Schulumusiker, der sich als "Schallplatten-Didaktiker" begreift, tristet insofern längst ein von den Schülern als Diskjockey belächeltes Randdasein und trägt zur Demontage der Autorität des Faches bei. Außerdem erfüllt er nicht den Rahmenplan, der in Berlin Singen und Musizieren vorschreibt.

Umfragen haben zudem ergeben, daß das Fach Musik von den Schülern um so häufiger zum Lieblingsfach erklärt wird, je mehr der Unterricht von Praxis und Eigenaktivität geprägt ist. Daß ein so gestalteter Unterricht auch auf einen sinnvollen Umgang mit der eigenen Freizeit vorbereitet, unterstreicht dessen über das Fachliche hinausgehende Bedeutung. Hier sollte Herr Anton Möglichkeiten und Aufgaben der Musikinstrumentenhersteller sehen, und nicht in realitätsfernen Angriffen auf die Schule.

Günter Spanier, Pressesprecher beim Senator für Schulwesen, Berufsbildung und Sport in Berlin

Nobelpreiskandidat

"Genscher unter Kohl II": WELT vom 13. August

Sie schreiben von der Absicht der Verleihung des Friedensnobelpreises an Außenminister Hans-Dietrich Genscher. Auch der Freundeskreis Internationale Begegnungen, getragen vom Internationalen Club von Hannover und der Hermann-Lindner-Gesellschaft - Europäische Vereinigung für Gesellschaftspolitik - schließt sich dieser Initiative in voller Überzeugung der langjährigen großen Verdienste von Genscher für Versöhnung und Entspannung an.

Wer sich so lange wie unser Außenminister weltweit im Geiste bismarckscher Politik so um einen Ausgleich von Ost und West bemüht hat und noch immer bemüht ist, verdient diese hohe Auszeichnung. Nicht so sehr im Sinne eines Abschiednehmens aus Gründen des Parteiproporz, sondern wegen der auf Kontinuität abgestellten und bewährten Außenpolitik.

Carl Doebering, Freundeskreis Internationale Begegnungen, Hannover

Nerv getroffen

"Das Mandat der Kirche": WELT vom 14. August

Wo viel Eifer und Engagement ins Feld geführt wird wie in der Frage um das Verhältnis von Kirche und Politik, scheint ein Nerv getroffen zu sein. Wie sollte es nicht!

Geht es doch um die ungeheure Entwicklung menschlicher Macht in Gestalt der industriellen Zivilisation und darum, ob und wie wir diesen babylonischen Turm etwa noch lenken und ordnen können, so daß es theologisch zu verantworten ist.

Abraham, unser Vater im Glauben, hat seinerzeit von Gott das Mandat erhalten, auszuwandern und sich gewissermaßen demonstrativ zu zerstreuen, auf daß er mit der gigantischen Konzentration und Zuspitzung menschlicher Macht nichts zu schaffen habe.

Sollte es nun stimmen, was Bischof Wilkens sagt und Enno v. Loewenstein zustimmend zitiert, daß nämlich die Kirche in dieser Sache über "ein besonderes Mandat" nicht verfügt, dann würde das bedeuten, daß wir heute mit diesem Monstrum alleine und von Gott verlassen wären. Das sei ferne!

Gott bewahre uns davor, vom Gewicht unseres eigenen Größenwahns erdrückt zu werden. Sollte er tatsächlich den warnenden Stimmen das Mandat entziehen, so hat er immer noch die Möglichkeit, der Menschheit neu die Sprache zu verwirren. Leichter wäre's, wir würden von allein bescheiden werden.

Pastor Hartwig von Schubert, Hamburg 1

"Landbetriege"

"Die Axt und die Nagelschere": WELT vom 21. August

Seit Jahrzehnten klammert sich die Regierung an der unteren Grenze der Progressionskurve fest, auch an ihrer Stetigkeit. Ich werde an Luther erinnert: "Fynantzer sind Landbetriege, die die Leute ums Geld beschleichen." Ist Leistung unanständig? Das Festhalten an der überalterten Progressionskurve hat außer der begründeten Verzerrung der Schwarzarbeit gründlich ausgeweitet.

Werner L. J. Plambeck, Hamburg

Wort des Tages

"Genie ist Intelligenz der Begeisterung."

Friedrich Hebbel, deutscher Autor (1813-1883)

Betrachtung aus Zululand

Die Schwarzen Südafrikas hoffen auf die Macht der Bildung, um ihre Lebensqualität zu verbessern. Obwohl die Regierung die gleiche Versorgung mit Bildung ohne Ansehen von Rasse, Farbe, Glauben oder Geschlecht grundsätzlich akzeptiert hat, lehnte sie das Konzept eines Erziehungsministeriums für alle Bevölkerungsgruppen und die gemeinsame Nutzung von Einrichtungen ab.

Es besteht eine große Lücke zwischen den staatlichen Pro-Kopf-Ausgaben für weiße Schüler (1221 Rand) und schwarze Schüler (185,23 Rand). Die Zahl der schwarzen Schüler ist groß und steigt rasch. Als Ergebnis



Alexander J. Thembela

langjähriger Unterversorgung und Diskriminierung entstand ein riesiger Nachholbedarf. Das Unternehmen, die Qualität der Erziehung für Schwarze in Südafrika zu steigern, bedarf vor allem zweierlei: Investitionen für Unterbringung und Einrichtungen sowie ausgebildete Lehrer. Um gute Lehrer zu interessieren, zu trainieren und zu behalten, bedarf es eines entsprechenden wirtschaftlichen Umfeldes.

Ohne adäquate Unterbringung sind Lehrer überarbeitet, demotiviert und erreichen nicht ihre maximale Leistungsfähigkeit. Deshalb ist die Infrastruktur eine Priorität auf dem Weg zu gleichem Ausbildungsstand der Bevölkerungsgruppen.

Die politische Unruhe im Lande hat eine Lage geschaffen, in der Zehntausende schwarzer Kinder gegenwärtig ohne jeglichen geregelten Unterricht leben. Viele Schulen wurden niedergebrannt. Die Schuldisziplin ist in manchen Gegenden völlig zusammengebrochen. Die

Entstehung zahlreicher arbeitsloser und nicht beschäftigbarer Jugendlicher wird die politische Unruhe verschärfen.

Selbst wenn die südafrikanische Regierung durch Sanktionen gezwungen werden kann, das bestehende politische System zugunsten von "ein Mann, eine Stimme" zu ändern und alle politischen Führer zuzulassen, was alle Schwarzen zu sehen wünschen, werden wir immer noch vor dem Problem stehen, viele schwarze Kindern mit Schulbildung zu versorgen, die heute ohne oder mit nur unzureichender Ausbildung heranwachsen.

Die internationale Gemeinschaft, die derzeit die südafrikanische Regierung mit Sanktionen unter großen Druck setzt, damit diese das böse System der Apartheid abschafft, muß dafür sorgen, daß sie nicht ein schlimmeres Übel schafft.

Ich argumentiere nicht politisch über die Frage, ob Sanktionen geeignet sind, die nötigen Veränderungen herbeizuführen. Was ich sage, ist, daß wenn wir alle einen "ein Mann, eine Stimme"-Zustand erreicht haben werden, wir es dann mit einer großen Zahl schlecht ausgebildeter Schwarzer zu tun haben, die mit gut ausgebildeten Weißen konkurrieren müssen und sich so der gegenwärtige Stand der Dinge verweigern wird.

Was ich sage, ist, daß Schwarze Hilfe brauchen, um das böse System der Apartheid abzuschaffen, das sie so lange in Unterwerfung gehalten hat. Sie brauchen auch Hilfe, um ihre Fähigkeiten durch Bildung zu entwickeln. Selbst wenn Sanktionen das erste schaffen, ist es nur schwer vorstellbar, wie sie das zweite erreichen werden.

Wir fordern die internationale Gemeinschaft auf, eine Strategie zu finden, die beides erreicht und nicht nur das eine auf Kosten des anderen. Politische Emanzipation gründet sich auf Ausbildung und wirtschaftlicher Machbarkeit. Nur unter diesen Umständen wird "ein Mann, eine Stimme" überhaupt nützlich sein.

Professor Alexander J. Thembela, Vizerektor der University of Zululand, Südafrika

Kardinal Höffner

"Größe sind für Katholiken nicht wählbar": WELT vom 22. August

In Ethikfragen ist Kardinal Höffner Wortführer aller bekennenden Christen. Dies gilt besonders für sein Engagement für das ungeborene Leben und für seine Warnung vor den Grünen. Dem katholischen Kirchenführer danken viele evangelische Christen von ganzem Herzen!

Heinrich Hoffmeyer, Wiesbaden

Raus Kinder

Jetzt schleppt Johannes Rau seine kleinen Kinder quer durchs Land, stellt sie zur Schau, vermarktet sie regelrecht. Kleine Kinder brauchen liebevolle Zuwendung in ruhiger Atmosphäre, damit sie sich entfalten können. Was Rau seinen Kindern zur Zeit antut, ist das Gegenteil davon. Mich wundert, daß Frau Rau das alles "widerspruchslos" mitmacht.

Renate Sommer, Mülheim

Personen

BERUFUNG

Die Dresdner Philharmonie hat einen neuen Chefdirigenten: Mit Wirkung vom 1. September 1986 wurde der 33jährige Jörg-Peter Weigle als Nachfolger des im vergangenen Jahr in den Ruhestand getretenen Herbert Kegel berufen. Kegel wird weiterhin ständiger Gastdirigent in diesem Orchester sein. Weigle war zuletzt Chefdirigent des Rundfunk-Sinfonie-Orchesters Leipzig.

GEBURTSTAGE

Die Berliner Musikschiffstellersin Karla Höcker feiert am 1. September ihren 85. Geburtstag. An diesem Tag findet zu ihren Ehren ein Festakt der Gemeinschaft der Künstlerinnen und Kunstfreunde (Gedok) und der Neuen Gesellschaft für Literatur im Berliner Literaturhaus statt. Am 1. September erscheint von Karla Höcker die



Karla Höcker

Biographie „Carl Maria von Weber“ (Erika Klopp Verlag, Berlin). Die Autorin ist außerdem Verfasserin zahlreicher Rundfunkfeatures und arbeitete auch für das Fernsehen.

*

Der frühere Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen (von 1949 bis 1980), Ernst Wilm, feierte gestern seinen 85. Geburtstag. Der Theologe ist Mitbegründer und Ehrenpräsident der Konferenz Europäischer Kirchen. Besondere Verdienste erwarb er sich nach dem Krieg durch seinen Einsatz für Vertriebene und Flüchtlinge. Er ist Ehrenbürger der ostwestfälischen Stadt Espelkamp, die 1948 gemeinsam von Staat und Kirche als Siedlung für Flüchtlinge und Vertriebene gegründet worden war. Wilm gehörte dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und dem Rat der Evangelischen Kirche der Union an. Die Bemühungen von Ernst Wilm, "die Gemeinschaft unter den christlichen Kirchen weiter zu stärken", hat Bundeskanzler Helmut Kohl in einem Glück-

VERANSTALTUNG

Weinselig soll es am 23. September im Bundeskanzleramt zugehen: Dies aber nicht, weil Helmut Kohl ein großer Feind der Pfälzer Weine ist. Der Bonner Regierungschef will ein Versprechen erfüllen, das er der Deutschen Weinwirtschaft schon 1985 gab: nun selbst etwas zu tun, um nach den vielen Weinskandalen dem eigentlich guten Ruf des Weines aus deutschen Landen wieder auf die Beine zu helfen. Zur "Präsentation des Deutschen Weines" in der Regierungszentrale werden auch Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle und Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg kommen. Der Kanzler als Gastgeber wird unterstützt von Vertretern der Deutschen Weinwirtschaft, von dem Stabilisierungsfonds für Wein und von der CMA, der Centralen Marketing Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft.

KIRCHE

Papst Johannes Paul II. hat zwei litauische Bischöfe zu Mitgliedern vatikanischer Kongregationen ernannt. Vincentas Sladekevicius, Apostolischer Administrator von Kaistadys, wurde neues Mitglied in der Sakramentenkongregation, und Antanas Valcius, Administrator von Telsiai und Klaipeda, gehört künftig der Kleruskongregation an.

GESTORBEN

Der französische Philosoph und Romanschriftsteller Raymond Abellio ist am Dienstagabend in Nizza im Alter von 78 Jahren gestorben. Abellio, der mit bürgerlichem Namen Georges Soules hieß, hatte sich nach einem Ingenieursstudium zunächst der Politik zugewandt und war in den Jahren 1937 bis 1939 Vorstandsmitglied der Sozialistischen Partei. In seinem literarischen und philosophischen Schaffen verarbeitete Abellio den Geheimwissenschaft und der Metaphysik, die er zum Gegenstand mehrerer Essays machte. Für seinen ersten Roman, "Heureux les Paquebots", wurde er 1947 mit dem Prix Sainte Beuve ausgezeichnet.

Irreführend

Minister, Politiker aller Parteien und die Medien sprechen dauernd von Asylanten, Flüchtlingen und Wirtschaftsflichtlingen.

Diese Bezeichnungen sind völlig irreführend. Von der Flut der "Einwanderer" in die Bundesrepublik Deutschland können allenfalls zwei Prozent als echte Asylanten oder gar Flüchtlinge eingestuft werden.

Asylsuchende und Flüchtlinge waren von 1938 bis 1945 jüdische Bürger in Deutschland und später in den besetzten Ländern Europas. Deutsche waren Flüchtlinge, welche 1945 ihre Heimat im Osten zwangsweise verlassen mußten und sind es noch heute, wenn sie unter Einsatz ihres Lebens die "Staatsgrenze" der DDR überwinden.

Einwanderer, welche ohne Gefahr für Leib und Leben, mit Flugzeugen, mit Schiffen, mit der Eisenbahn oder mit dem Auto ihr Heimatland legal verlassen, sind schlicht Auswanderer aus sozialen Gründen. Und darum geht es.

Heinz Behrendt, Bendestorf

Die Wende der Sozialdemokraten

Studie über Ursprünge des Anti-Amerikanismus

Diese Studie kommt zur rechten Zeit, um einige Ordnung in das verworrene Bild des deutschen Anti-Amerikanismus zu bringen. Es scheint Emil-Peter Müller vordringlich, die frühen Wurzeln der kulturellen Geringschätzung und der gesellschaftspolitischen Vorurteile freizulegen, denen die Vereinigten Staaten seit ihrer Gründung bis zum Ersten Weltkrieg im deutschen Bürgertum begegneten.

Wie der Verfasser hervorhebt, ist es nicht die Andersartigkeit, die solche Irritationen erzeugte, sondern im Gegenteil der Umstand, daß Amerikas

Gesellschaft, durch ihr europäisches Erbe vorgeformt, die Urteilsfindung kompliziert. Die verwandtschaftliche Nähe hat in der Einstellung Deutschlands zum Neuen Welt klassenbedingte Gegensätze dramatisiert und psychologische Mißverständnisse hervorgebracht. Während das Bildungsbürgertum des 19. Jahrhunderts mit Herablassung auf die „Unkultur“ der Amerikaner reagierte, aber kaum politische Kritik geltend machte, habe die deutsche Link, glaubt Müller, ihre politischen Hoffnungen auf den sozialen Ausgleich und den demokratischen Fortschritt gerichtet, der damals dem Kaiserreich aus den USA ins Gesicht wehte.

Es ist ein bemerkenswertes Phänomen, das Sozialdemokraten zu denken geben mußte, daß die Geschichte

ihrer Partei, die bis nach dem Zweiten Weltkrieg durch eine pro-amerikanische Grundhaltung gekennzeichnet war, neuerdings von einer Fühnung, die kurzfristig auf taktische Vorteile fixiert ist, abrupt über Bord geworfen wurde.

Die anti-amerikanische Animosität kam erst relativ spät zum Zuge, nämlich als die militärische Präsenz der USA in der Bundesrepublik verbunden mit dem Großmachtduell um die europäische Hegemonie, den neutralistischen Tendenzen Auftrieb gab. Um die Amerikafeindlichkeit anzukurbeln, genügte eine nicht allzu umfangreiche, aber gewalttätige Minderheit, die sich pazifistisch tarnen, aber durch ihren Terrorismus größere Wirkungen erzielt, als es ihrer tatsächlichen Stärke entspricht.

Eine Stärke von kühler Objektivität, Berndt von Staden, der als Koordinator der nicht an die Tagespolitik gebundenen deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit über entsprechende Erfahrungen verfügt, macht für diese bedrohliche Entwicklung neben der voreingenommenen Medienkampagne „gewisse Kreise“ verantwortlich, die dafür nach seiner Überzeugung „erhebliche Mittel“ einsetzen könnten. Hinzufügen sollte man, daß die Öffentlichkeitsarbeit in den USA wie in der Bundesrepublik viel zu wünschen übrig läßt. Der Einseitigkeit, ja häufig Bösartigkeit, mit der ein Teil der deutschen Presse und der elektronischen Medien Amerika moralisch niederzumachen versucht, steht auf amerikanischer Seite eine Lückenhaftigkeit der Europa-Berichterstattung gegenüber, die auf den freiwilli-



Nach dem US-Angriff auf Libyen: Antiamerikanische Demonstration in der Frankfurter Innenstadt

FOTO: DPA

gen Verzicht hinausläuft, sich mit dem Anti-Amerikanismus intensiv auseinanderzusetzen.

Der großen Mehrheit der Amerikaner und Deutschen ist es bisher entgangen, wie lange sie schon mit dieser Entfremdung leben. Niemand hat zunächst bemerkt, was die Bildung der Großen Koalition in Bonn wirklich bedeutete. Sie schuf schon 1968, also vor genau 20 Jahren, die psychologische Voraussetzung für eine amerikanisierende Animosität. Ohne den Spielraum, der durch sie den außerparlamentarischen Bewegungen geschenkt wurde, hätte die Agitation gegen die USA nie die Schärfe und den Umfang erreichen können, die heute zu Störfaktoren in den Beziehungen beider Länder geworden sind.

Emil-Peter Müller kommt zu dem Schluß, daß sich daran so bald nichts ändern kann. Er führt das vornehmlich auf den schwankenden Kurs der SPD zurück. Während Willy Brandt noch 1971 als Kanzler die SPD strikt gegen den Kommunismus abgrenzte und von einer Rückentwicklung der Reformpartei des Godesberger Pro-

gramms zu einer Kaderpartei nichts wissen wollte, nehme er heute eine ganz verschiedene Haltung ein. Bezeichnend dafür seien emotionale Besuche, wie er sie dem Kuba Fidel Castro und Nicaragua abstattete, sowie seine Kampagne gegen die Mittelamerikapolitik der USA.

Das alles geht wohl auf die unrealistische Überzeugung Brandts zurück, daß eine Mehrheit links der Mitte noch immer zu finden sei. Eine Ansicht, die bei weitem nicht von den meisten seiner Parteigenossen geteilt wird. Nach einer Allensbacher Umfrage von 1985 bekundeten 46 Prozent der SPD-Mitglieder Sympathien für die USA – ein stattlicher Anteil, der sich angesichts der scharfen Spannungen in der Partei inzwischen kaum verringert haben dürfte. Den Ausschlag geben in einer industriellen Wohlstandsgesellschaft wie der Bundesrepublik am Ende auch bei den Sozialdemokraten sicherheitspolitische Überlegungen und nicht die verstaubten ideologischen Vorurteile gegen das kapitalistische Amerika.

HEINZ BARTH

Erkundungen am verfluchten Gebirge

Ein Buch über Albanien gestern und heute

Der frühere österreichische Diplomat Walther Peinsipp ist einer der wenigen Westeuropäer, die in die albanischen Probleme wirklich eingedrungen sind. In den sechziger Jahren war er österreichischer Botschafter in Belgrad, von wo er die heraufkommende Kosovo-Frage – den Konflikt der albanischen Bevölkerungsmehrheit mit den Serben und mit Jugoslawien – beobachten konnte. Während des Zweiten Weltkriegs war der promovierte Jurist unfreiwillig deutscher Soldat in den nordalbanischen Bergen – im eigentlichen „Shkypetarenland“, das nördlich von Tirana beginnt und sich bis zum Skutari-See und dem „Prokletije“ (dem verfluchten Gebirge) an der heutigen jugoslawisch-albanischen Staatsgrenze erstreckt.

Von Peinsipp erzählt man zu nächst, daß Albanien nicht immer gleich Albanien ist: Die Nation teilt sich in zwei Stämme – die beweglichen, mediterranen, von Griechenland beeinflussten Tosken im Süden des heutigen Albanien – und die Gegebenheiten der eigentlichen „Shkypetaren“ im Norden, in den albanischen Alpen. Ein wenig vereinfacht gesagt: Die Tosken waren während des Zweiten Weltkriegs Kommunisten. Aus ihrer Mitte stammten Enver Hoxha und die größte Teil der heutigen albanischen Partei- und Staatsführung.

Das Bergvolk der „Shkypetaren“ im Norden war seiner Tradition und Lebensauffassung nach eher antikomunistisch. Da die deutsche Wehrmacht 1943 Albanien von der italienischen Besatzung befreite und sich die Soldaten durchweg korrekt verhielten, waren und sind die Deutschen auch heute noch bei den Shkypetaren hoch angesehen. Dazu der Verfasser: „Die Kommandeure der Wehrmacht achteten auf strenge Disziplin der Truppe in deren Verhalten der Bevölkerung, vor allem den Frauen, gegenüber. Kamen einmal Übergriffe vor, wurden sie stets und raschestens abgestellt. Die Wehrmacht mischte sich auch nicht in die inneren Angelegenheiten des Landes ein. Die Truppe lebte streng getrennt von der Bevölkerung...“

Peinsipp vergleicht die shkypetarischen Bergrepubliken samt ihrer Sippen- und Stammesverfassung sowie

einer Rechtsordnung, die in eine uralte Vergangenheit und Vorzeit zurückreichte, mit den schweizerischen Urkantonen des Mittelalters. Für ihn ist das shkypetarische Gemeinwesen, wie er es noch während des Zweiten Weltkriegs kennenlernte, das Modell einer gewachsenen Demokratie. Peinsipp erklärt aus dieser uralten Rechtsordnung und aus einem lebendigen Ethos der Shkypetaren auch die dem Westeuropäer unbegreiflichen Elemente: Wie die bis jüngst noch praktizierte Blutrache, zugleich aber auch die Heiligkeit des Gastrechts oder die unbedingte Geltung eines gegebenen Ehrenworts. Von diesem Gastrecht haben übrigens die Deutschen während ihres Rückzugs 1944 profitiert: Die Shkypetaren griffen die abziehende Wehrmacht nicht an, weil die Deutschen als Gäste betrachtet wurden.

Walther Peinsipp: *Das Volk der Shkypetaren. Geschichte, Gesellschafts- und Verfassungsordnung.* Verlag Böhlau, Wien-Köln-Graz, 303 S., 78 Mark.

petaren griffen die abziehende Wehrmacht nicht an, weil die Deutschen als Gäste betrachtet wurden.

Von den shkypetarischen Volksführern schreibt der Verfasser: „Vor allem waren sie Herren, die nicht Stolz mit Eitelkeit oder Parvenümanieren verwechselten. Sie fühlten sich ihrer Hausgemeinschaft und ihrem Geschlecht verpflichtet, jedoch waren sie sich stets bewußt, daß die Verdienste der Ahnen nur zählen, wenn ihnen die Leistung der Lebenden folgt.“ Die Shkypetaren seien „von der Christenheit verlassen“ auch unter Jahrhunderte dauernder Fremdherrschaft ein freies Volk geblieben.

Peinsipp ist sich darüber klar, daß die archaische und heroische Lebensform dieser albanischen „Bergrepubliken“ durch die modernen Zeiten und den Kommunismus ausgehöhlt und vielleicht schon vernichtet worden ist. Aber vieles, was uns an den heutigen Albanern – auch an den Kommunisten in Tirana – auf den ersten Blick unbegreiflich erscheint, wird plötzlich transparent und erklärbar, wenn man Peinsipp gelesen hat. Darin liegt das große Verdienst dieses Buches. CARL GUSTAF STRÖHM

Daten des Terrors

Die ersten Strategiepapiere der „Roten Armee Fraktion“ erschienen in den Jahren 1971 und 1972. Heute sind sie weitgehend vergessen. Die neue Generation der Terroristen hat schwächere Bildungsvoraussetzungen als die Baders, Meinholds und Ensslins. Das „Prinzip der Praxis“ hat theoretische Auseinandersetzungen eindeutig in den Hintergrund gedrängt. Die Bekenntnerschreiben nach den Attentaten der 80er Jahre dienen nur noch der Rechtfertigung der Aktion und vermögen nicht mehr zukunftsweisende Strategien darzustellen.

Diese Entwicklung schildert der Autor in knapper und klarer Form. Er beschreibt Entstehung und Hintergründe des deutschen Terrorismus und zeigt die internationalen Zusammenhänge auf, die sich in den 70er Jahren nur als initierende Beispiele und noch nicht als tatsächliche Zusammenarbeit darstellten. Heute existieren Bündnisse in der Praxis, so zwischen der RAF und der französischen „Action Directe“ sowie – weit schwächer – mit den belgischen „Cellules Communistes Combattantes“ (CCC). Ziel ist der Aufbau einer „anti-imperialistischen Front in Westeuropa“.

In dem Buch wird deutlich, daß der deutsche Terrorismus – nicht zuletzt wegen seines Theoriedefizits – rücksichtslos und brutal geworden ist. Geiselnahmen kommen nicht mehr in Frage. Die Repräsentanten des „militärisch-industriellen Komplexes“ werden nicht mehr gefangen genommen, sondern ermordet.

Das hat zu Diskussionen innerhalb der militanten Linken geführt. Der Versuch, die Tötung

Werner Kahl: *Versicht Schußwaffen!* Von kommunistischem Extremismus, Terror und revolutionärer Gewalt. Oboz Verlag, München, 200 S., 16,50 Mark.

des amerikanischen Soldaten Pimental zu rechtfertigen, hat nur noch engste Unterstützer erreicht. Der Frankfurter Kongreß im Februar 1986 machte die unterschiedliche Auffassung zwischen Anhängern der RAF und Vertretern der autonomen Linken klar. Auch die neue Unterschrift der RAF, „Zusammen kämpfen“, kann die wachsende Isolierung der RAF nicht verdecken. Gleichwohl wird sie, wie der Verfasser unterstreicht, weiterkämpfen, auch ohne Aussicht auf Erfolg.

Das Buch zeichnet sich durch eine ungewöhnliche Vielzahl von Fakten aus, von denen einige auch den Fachleuten entfallen sind oder nicht bekannt waren, so zum Beispiel die Tatsache, daß Anwälte der linksextremistischen Szenen über den inzwischen verstorbenen Rechtsanwalt Prof. Friedrich Karl Kaul der „DDR“-Führung vorschlugen, die Gefangenen von Stammheim gegen politische Häftlinge in „DDR“-Haftanstalten auszutauschen.

Das führt zur Rolle des Ostblocks. Kahl betont zu Recht, daß eine Steuerung des Terrorismus in Deutschland durch sowjetische Zentren nicht nachgewiesen werden könne und unwahrscheinlich sei. Er unterstreicht aber anhand von Beispielen, daß der Ostblock dem Terrorismus immer wieder indirekte Unterstützung gewährt habe. Das Buch verbindet Sachkunde mit Spannung.

HANS JOSEF HORCHHEM

Leiden im Lager

Das tragische Leben der Hilda Vitzthum

Da wächst, 1903 geboren, in einer österreichischen Beamtenfamilie ein intelligentes Mädel auf. Früh kommt es mit der sozialistischen Jugendbewegung in Berührung, tritt Anfang der 20er Jahre in die KPÖ ein. Als Mitglied des antifaschistischen Komitees wird Hilda Vitzthum 1929 kurzzeitig verhaftet, fährt sofort nach ihrer Freilassung auf Vorschlag der Partei zu einem einjährigen Kurs über politische Ökonomie und Leninismus nach Moskau. Dort lernt sie den Gruppenleiter Georgi kennen.

Nach diesem Kurs lebt sie wieder in Wien und arbeitet im Untergrund. Nicht nur um einer zweiten Verhaftung zu entgehen, vor allem aus persönlichen Gründen reist sie erneut

Hilda Vitzthum: *Mit der Wurzel ausrotten.* Erinnerungen einer ehemaligen Kommunistin. Verlag Ernst Vögel, München, 240 S., 24,50 Mark.

nach Moskau, heiratet Georgi, wird in die KPDSU übernommen und erhält den Auftrag, an der Seite ihres Mannes die Kulturarbeit für die zahlreichen ausländischen Arbeiter in Kuznez, der entstehenden Industrieanlage, zu organisieren. Sie bekommt zwei Kinder, die Tochter stirbt nach einem Unfall.

Sozialismus scheint keine Utopie mehr zu sein; der erste Fünfjahresplan mobilisiert die Massen. Doch dann folgt das Jahr 1937. Der „demo-



Hilda Vitzthum in den 50er Jahren

FOTO: DIE WELT

kratische Zentralismus“, mit anderen Worten die Parteibürokratie, läßt Fragen oder andere Meinungen nicht aufkommen und beginnt mit der großen „Säuberung“. Tausende Erbauer von Kuznez werden über Nacht verhaftet. Statt wie versprochen in der „Gartenstadt“ zu wohnen, verschwinden sie für zehn bis fünfundzwanzig Jahre in den Arbeitslagern.

Auch Hilda kommt in ein Lager. Ihr Mann, ein überzeugter Kommunist, wird als „Volksfeind“ erschossen; den Sohn nimmt Georgis Bruder zu sich. Kaum hat sich Hilda an ein Lager gewöhnt, verlegt man sie in ein anderes. Sie ist oft sehr krank. Es herrscht ein Leid ohne Gleichen, Erschießungen sind an der Tagesordnung. Allein der Gedanke an ihren Sohn läßt sie durchhalten. Durch die Intervention einiger Freunde wird Hilda schließlich 1948 aus der Lagerhaft entlassen. Sie holt ihren Sohn, besorgt sich mit letzter Kraft zwei Pässe. Heute lebt Frau Vitzthum wieder in Wien.

JÜRGEN K. HULTENREICH

Immer umgetrieben

Geschichte der Juden in Böhmen und Mähren

Orthodoxe oder chassidische Ostjuden auf der einen Seite, aufklärerische oder assimilierte Westjuden auf der anderen, mit diesem Raster scheint die jüdische Wirklichkeit in Europa zu erfassen zu sein. Doch dieser Eindruck täuscht. Darauf macht die Autorin mit ihrem „historischen Lesebuch“ aufmerksam.

Die zwiespältige Situation des „Prager Kreises“, der deutschsprechenden Juden zwischen Tschechen und Deutschen, ist einigermaßen bekannt, weil eine Interpretation der Werke Kafkas, Werfels, Brods ohne Berücksichtigung dieser Tatsachen nicht möglich ist. Diese Zwitterstellung war das Ergebnis einer langen Entwicklung, denn anders als die Juden im polnisch-russischen Raum

Wilma Iggers: *Die Juden in Böhmen und Mähren.* Verlag C. H. Beck, München, 392 S., 58 Mark.

lebte diese Minderheit in den böhmischen und mährischen Ländern nicht von der übrigen Bevölkerung weitgehend isoliert.

Trotzdem war die jüdische Existenz voller Probleme, weil die Böhmen und Mähren die Juden als Verbündete der Deutschen sahen – seit dem Toleranzpatent von Joseph II. (1784) mußten sie deutsche Namen tragen und ihre Geschäftsbücher Deutsch führen –, die Deutschen sie aber nicht als gleichberechtigt akzeptierten. Im tschechischen Antisemitismus treten deshalb zu den religiösen und wirtschaftlich motivierten

Vorurteilen gegen die Juden auch noch nationale.

Deren Auswirkungen waren selbst nach dem Zweiten Weltkrieg noch virulent, wie Wilma Iggers belegt. Die deutschsprachigen Juden, die zurückkehrten, mußten die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft neu beantragen. Und wer zwischen den Kriegen, als sich die Bewohner der Tschechoslowakei für die tschechische, deutsche oder jüdische Nationalität entscheiden konnten, die jüdische gewählt hatte, wurde nicht wieder eingebürgert.

Erstaunlich ist, daß die Geschichte der Juden in Böhmen und Mähren bislang nur wenig wissenschaftliches Interesse fand. Es sind in neuerer Zeit lediglich zwei Bücher in Deutsch zu diesem Thema erschienen, die „Neuere Geschichte der Juden in den böhmischen Ländern“ von Ruth Kestenberg-Gladstein (1969), die leider nicht über „Das Zeitalter der Aufklärung 1780–1830“ hinausgedieh, und „Die Juden in den böhmischen Ländern“ (1983), ein Band mit den Vorträgen einer Tagung des Collegium Carolinum über Einzelaspekte der Zeit seit dem Mittelalter.

Wilma Iggers beschränkt sich auf die zweihundert Jahre von der – allerdings nur kurzzeitigen – Ausweisung der Juden aus dem Erbprinzeiböhmen 1744 durch Maria Theresia bis zum neuen kommunistischen Antisemitismus, der offen beim Slansky-Prozeß 1952 hervortrat. Diese zwei Jahrhunderte mit dem ständigen Wechsel zwischen Hoffnung und Verfolgung werden in den Berichten von Zeitgenossen anschaulich.

PETER DITTMAR

Große Fleißarbeit

Neuer Gesamtkatalog atomarer Einrichtungen

Bei der Ankündigung dieses Buches wird mit pompösen Worten nicht gezögert. Zum ersten Male zeige „Nuclear Battlefields“ Athenäum Verlag, Königstein, 416 S., 49,80 Mark), in welchem Ausmaß alle Länder der Welt in die nukleare Logistik eingebunden seien. Und mit erschreckender Deutlichkeit werde erkennbar, daß eine quantitative Vergrößerung der Nuklearwaffen die atomare Kriegsmaschinerie, die ihre eigenen Schwachpunkte reproduziere, nicht außer Gefecht setzen werde.

Das Buch der amerikanischen Journalisten Arkin und Fieldhouse will der Stichwortgeber für die „Friedensbewegung“ sein. Es will den augenscheinlich uninformierten und vielleicht desinteressierten Zeitgenossen antworten, sich dem Protest gegen die atomare Rüstung anzuschließen. Zitat: „Das größte Hindernis für die Beteiligung des Bürgers stellt die Geheimhaltung dar... Die Offiziellen schweigen aus einem naheliegenden Grund: Alles spielt sich in nächster Nähe eines jeden ab. Schweigen verhüllt die Verbindungen zwischen einer unangenehmen

Anlage oder einem unschönen Anblick vor Ort und den Ereignissen im Weltmaßstab. Dieses Schweigen ist die beste Waffe, um öffentliche Neugier im Zaum zu halten.“

Von solchen Sätzen bis zu dem Entschluß, sich blockierend vor die nächste Kaserne zu setzen, scheint es für manchen nur ein kurzes Stück zu sein. Jedenfalls möchte das Buch dies dem Leser suggerieren. Es ist eine überdimensionale Fleißarbeit an Recherche. Was auf der Welt an atomaren Einrichtungen der Supermächte und der kleineren Länder, die über Nuklearwaffen verfügen, vorhanden ist, wird in einem umfangreichen Katalog aufgelistet und dargestellt.

Für jeden Interessierten muß aber klar sein: Dieser Text ist geschrieben, um destruktiv die Verteidigungsplanung der USA und ihrer Verbündeten zu unterminieren. Deshalb enthält das Buch nicht nur Aufklärung, die jeder nüchtern Wägende begrüßen sollte, es agitiert gegen das System, das uns den Frieden im Atomzeitalter erhält.

RÜDIGER MONIAC

Wirtschaftspolitik mit Orientierung!

LUDWIG ERHARD:

Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln.

Ludwig Erhard

Ohne Orientierung gibt es keine Maßstäbe – ohne Maßstäbe keine richtigen Antworten auf Schicksalsfragen unserer Gesellschaft. Die von Ludwig Erhard geprägte Soziale Marktwirtschaft hat gültige Maßstäbe gesetzt und sich auch in Krisen als überlegene Wirtschaftsordnung erwiesen.

Die von ihm gegründete Ludwig-Erhard-Stiftung engagiert sich für eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer sozial verpflichteten Marktwirtschaft. Anerkanntes Forum der Ludwig-Erhard-Stiftung für Information und Aussprache über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist die Vierteljahres-Zeitschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“.

Themen in der 28. Ausgabe der „Orientierungen“ sind unter anderem der Wohlfahrtsstaat, die Funk-

tion der Vermögenspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft und die Kosten des Gesundheitswesens. Die Perspektiven der sowjetischen Wirtschaft, die Kooperationsmöglichkeiten der Industrie mit Partnern in der Dritten Welt und der soziale Anspruch der Agrarmarktpolitik werden überprüft. Das Heft enthält einen Beitrag zum Verhältnis von Kirche und Wirtschaft sowie die Jahresbibliographie 1985 zur Sozialen Marktwirtschaft mit 1375 Titeln.

Möchten Sie „Orientierungen“ beziehen, wollen Sie Mitglied des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung werden? – Schreiben Sie uns:

Ludwig-Erhard-Stiftung, Johannerstraße 8, 5300 Bonn 1.



NACHRICHTEN

Sperre für Groh

Frankfurt (sid) - Mit einer Sperre von vier Wochen wegen „unsportlichen Verhaltens“ ist Jürgen Groh (1. FC Kaiserslautern) vom Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) bestraft worden. Groh war nach einem Fouls an Hans-Jörg Crieis (Mönchengladbach), der sich dabei einen doppelten Bänderriss zuzog, vom Platz gestellt worden.

Marseille weiter unbesiegt

Paris (sid) - Olympique Marseille bleibt mit dem deutschen Nationalspieler Karl-Heinz Förster nach dem 0:0 bei Stade Rennais weiterhin ungeschlagen. Pierre Littbarski verlor mit Racing Paris das zweite Heimspiel gegen Sochaux 0:2. Trainer Sylvester Takac muß um seinen Posten bangen.

Delzepich nach Österreich

Aachen (dpa) - Günter Delzepich wechselt vom Fußball-Zweitligaklub Alemannia Aachen zum österreichischen Erstligaklub Sturm Graz. Delzepich soll zum Schluss in Aachen nicht einmal auf der Reservebank.

Organisiertes Rowdytum

London (dpa) - Die britische Fernsehgesellschaft BBC will Vereinigungen entdecken, die Fußball-Rowdytum organisieren. Die Mitglieder dieser Vereinigungen setzen sich keineswegs aus Arbeitslosen und Slumbewohnern zusammen. Diese Rowdys, die sich „Casuals“ nennen, gehören zumeist der Mittelklasse an. Auch ein Arzt und ein Rechtsanwalt sollen sich an den geplanten Schlägereien beteiligen.

Schüler unterlagen

Royan (sid) - Deutschlands Fußball-Schüler (unter 15 Jahre) verloren in Royan ein Länderspiel gegen Frankreich mit 2:4. Nach dem 0:3-Rückstand kamen die Spieler von DFB-Trainer Holger Osieck durch Tore von Plöcher (Wernsberg-Weierzell) und Lässig (Mannheim) nur noch auf 2:3 heran.

Kaiserslautern: Gewinn

Kaiserslautern (dpa) - Die Bilanz des Fußball-Bundesligaklubs 1. FC Kaiserslautern weist einen Gewinn von 1,634 Millionen Mark auf. Die Pfälzer erzielten Transfererlöse von rund vier Millionen Mark und gaben davon drei Millionen wieder für neue Spieler aus.

50 000 Karten verkauft

Nürnberg (sid) - Das Bayern-Derby in der Fußball-Bundesliga zwischen dem 1. FC Nürnberg und Bayern München am 3. September ist fast ausverkauft. Nur noch 5000 Stehplatzkarten sind zu haben. Rund 50 000 Karten wurden bereits verkauft.

Maria Canins verletzt

Colorado Springs (sid) - Die Italienerin Maria Canins zog sich bei einem Sturz einen Schlüsselbeinbruch zu und kann bei den Rad-Weltmeisterschaften in Colorado Springs nicht starten. Die zweimalige Siegerin der Tour de France wurde beim Training von einer starken Windböe erfaßt und stürzte.

ZAHLEN

FUSSBALL
Erste englische Division, 2. Spieltag: Coventry - Arsenal 2:1, Luton - Southampton 2:1, Queens Park - Watford 3:2, Wimbledon - Aston 3:2. - Tabellenplätze: 1. West Ham 6 Punkte, 2. Tottenham 4, 3. Everton 4.

ISHOCKEY
Europacup: ZSKA Moskau - Södertälje 10:2, Rosenheim - St. Gervais 8:4. - Tabellenplätze: 1. Moskau 20 Punkte, 2. Dukla Jglatz 20, 3. Rosenheim 22.

TENNIS
US-Open in Flushing Meadow, 1. Runde: Jelen (Deutschland) - Woodforde (Australien) 6:3, 4:6, 2:6, 6:4, 6:4, Chesnokow (UdSSR) - Osterlun (Deutschland) 7:6, 6:7, 6:3, 6:3, Annaccone - McEnroe (beide USA) 1:6, 6:1, 6:3, 6:3, Lendl (CSSR) - Layendecker (USA) 6:3, 6:2, 6:0, Davis - Restagno (beide USA) 6:3, 7:6, 6:3, Kriekoteila (USA) - Novacek (CSSR) 5:7, 4:6, 7:6, 6:4, 6:3, Tietze - Scanlon (beide USA) 6:2, 6:4, 6:1, Krishnan (Indien) - Bauer (USA) 7:6, 6:2, 7:6, 7:6, McNamee (Australien) - Vilas (Argentinien) 7:5, 5:7, 2:6, 6:1, 6:3, Leconte (Frankreich) - Jaité (Argentinien) 6:3, 6:4, 6:4, Anger (USA) - Arrary (Peru) 6:2, 3:6, 6:1, 7:5, Maciel (Mexiko) - Fibak (Polen) 3:6, 6:4, 7:6, 6:1, Hooper - Brown (beide USA) 6:3, 4:6, 7:6, 6:4, Purcell (USA) - Zivonovic (Jugoslawien) 6:4, 6:2, 6:1.

Damen, 1. Runde: Bartos-Ceserpey (Ungarn) - Betzner (Deutschland) 6:1, 7:6, Hanika (Deutschland) - White (USA) 7:6, 6:2, Bunge (Deutschland) - Gompert (USA) 7:5, 6:4, Navratilova (USA) - Holikova (CSSR) 6:4, 6:2, Croft (England) - Demongot (Frankreich) 4:6, 6:0, 7:5, Herr - P. Smith (beide USA) 6:0, 6:1, Fairbank (Südafrika) - Dunbar (USA) 6:4, 2:6, 6:2, Budarova (CSSR) - Fernandez (USA) 6:2, 6:3, Mandlikova (CSSR) - Calleja (Frankreich) 6:2, 6:2, Horvath - Sloane (beide USA) 6:3, 6:2, Dingwall (Australien) - Fernandez (Puerto Rico) 7:6, 7:6, Reggi (Italien) - Vermaak (Südafrika) 6:1, 6:4, Hu Na (USA) - Herremann (Frankreich) 6:4, 6:2, Mochizuki (USA) - Mundel (Südafrika) 6:3, 7:6, Paradis (Frankreich) - Villagran (Argentinien) 6:7, 6:3, 6:1, Rush - Hendrickson (beide USA) 6:1, aufgegeben, Torres - Rinaldi (beide USA) 6:1, 6:4, Marsikova (CSSR) - Krapf (Schweiz) 0:6, 6:3, 6:4, Werdel (USA) - Cecchini (Italien) 6:4, 6:3, Benjamini - Flatek (beide USA) 6:4, 3:6, 6:3, Glidemeister (Peru) - Suro (Frankreich) 2:6, 6:4, 6:2, Moulton (USA) - Bassett (Kanada) 6:4, 4:6, 8:0, Casale (USA) - Hobbs (England) 6:3, 3:6, 7:6, Phelps - Sodupe (beide USA) 6:4, 6:4, Bender (USA) - Inoue (Japan) 6:2, 6:4.

LEICHTATHLETIK / Jürgen Hingsen jagt Olympiasieger Daley Thompson - Guido Kratschmer verletzt ausgeschieden

● Jürgen Hingsen jagt Olympiasieger Daley Thompson, der seit 1979 im Zehnkampf unbesiegt ist. Nach drei Übungen (100 m, Weit, Kugel) hat der Brit 54 Punkte Vorsprung. Hingsen: „So dicht war ich ihm noch nie auf den Fersen.“ Hingsen war im Weitsprung (7,89/7,72) und im Kugelstoßen (16,46/15,73) stärker, über 100 m aber schwächer (10,87/10,27). Sigi Wentz lag auf Platz vier.

● Enttäuschung um die Subhochspringer aus der Bundesrepublik Deutschland. Jürgen Winkler und Bernhard Zintl fehlen bei der Entscheidung am Freitag. Beide überstanden die Qualifikation nicht. Zintl scheiterte an 5,40 m, Winkler hatte diese Höhe, die zur Finalteilnahme gereicht hätte, ausgelassen und schaffte dann 5,30 m nicht. Ebenfalls gescheitert ist der Sowjetruse Rodion Gatanlin.

● Zwei ehemalige Weltrekordlerinnen müssen heute bei der Entscheidung im Hochsprung zusehen: Die Italienerin Sara Simeoni und Tamara Bytkow aus der UdSSR. Die Höhe von zwei Metern war für sie einmal selbstverständliche Leistung, jetzt scheiterten sie in der Qualifikation an 1,86 m. Heike Redetzky aus Leverkusen kam mit 1,89 m in die Gruppe der zwölf Teilnehmerinnen am Endkampf.

● Die große Überraschung des ersten Wettkampftages: Drei Italiener gewannen die Medaillen beim Lauf über 10 000 m. Olympiasieger und Weltmeister Alberto Cova wurde dabei von dem erst 23 Jahre alten Stefano Mei besiegt. - Claudia Losch aus Fürth, von der im Kugelstoßen eine Medaille für die Bundesrepublik Deutschland erwartet worden war, belegte nur den vierten Platz.

Zeitplan und WELT-Tips

Das Programm des dritten Wettkampftages und die WELT-Tips:

● 17.00 Uhr, Diskuswerfen, Frauen: 1. Christova (Bulgarien, 72,52), 2. Sachse (73,26), 3. Hellmann (beide DDR, 72,52). - DLV-Teilnehmer: Losch (63,62), Storp (58,25).

● 17.30 Uhr, Hochsprung, Frauen: 1. Kostadinowa (Bulgarien, 2,06), 2. Turtaschak (2,01), 3. Bina (DDR, 1,97). - DLV-Teilnehmer: Redetzky (1,91).

● 18.00 Uhr, 400 m, Frauen: 1. Koch (DDR, 49,24), 2. Wladykina (UdSSR, 49,76), 3. Müller (DDR, 49,79). - DLV-Teilnehmer: Kinzel (50,83), Thimm (51,82), Lix (52,17).

● 18.30 Uhr, Kugelstoßen, Männer: 1. Timmermann (23,80), 2. Beyer (beide DDR, 22,94), 3. Andrus (Rum, 22,06). - DLV-Teilnehmer: Stolz (20,37), Gelhausen (20,33).

● 19.00 Uhr, 800 m, Männer: 1. Cram (1:43,22), 2. Coe (beide Großbritannien, 1:44,10), 3. Semjanski (UdSSR, 1:45,05). - DLV-Teilnehmer: Braun (1:44,03), Assmann (1:44,50), Giesing (1:48,73).

● 19.40 Uhr, 900 m, Frauen: 1. Olszenko (UdSSR, 1:57,42), 2. Wodars (DDR, 1:57,05), 3. Bußmann (Deutschland, 1:58,11).

● 20.30 Uhr, 3000 m, Frauen: 1. Puica (Rumänien, 9:38,91), 2. Budd (Großbritannien, 9:34,43), 3. Bondarenko (UdSSR, 9:34,90). - DLV-Teilnehmer: Kraus (im Vorlauf aufgegeben).

● 21.00 Uhr, 400 m, Hürden, Männer: 1. Schmid (Deutschland, 47,89), 2. Wassiljew (UdSSR, 48,24), 3. Tormow (Bulgarien, 48,48). - Weitere DLV-Teilnehmer: Scholz (48,52), Kautin (49,80).

● Im Fernsehen: 8.55 bis 13.15 Uhr (Vorkämpfe), 17.30 bis 18.47 Uhr, 20.15 bis 21.45 Uhr (alles in der ARD).

Die Entscheidungen

Männer: 10 000 m: Gold: Mei 27:59,79, Silber: Cova 27:57,93, Bronze: Antibo (alle Italien) 28:00,25. 4. Erikson (Schweden) 28:01,50, 5. Castro (Portugal) 28:01,62, 6. Treacy (Irland) 28:04,10, ... 15. Herle (Deutschland) 28:44,10.

Frauen: 10 km Gehen: Gold: Diaz (Spanien) 46:00 Std., Silber: Jansson 46:14, Bronze: Ybanes (beide Schweden) 46:18, 4. Rodionowa (UdSSR) 46:28, 5. Sobrino (Spanien) 46:35, 6. Lewandowska (UdSSR) 46:36, 21. Waza (Deutschland) 51:41.

Marathon: Gold: Mota (Portugal) 2:28:38 Std., Silber: Fogli (Italien) 2:32:52, Bronze: Schramenkowa (UdSSR) 2:34:18, 4. Keskelto (Finnland) 2:34:31, 5. Vileton (Frankreich) 2:38:17, 6. Mos (Norwegen) 2:38:34. - Eritreer (Deutschland) aufgegeben.

Kugelstoßen: Gold: Krieger 21,10 m, Silber: Müller (beide DDR) 20,81, Bronze: Achrimenko (UdSSR) 20,66, 4. Losch (Deutschland) 20,54, 5. Hartwig (DDR) 20,14, 6. Abaschidze (UdSSR) 19,99, 7. Plotitschka 19,10, ... 11. Storp (beide Deutschland) 18,45.

Medaillenspiegel

	Gold	Silber	Bronze
1. Italien	1	2	1
2. DDR	1	1	0
3. Spanien	1	0	0
3. Portugal	1	0	0
5. Schweden	0	1	1
6. UdSSR	0	0	2

Ein großes, trauriges Mädchen und ein Sieger, der vorgibt, „zum Schlafen geboren“ zu sein

■ Kugelstoßerin Claudia Losch und der starke Druck, der von außen kam
■ Wehmütiges Lachen: „Eigentlich jammerschade, ich habe soviel drauf“

JÖRG STRATMANN, Stuttgart

Aus ihren Augen spricht die Enttäuschung. Scheinbar gelassen sitzt sie da, beantwortet geduldig jede Frage, vergißt nicht die tröstenden Worte für diejenigen Konkurrentinnen, denen es ähnlich ergangen war. Und sie reagiert hier und da mit ihrem ansteckend lustigen, burschikosen Lachen. Doch ihre Augen lachen nicht mit. Sie zeigen ihre unendliche Enttäuschung.

Claudia Losch (26), das Aushängeschild des Frauen-Leistungssports im Deutschen Leichtathletik-Verband (DLV), die Olympiasiegerin im Kugelstoßen, von der alle an ersten Tag der Europameisterschaften in Stuttgart den ersten, den befüllenden Sieg für das deutsche Team erhofft hatten - Claudia Losch war ohne Medaille geblieben.

Vierte war die Fühlerin geworden. Ein großer Erfolg. Schließlich waren, anders als in Los Angeles, die weltbesten Kugelstoßerinnen angetreten. Auch fehlten ihr nur wenige Zentimeter zum dritten Platz. Schließlich war sogar Weltrekordlerin Natalia Lisowskaja aus der UdSSR im Vorkampf gescheitert. Doch es war eben kein Erfolg für die, die ein gutes Abschneiden der um ihre wenigen Chancen bangenden DLV-Mannschaft von einem frühen Erfolgserlebnis abhängig gemacht hatten.

Und in erster Linie war es kein Erfolg für Claudia Losch selbst. Sie saß da, blickte gedankenverloren vor sich hin und zerrückte den längst leeren Plastikbecher ihres ersten Erfrischungsgetränks. „Ich bin sehr enttäuscht.“ Ein großes, trauriges Mädchen.

Sicherlich sei der Druck von außen da gewesen, sagt sie. Leicht, aber stetig. Und mit der Zeit lästig in der Vorbereitung. Kräftig und einengend in den letzten zwei Tagen vor dem Wettkampf. Medien, Freunde, DLV-Funktionäre sagten: „Du machst das schon, Claudia.“ Und, mit kräftigem Schulterklopfen: „Du gewinnst“.

Gold. Gut gemeinte Worte. Die aber das Gegenteil bewirken bei jemandem, der sich lieber vollständig abschottet, um in Ruhe zu arbeiten. Der nichts mehr fürchtet, als daß all die Freundlichkeiten, der Ruhm um sportliche Erfolge die individuellen Freiheiten beschneiden könnten.

Da reagiert Claudia Losch, die stets gut gelaunt, empfindlich. „Nimmt denn niemand Rücksicht!“ Deshalb organisierte sie ihre ausgedehnten Trainingslager. So konnte sie sich in Ruhe vorbereiten. „Ich habe nichts gehört und nichts gesehen.“ Nur den Druck des nahenden Wettkampfs habe sie gespürt. Diese selbstverständliche Spannung, sich selbst im

Vergleich mit den Besten zu bestätigen. Vor allen Dingen nach ihrem Olympiasieg von Los Angeles. Doch mit dieser Art Druck könne sie besser umgehen.

Claudia Losch, die Wettkämpferin. Sie habe gewußt, daß mit einem Stoß um 21 Meter eine Medaille zu gewinnen gewesen sei. Das war die Leistung, auf die sie sich vorbereitet hatte. Alle Trainingsergebnisse sprachen dafür. Also hatte sie keine Angst vor den Gegnerinnen. „Auch wenn du die Ostblock-Athletinnen nie einschätzen kannst.“

Doch dann dieser Wettkampfverlauf. Ein riesiges Feld von Teilnehmerinnen. Claudia Losch mußte lange auf ihren ersten Versuch warten. Und dann der Regen, der einsetzte als sie erstmals den Ring betritt. Heidi Krieger aus der DDR hatte da schon unter besseren Bedingungen ihre Siegesweite von 21,10 Meter erzielt.

Nein, der Regen war es nicht, eher die ermüdenden Pausen. Gut drei Stunden dauerte der Wettbewerb für den einsechshundert vorgehenden waren. Kleinigkeiten, die am Leistungsvermögen nagen und das Gefühl zurücklassen, es viel besser machen zu können. „Für die Zuschauer tut es mir leid“, sagt sie.

Claudia Losch, die Empfindsame. Auch im Wettkampf. So verspürt sie keine Genugtuung, die frühere Weltrekordlerin Helena Fibingerova weit hinter sich gelassen zu haben. Sie bedauert die Tschechoslowakin vielmehr. „Das hat Helena nicht verdient.“ Und dabei fällt Claudia Losch ihre eigene Enttäuschung wieder ein.

In diesem Jahr noch, wie geplant, Wettkämpfe zu bestreiten, kann sie sich nicht vorstellen. „Eigentlich jammerschade“, lacht sie traurig, „ich habe so viel drauf.“ Doch mit ihren Gefühlen muß sie erst einmal fertig werden. In Ruhe. Und dann entscheidet sie sich schnell. „Die Eltern warten“, sagt sie und geht. Ein großes, trauriges Mädchen.

Kratschmer: So höre ich nicht auf

Für Guido Kratschmer war der Zehnkampf schon nach zwei Disziplinen beendet. Eine Muskelzerrung im linken Oberschenkel, die er sich beim dritten Weitsprung-Versuch zugezogen hatte, zwang ihn zur Aufgabe. „Ich bin der Pechvogel der Nation“, war Kratschmers erste Reaktion. Doch dann besiegte der Glaube an die Zukunft die Enttäuschung und Resignation: „Ich mache weiter bis zu den Olympischen Spielen 1988.“

Der Masseur hatte den 33-Jährigen Kratschmer, dessen immer stärker gewordene Muskulatur auch ständiges Verletzungs-Risiko bedeutet, vor dem Wettkampf noch einmal untersucht, dabei aber keine Verletzungszusammenhänge entdeckte. Kratschmer: „Ich bin wohl zu aggressiv abgesprungen. Ich ahnte gleich, das dies das Ende ist.“ Kratschmer will das Schicksal noch einmal herausfordern: „So höre ich nicht auf.“

TENNIS

Niederlage - da lächelte McEnroe

sid/dpa, New York

Paul Annacone bewies Stil. „Sorry, John“, sagte er am Netz auf dem Center Court von Flushing Meadow, als er nach seinem Erfolg dem tragischen Verlierer John McEnroe die Hand drückte. Annacone: „John tat mir regelrecht leid.“ Die Hoffnung von John McEnroe auf eine glänzende Rückkehr in die große Tennis-Welt wurde am ersten Tag der US-Meisterschaften zu Grabe getragen.

Das Resultat von 6:1, 1:6, 3:6, 3:6 war bitter. „Ich fühle mich fast ein bißchen schlecht“, sagte Sieger Annacone. Die Wirklichkeit ist hart: Mac is out“ statt „Mac is back“. McEnroe spielte wie ein Anfänger, und die eigenen Fehler nahm er wie ein Boxer die Schläge. Er murmelte oder meckerte nicht einmal mehr, er lächelte. Ergebnisse war in seinem Gesicht zu lesen. „So“, meinte er, „muß sich wohl ein Boxer fühlen, der Treffer nicht wahrhaben will, der irgendwann am Boden liegt und dennoch keine Schmerzen spürt.“

John McEnroe kam ins Nachdenken: „Die Vergangenheit ist Vergangenheit. Es ist Zeit, nach vorn zu blicken und Entscheidungen für die Zukunft zu treffen.“ War das schon sein eigener Grabesang? Er wollte schon das Ende seiner Karriere verkünden, sagte er, „dann aber fiel mir ein: Ich habe ja auch im Doppel gemeldet. So lange spiele ich auf jeden Fall noch.“

Seine Situation stellt sich für ihn so dar: „Mein Spiel findet im Kopf statt. Leider habe ich keinen Schalter zum Ein- oder Ausschalten wie das Licht. Acht oder neun Jahre hat es hell für mich gebrannt, dann flackerte es ein bißchen, und ich stieg aus. Jetzt kann ich nicht so schnell sagen, ob ich an dem Punkt bin, an dem Björn Borg Schluß machte mit dem Spiel.“

Paul Annacone lieferte unbewußt eine mögliche Antwort. Er sagte: „Mein Bruder Steve und mein Trainer Mike de Palmer haben vorher gemeint, es sei nicht nötig, das beste Spiel meines Lebens für einen Sieg über John McEnroe zu spielen. So war es.“ McEnroe ist verwundbar geworden.

STANDPUNKT

Abschied im „freien Spiel der Kräfte“

Schmerzlich und freudig zugleich erinnerten Altvoider des Fußballs beim Abschiedsspiel für Bundesliga-Rekordhalter Klaus Fichtel (461 Einsätze in 21 Profijahren) an die goldenen 60er und 70er Jahre. Zwar hatte sich Teamkapitän Franz Beckenbauer schon vorher festgelegt, nie mehr spielen zu wollen („Ich habe kein Verlangen mehr danach“) und auch Wolfgang Overath wollte seinen Urlaub nicht unterbrechen.

Wie schön Fußball sein kann, wenn kein Druck und keine Zwänge dahinterstehen, demonstrierten Persönlichkeiten und Originale der Vergangenheit in geradezu üppiger Fülle. Da stürmte Uwe Seeler (er wird am 5. November 50), als wollte er den Torjägern von heute Anschauungsunterricht im effektiven Sturmspiel geben. Zweimal traf er, einmal schob er dem Schalker Torwart Junghans den Ball durch die Beine, und als Krönung servierte er dann wie früher noch einen Faltrückzieher, der zwar etwas daneben ging, aber viel Beifall und „Uwe-Uwe-Rufe“ nach sich zog. Und mit Vergnügen konsumierten die rund 20 000 Fans bei böigem Wind, was Willi Lippens, wegen seines Watschelganges nur „Ente“ genannt, und der inzwischen zwei Zentner schwere „Buffy“ Ettmayer an zirkusreifen Tricks zu bieten hatten. Höhepunkt der Varieté-Einlagen: „Ente“ stoppte einen aus dem Fußgelenk geschlagenen Traumpfaß des Österreichers mit dem Allerwertesten.

Freilich, Ettmayer sagte auch, daß solche Kunst nur im „freien Spiel der Kräfte“ gedeiht. 6:6 hieß es am Ende. „Wenn's um etwas gegangen wäre, hätten die mich auf die Haupttribüne geschleudert.“ Klaus Fichtel, von Sprechchören gefeiert, winkte mit tränenerfüllten Augen zum letzten Mal ins Publikum. Was ihm bleibt, sind rund 100 000 Mark aus dem Abschiedsspiel. Einen Teil davon will der ehemalige Bergmann (Fichtel arbeitete von 17 bis 20 unter Tage) Angehörigen verunglückter Bergleute zur Verfügung stellen. Und auch den Wunsch einer Behindertenstätte nach einem fahrbaren Untersatz will er erfüllen helfen.

HEINZ STUMM

Die Marke Ihres Erfolges...

BAUME & MERCIER

GENEVE
1830

Farbbroschüre und Bezugsquellenachweis durch:
BAUME & MERCIER GmbH - Postfach 100265 - 6050 Offenbach/Main 1

Chirac besucht Unruhregion Neukaledonien

AP, Paris

Der französische Premierminister Jacques Chirac wird heute mit fünf Ministern zu einem zweitägigen Kurzbesuch ins Überseeterritorium Neukaledonien fliegen. Vor sechs Wochen hatte das Pariser Parlament ein neues Gesetz gebilligt, das eine Übergangsregierung und für Sommer 1987 eine Volksabstimmung über die Selbstbestimmung Neukaledoniens vorsieht. Chirac will bei seinem Besuch nicht nur den künftigen politischen Status der Inselgruppe, sondern auch Wirtschaftsmaßnahmen und die allgemeine Rolle Frankreichs im Südpazifik erörtern.

Ende 1984 und Anfang 1985 war es auf Neukaledonien zu blutigen Unruhen gekommen, die elf Menschenleben forderten. Die Kanaken, mit 43 Prozent die stärkste Volksgruppe unter den 150 000 Inselbewohnern, fordern im Gegensatz zu den anderen Bewohnern die völlige Unabhängigkeit Neukaledoniens.

Ceausescu zieht jetzt Konsequenzen aus wachsender Wirtschaftsmisere

Rumänische Regierung erneut umgebildet / Starker Druck der Auslandsschulden

cg/DW, Wien
Mit der Ernennung von zwei Wirtschaftsexperten in Schlüsselpositionen hat der rumänische Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu offenbar Konsequenzen aus den wachsenden wirtschaftlichen Problemen seines Landes gezogen. Rumänien hat in der letzten Zeit anhaltende Schwierigkeiten, seine Auslandsschulden fristgemäß zurückzahlen.

Bei der Kabinettsumbildung war am Dienstag Ioan Tudor zum neuen Außenminister ernannt worden. Sein Amtsvorgänger Ilie Vaduva übernahm die Leitung des Ministeriums für Außenhandel und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, das bisher Vasile Pungam führte. Ob Pungam mit neuen Aufgaben betraut wurde, war bisher nicht zu erfahren.

Neu besetzt wurde auch der Posten des Finanzministers. Hier löste Alexandru Babe Petre Gigea ab. Der bis-

herige Außenhandelsminister und der Finanzminister galten als enge Berater des Präsidenten.

Regierungsumbildungen sind in Bukarest nichts Ungewöhnliches, da Präsident Ceausescu nach Ansicht von Beobachtern durch häufige Umbesetzungen der wichtigsten Ämter seinen Ministern die Bildung einer „Hausmacht“ erschweren will. Wenn auch Rotationen dieser Art nicht überbewertet werden sollten, fällt diesmal doch die massive Berufung von Wirtschaftsexperten in die Spitzenpositionen auf.

Die rumänische Führung, die ihre gesamte Wirtschaftspolitik auf die Rückzahlung der Auslandsschulden ausgerichtet und dafür eine fühlbare Verschlechterung des Lebensstandards der Bevölkerung hingenommen hat, kann keine greifbaren Erfolge aufweisen. Bukarest mußte bereits

um Umschuldung für die 1986 und 1987 fälligen Schulden nachsuchen.

Nur neun Monate nach seiner Ernennung zum Außenminister wurde Ilie Vaduva zum Außenhandelsminister ernannt. Der 53-jährige ehemalige Rektor der Wirtschaftsakademie gilt als Vertrauensmann von Elena Ceausescu und hat bisher immer die wenig reformfreundlichen Wirtschaftskonzepte Nicolae Ceausescus unterstützt.

Der neue Außenminister Ioan Tudor, ehemals Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts, war bisher Vize-Ministerpräsident und für die Beziehungen zum Comecon zuständig. Als Abgeordneter zur Großen Nationalversammlung hat er Rumänien öfters bei Konferenzen der Interparlamentarischen Union vertreten. Er ist auch Politikerkandidat.

Der neue Finanzminister Alexandru Babe war bisher Beamter im Finanzministerium.

Genscher fordert: Gorbatschow beim Wort nehmen

AP, Wien/Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat den Westen aufgerufen, den sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow mit seiner angekündigten Bereitschaft zum Neuanfang und zu neuer Offenheit im Ost-West-Verhältnis beim Wort zu nehmen. In einer Rede vor dem Donau-Europäischen Institut in Wien sagte Genscher gestern, alle sinnvollen Angebote zu mehr Zusammenarbeit müßten realistisch auf Ernsthaftigkeit geprüft werden. Die demnächst in Wien beginnende KSZE-Folgekonferenz biete dafür den nächsten Termin. Die Bundesrepublik Deutschland wolle dafür sorgen, daß es dabei nicht an Ideen mangle. Kritik übt Genscher an pauschaler westlicher Ablehnung neuer sowjetischer Abrüstungsvorschläge. Es verorte Unsicherheit und Mangel an Kompetenzen, wenn jeder neue Ansatz im sowjetischen Verhalten als Propaganda charakterisiert werde.

USA drängen Moskau zu mehr Pragmatismus

Hinter den Kulissen häufiger Gespräche als angenommen

C.GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion finden – so lassen NATO-Kreise in Brüssel durchblicken – derzeit sehr viel substantiellere Gespräche über die Zukunft der Ost-West-Beziehungen statt als allgemein bekannt ist. Wie in Brüssel verlautet, hat die von Präsident Reagan Sonderbotschafter für Abrüstungsverhandlungen, Paul Nitze, geführte Delegation in Moskau am 11. und 12. August mit den Sowjets in gelockerter Atmosphäre eine „tiefe“ Aussprache geführt. Washington habe dabei seine Bereitschaft zu weitreichenden Übereinkommen mit der Sowjetunion unumwunden zum Ausdruck gebracht.

Auf zahlreichen Ebenen hätten die USA andere Kontakte mit Moskau oder bereiteten sich auf Gespräche vor. So sind zum Beispiel für die kommende Woche Verhandlungen über chemische Waffen in Bern angesetzt. Das ganze Spektrum der beiderseitigen Beziehungen werde dabei erörtert, hieß es in Brüssel. Selten zuvor in der Geschichte der Supermächte seien derart intensive Gespräche hinter den Kulissen geführt worden, obwohl offiziell nur Vorbereitungen für das Zusammenreffen der Außenminister Shultz und Shevardnadze am 19. und 20. September zugegeben würden.

Verbündete informiert

Als Gradmesser für den Ernst der Gespräche wurde darauf verwiesen, daß über die Gesprächsrunde in Moskau in der zweiten Augustwoche weder aus dem Westen noch dem Osten Einzelheiten an die Öffentlichkeit gedrungen seien. Eine weitere Kontaktrunde auf dieser Ebene ist für den 5. und 6. September in Washington vorgesehen.

Dennoch haben die Vereinigten Staaten ihre Verbündeten in der NATO inoffiziell über den Inhalt der

Gespräche informiert. Die Amerikaner haben der Sowjetunion zu verstehen gegeben, so lauten zuverlässige Informationen, daß es auf jedem der zur Debatte stehenden Felder zu baldigen Fortschritten kommen könne, wenn Moskau weniger eine Philosophie verfolge, die in der Substanz darauf zu zielen scheint, die USA auf den Platz zwei unter den Supermächten zu verweisen.

Große Offenheit

Die von Moskau wiederholte Forderung von „Gleichheit und gleicher Sicherheit“, die ideologische Prinzipien in völkerrechtliche Substanz verwandeln solle, sei Ausdruck einer Tendenz, dort militärische Kompensation zu suchen, wo die Sowjetunion Gegenüber ihrer Gesellschaftsordnung sehe. Washington sei nicht bereit, der Sowjetunion eine aus dieser Perspektive angestrebte Dominanz einzuräumen. Verhandlungserfolge seien aus amerikanischer Sicht unvermeidlich, wenn das Thema pragmatischer behandelt würde.

Es wurde eingeräumt, daß es zu früh sei, einen Ausgang der Gespräche vorauszusagen. Es sei jedoch so, daß die Amerikaner in großer Offenheit ihre Verhandlungsbereitschaft darlegten und Probleme beschrieben hätten, die aus ihrer Sicht Fortschritte bis jetzt verhindert hätten. Washington habe Moskau erklärt, daß es bei SDI keine Umkehr geben könne. Es sei bereit, über alle Einzelheiten, einschließlich des ABM-Raketenabwehrvertrages von 1972, mit der Sowjetunion zu verhandeln. Das Forschungsprogramm selbst stehe nicht zur Disposition. Die Sowjetunion müsse verstehen lernen, daß Mittel der Strategien durch die Realisierung menschlichen Geistes Veränderungen unterworfen würden. Politische Blockaden könnten den Prozess bremsen, aber nicht aufhalten.

(SAD)

Von SAT 1 ein Angebot an die Konkurrenz

fac/dpa, Bonn

Die private Fernsehgesellschaft SAT 1 hat dem Konkurrenzunternehmen RTL Plus aus Luxemburg ein Kaufangebot für die bei der Deutschen Bank treuhänderisch deponierten vier Prozent des Gesellschaftsanteils am Medienunternehmen CLT (Compagnie Luxembourgeoise de Télédiffusion) gemacht. SAT 1-Geschäftsführer Jürgen Doetz (Mainz) bestätigte dies der WELT. Doetz: „Das Angebot ist so ernst gemeint wie das Angebot der CLT.“

Über die Kaufofferte hatte CLT-Generaldirektor Gustave Graas am Dienstag in Luxemburg berichtet. Am Kapital von RTL Plus sind derzeit CLT zu 50 Prozent und einer Aktie, zu 10 Prozent die Essener Zeitungsgruppe WAZ und zu 40 Prozent minus einer Aktie UFA/Bertelsmann beteiligt. CLT will vier Prozent an einen künftigen deutschen Geschäftsführer abgeben. RTL-Programmdirektor Helmut Thoma sagte im Gespräch mit dpa/WVD: „Wir sind erfreut über die Kontaktnahme. Sie zeigt, daß SAT 1 die Erfahrung und Kompetenz von RTL im Fernsehbereich zu schätzen weiß.“ An SAT 1 ist eine Gruppe von Verlegern und die Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenfernsehen (PKS) beteiligt. Vor kurzem war eine zentrale Betriebsgesellschaft geschaffen worden, um den Programmverantwortlichen ein schnelleres Reagieren zu ermöglichen. Bis zum Inkrafttreten der Reform lag die Verantwortung im wesentlichen bei den beteiligten Häusern. Zur Zeit sind Gespräche darüber im Gange, auf welchem Kanal des geplanten Rundfunkstellens TV SAT – sein Start ist nach dem Ariane-Debakel für das Frühjahr 1987 vorgesehen – SAT 1 künftig senden wird.

Bonn lehnte Verfolgung von Kriegsverbrechern ab

dpa, New York

Die Bundesregierung hat 1983 die Anregung des US-Justizministeriums abgelehnt, die Auslieferung eines mutmaßlichen Kriegsverbrechers zu beantragen. Entsprechende Dokumente wurden jetzt in New York vom Jüdischen Weltkongress veröffentlicht. Es geht um den heute 63 Jahre alten Ukrainer Bogdan Kozly, der 1943 als Mitglied der unter deutscher Leitung stehenden ukrainischen Polizei ein vierjähriges jüdisches Mädchen und mehrere Mitglieder einer jüdischen Familie erschossen haben soll.

Kozly lebt seit 1949 in den USA. Nachdem die Vorwürfe gegen ihn bekannt geworden waren, wurde ihm 1982 die amerikanische Staatsbürgerschaft entzogen. In einer Verbalnote vom 28. März 1983 hatte das Auswärtige Amt argumentiert, die Kozly zur Last gelegten Taten seien verjährte. In dem Gutachten wurde ein Gutachten der Ludwigsburger Zentralstelle für die Verfolgung von Naziverbrechern zitiert, in dem es heißt, die Teilnahme des Ukrainers an den Erschießungen sei zwar „aufgrund der sehr präzisen Zeugenaussagen nicht zweifelhaft“, aber diese Taten seien „unter Berücksichtigung der einschlägigen Rechtsprechung“ lediglich als „Verbrechen des Totschlags oder als Beihilfe zum Mord“ zu werten und damit seit dem Frühjahr 1960 verjährte.

Im Juli schrieb der Direktor des „Büros für besondere Ermittlungen“ an das Justizministerium in Bonn und wies darauf hin, daß der Fall Kozly eine „Basis“ für eine Strafverfolgung in der Bundesrepublik und damit für eine Auslieferung liefern könne, wie der damalige Justizminister Jürgen Schmude dies in Aussicht gestellt habe.

KVAE unter Zeitdruck

Ruhe hält Erfolg für möglich / Kontrolle bis zum Ural geplant

DIETHART GOOS, Bonn

Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Rühle erwartet von der Endrunde der Stockholmer Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) konkrete Vereinbarungen. Rühle erklärte, daß sich die KVAE-Konferenz unter starkem Zeitdruck befinde. Bis zum 19. September müßten sich die 35 Staaten aus Ost und West über neue vertrauensbildende Maßnahmen als Erweiterung der KSZE-Beschlüsse von Helsinki einigen. Dieser Termin kann nicht hinausgeschoben werden, weil sich bereits am Tag darauf die Außenminister der USA und der UdSSR, Shultz und Schewardnadse, treffen, um die Bedingungen für ein neues Gipfeltreffen von Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow zu vereinbaren.

In der Schlussphase der KVAE-Konferenz geht es um die neuen Forderungen für verbindliche Manöver-

Mitteilungen. Bisher mußte ein KSZE-Staat Übungen mit mehr als 25 000 Soldaten den anderen Konferenzteilnehmern 21 Tage vorher bekanntgeben. Das meldepflichtige Manövergebiet in der UdSSR war auf 250 Kilometer östlich der West-Grenze beschränkt. Künftig soll das europäische Gebiet der Sowjetunion bis zum Ural in die Meldepflicht einbezogen werden.

Meinungsverschiedenheiten zwischen Ost und West bestehen noch über die anzunehmende Mindestzahl der Manövertruppen. Der Warschauer Pakt nannte zunächst 18 000 Mann, während die NATO-Staaten und neutrale Länder als Mindestzahl 6000 Soldaten festzuschreiben wollten. Rühle rechnet damit, daß sich beide Seiten auf 12 000 einigen werden. Das wäre aus seiner Sicht ein erheblicher Fortschritt. Bei dieser Mindestzahl hätten beide Seiten jährlich etwa 20 Manöver anzumelden.

Liebe Leserin, lieber Leser

Vertrauen ist gut. Wissen macht sicher. Lesen Sie also bitte einmal nach, wozu sich die deutsche Chemie in ihren Umwelt-Leitlinien verpflichtet hat.

Dr. Hans Albert
Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie e.V.

Wer mehr weiß, kann sich die bessere Meinung bilden. Und in einer freien Gesellschaft stehen natürlich jedem Bürger die besten Informationen zu. Wußten Sie zum Beispiel, daß die deutsche Chemie international mit an der Spitze steht, was den Umwelt-, Gesundheits- und Arbeitsschutz betrifft? Oder daß die Chemie in den letzten 20 Jahren ihre Emissionen um mehr als die Hälfte gesenkt hat, obwohl die Produktion auf das Zweieinhalbfache gesteigert wurde? Und daß für solche eindrucksvollen Ergeb-

nisse in dem Zeitraum Gesamtaufwendungen von 45 Milliarden DM notwendig waren?

Selbstverständlich – es bleibt noch genug zu tun. Und wir arbeiten entschlossen weiter. Bei dieser Arbeit richtet sich die deutsche Chemie nach Leitlinien, in denen die Verantwortung gegenüber Mensch und Umwelt festgeschrieben ist. In einer Anzeigenserie wollen wir Sie darüber informieren, wie weit wir bei unseren Umweltbemühungen sind, woran

wir arbeiten und welche Ziele wir uns gesetzt haben. Wir wollen durch sachliche Informationen zu einer vertrauensvollen Atmosphäre beitragen. Denn nur in einer Atmosphäre, in der Sachlichkeit, Augenmaß und Vertrauen herrschen, lassen sich die großen Aufgaben der Zukunft gemeinsam meistern.

Ihr Exemplar der Umwelt-Leitlinien liegt abrufbereit. Am besten, Sie fordern es gleich an. Wenn Sie es durchgesehen haben, wissen Sie noch besser, warum Sie Vertrauen zur Chemie haben können.

Verantwortung hat Leitlinien. Wir haben damit schon viel erreicht. Und wir arbeiten konsequent weiter.

5599 Zum Ortstarif oder schriftlich: Die Initiative „Gesellschaft Leben“ Karlstr. 21, 6000 Frankfurt/Main, informiert Sie über

DIE CHEMISCHE INDUSTRIE



Natur ist Chemie. Chemie ist Leben. Leben ist Verantwortung.

مكتبة الأمل

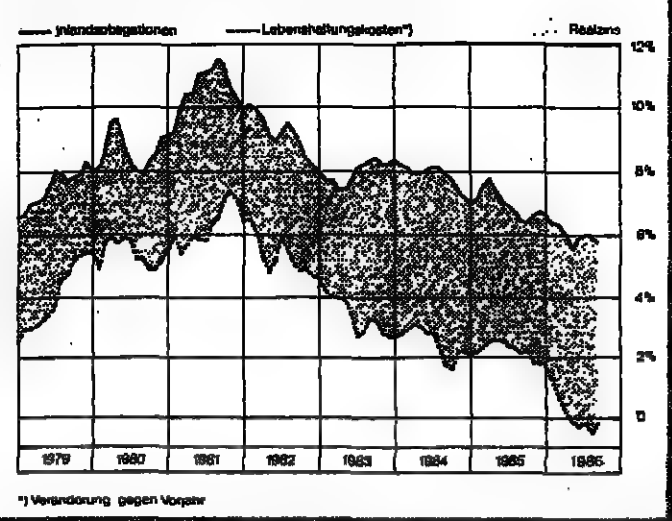
Moskau
Nationalismus

Donnerstag, 28. August 1986
Nr. 199

WELT DER WIRTSCHAFT

11

Realzins durch Preisstabilität weiter auf hohem Niveau



Das durch Dollarschwäche und niedrige Ölpreise sinkende Preisniveau hielt die Realzinsen, die Differenz zwischen dem Nominalzins und der Preisänderungsrate, rechnerisch mit über sechs Prozent auf einem extrem hohen Niveau. QUELLE: COMMERZBANK

WELTWIRTSCHAFT

Großbritannien: Die Leistungsbilanz hatte im Juli ein Defizit von zwölf Mill. Pfund (36 Mill. DM).

Mexiko: Die staatliche Ölgesellschaft Pemex nahm mit 3,1 Mrd. Dollar nur 37,8 Prozent der erwarteten 8,16 Mrd. Dollar ein.

Südafrika: Die Kapitalflucht hat größere Auswirkungen als offizielle Sanktionen. (S. 13)

Frankreich: Die Preise werden bis Ende des Jahres freigegeben. Auch der Devisenverkehr wird weiter liberalisiert. (S. 12)

FÜR DEN ANLEGER

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 287,08 (284,68); Chemie: 186,03 (184,77); Elektro: 339,52 (339,23); Auto: 756,52 (748,83); Maschinenbau: 154,18 (150,12); Versorgung: 189,73 (185,87); Banken: 436,21 (430,47); Warenhäuser: 177,98 (178,74); Bauwirtschaft: 508,08 (509,52); Konsumgüter: 188,44 (187,88); Versicherung: 153,25 (152,20); Stahl: 158,22 (155,89).

Nachbörse: Freundlich
Japan: Der Zentralbankpräsident

MÄRKTE & POLITIK

Verbot: Das US-Transportministerium hat die geplante Fusion von Texas Air und Eastern Airlines verboten. (S. 14)

Norwegen: Die Regierung will mit den Mineralölgeldern über eine Beschränkung der Förderung aus der Nordsee sprechen, um gemeinsam mit der Opec den Rohölpreis zu stützen.

Preise: Von allen Industrielandern war der Geldwert in der Bundesrepublik am stabilsten, wo die

Infationsrate gegenüber dem 2. Halbjahr 1985 von zwei Prozent auf 0,2 Prozent fiel.

Autos: Mit dem Motto „Global 10“ hat die Toyota Motor Co. ihren Anspruch auf zehn Prozent des Weltmarktes angemeldet.

Gas: Die Niederländischen Gas- und Wasserwerke GNM (NGW) senken die Preise im Haushaltsbereich zum 1. Oktober um 1,2 Pfennig je Kilowattstunde und damit um rund 25 Prozent.

Produkt	25. 8. 86	25. 8. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin	195,00	192,50	185,00	236,00	97,00
0,15 g Bleigehalt					
Diesel (EG-Material)	128,50	128,50	104,00	226,00	84,00
Heizöl					
3,5 % S	70,00	71,00	51,00	139,00	29,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Flüssigkeit: Die Staatsanwaltschaft teilte mit, daß eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen vier Hersteller eingestellt wurden.

Gründung: Degussa und BASF gründen die Ultraform Company (Thermoplast) mit Sitz in Mobile/Alabama.

Steilmann: Der „Modexar“ ist mit einem um acht Prozent gestiegenen Gruppenumsatz von 1,179 Mrd. DM mit Abstand der größte Bekleidungshersteller. (S. 14)

Preussag: Die Ertragslage ist durch negative Außeneinflüsse weiterhin belastet. Trotzdem arbeitet das Unternehmen mit Gewinn. (S. 13)

Flabeg: Die 100prozentige Tochtergesellschaft der Flachglas AG steigerte im 1. Halbjahr 1986 das Umsatzergebnis um 17 Prozent.

Lufthansa: Scharfe Kritik an der Führungsstruktur wird in der Studie der SCS-Management Unternehmensberatung geübt. (S. 12)

NAMEN

La Stampa: Die Deutschen werden die Rolle als Lokomotive der europäischen Wirtschaft behalten, erklärte der Wirtschaftsressort-Leiter der italienischen Tageszeitung, Renzo Villare, in einem Gespräch mit der „WELT“. (S. 12)

Triumph Adler: Francesco Tati, bis zum 31. Juli Geschäftsführer des Verlagkonzerns Mondadori, Mailand, übernimmt möglicherweise die Nachfolge von Wolfram Nadebusch als Vorstandsvorsitzender.

„Die große Papierfabrik eines SPD-Parteitages ist nicht relevant“

WELT-Gespräch mit Karl Schiller, dem früheren SPD-Wirtschaftsminister

Mk./p. p. Nürnberg
Verhaltene Kritik an den wirtschaftspolitischen Beschlüssen des Nürnberger Parteitages der SPD hat ihr früherer Wirtschaftsminister Karl Schiller in einem Gespräch mit der WELT geübt. Das Prinzip der marktwirtschaftlichen Steuerung sei in der Partei in den vergangenen Jahren manchen Irritationen ausgesetzt gewesen, was Schiller jetzt als überstandene bezeichnete. Allerdings charakterisierte er den ursprünglichen wirtschaftspolitischen Entwurf des Parteivorstandes, der unter der Regie von Wolfgang Roth entstanden war, als marktwirtschaftlicher als das jetzt verabschiedete Aktionsprogramm.

Im übrigen relativierte er die Beschlüsse von Nürnberg: „Wer liest denn schon solche Programme im einzelnen?“. Er sprach von der „großen Papierfabrik“ der SPD, „die ich nicht für relevant halte“. Überdies wies er auf die Pluralität der Meinung gerade in seiner Partei hin. Und so könne auch ein „in der Welle gefärbter Marktwirtschaftler“ wie er, Johannes Rau, „mit seinem marktwirtschaftlichen Rat zur Seite stehen“.

In dem verabschiedeten Aktionsprogramm vermischt Schiller das soziale Bündnis, Arbeit für alle, das er als Fortentwicklung der früheren konzentrierten Aktion deutete. Außerdem macht er deutlich, daß er von politisch besetzten Strukturen nichts hält. Er fürchtet, daß solche Institutionen permanent an Erhaltungssubventionen arbeiten würden.

Zwar geht Schiller davon aus, das Thema Marktkontrolle und Wettbewerb werde in der nächsten Legislaturperiode eine große Rolle spielen. Von dem „Schlenker“ im SPD-Aktionsprogramm, „wenn alle Stränge

reißen, dann bleibe auch die Verstaatlichung“, hält er überhaupt nichts.

Schiller, der als Minister diese Idee durchgesetzt hatte, ist davon überzeugt, daß die konzentrierte Aktion in irgendeiner Form wiederkommen werde. Er sieht eine Chance, weil

Seit 1966 bestimmte Prof. Dr. rer. pol. Karl Schiller - 1911 in Breslau geboren - als Wirtschaftsminister und später auch als Finanzminister den wirtschaftspolitischen Kurs der Regierung Brandt, bis es 1972 zu einem Zerwürfnis mit der SPD kam. Er blieb nach seinem Rücktritt als Berater im In- und Ausland gefragt, leitete auch die Volkswirtschaftliche Abteilung beim Axel Springer Verlag und kehrte 1980 zur SPD zurück, lehnte aber Ministerverantwortung trotz mehrmaliger Aufforderungen ab.

auch bei den Gewerkschaften der große Dampf, der 1984/85 im Kessel war, raus ist.

Die Kritik des Bundesverbandes der Deutschen Industrie an der SPD hält Schiller für weit überzogen. Überdies sei auch die jetzige Bundesregierung in Bezug auf Subventionen „alles andere als ein marktwirtschaftlicher Musterknabe“. In seiner Rede vor dem Parteitag hatte er im Hinblick auf die Kritik des Spitzenverbandes an der SPD und der Gewerkschaften an der Bundesregierung das Bild „von der sozialen Symmetrie zur politischen Symmetrie“ benutzt.

Schiller geht davon aus, das Konzept der Globalsteuerung werde auch in der Bundesrepublik wieder eine größere Rolle spielen, weil die „Leute lernen, es hat keinen Sinn, unzählige einzelne Schraubchen und Hebelchen zu bedienen“. Daher würden sie sich an die großen Linien der fiskalen Geldpolitik halten. Die Globalsteuerung sei aus der bewußten Erkenntnis entstanden, daß man nicht punktuell intervenieren sollte, sondern nur die großen Aggregate im Auge behalten sollte.

Den Streit um die Diskontsenkung hält Schiller auf beiden Seiten des Atlantiks für überzogen. Die Vorstellung, wenn die Leitzinsen um einen halben Prozentpunkt gesenkt würden, werde die Inlandsnachfrage prosperieren, hält er ebenso für überzogen, wie den ständigen Hinweis auf die Gefahren für die Stabilität.

Rasches Programm für die Küste

Hamburgs Wirtschaftsminister hat Denkschrift für Norddeutschland vorgelegt

Mk. Nürnberg
Der Bund und die vier Küstenländer müssen nach Ansicht des Hamburger Wirtschaftsministers Volker Lange rasch gemeinsam an die Umstrukturierung der norddeutschen Wirtschaft herangehen. Einen entsprechenden Vorschlag will er heute der Küstenwirtschaftsministerkonferenz in Bremen in Form einer Denkschrift vorlegen. Wie er gegenüber der WELT am Rande des SPD-Parteitages in Nürnberg betonte, gehe es vor allem darum, vorhandene Pläne möglichst schnell umzusetzen.

Dadurch könne kurzfristig Beschäftigung an der Küste als Ersatz für Arbeitsplätze geschaffen werden, die bei den Werften verlorengehen. Allerdings geht es Lange nicht nur um diesen kurzfristigen Beschäftigungseffekt, sondern um eine Modernisierung der Wirtschaftsstruktur in Norddeutschland, was sich auch mittel- und langfristig positiv auf die Region auswirken werde.

Vom Bund fordert er ein Programm zur Strukturumwandlung nach Artikel 104 Grundgesetz. Es sollte eine Laufzeit von drei Jahren haben, mit einer ersten Rate von 500 Millionen Mark für 1987.

Ein Kernpunkt stellt die Verbesserung der Verkehrsbedingung dar, um die Nachteile aus der Randlage auszugleichen. Konkret plädiert Lange für die Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken oder für das Vorziehen des Baus der vierten Elbtunnelfähre als zentrale Verkehrsräder Norddeutschlands. Ferner sollte die Qualifizierung von Arbeitnehmern vorangetrieben werden.

Zur Modernisierung der Wirtschaftsstruktur zählt er den verstärkten Ausbau der Luftfahrtindustrie, die Förderung von Informations- und Technologie-Unternehmen, aber auch die Stärkung des Tourismus an der Küste. Darüber hinaus will er heute den Ausbau der Außenhandels-Informationssysteme und Datenbanken anregen. Außerdem müßten seiner Meinung nach neue Forschungsschwerpunkte im Norden geschaffen werden. Ein weiterer Punkt ist für ihn die ökologische Modernisierung, zum Beispiel durch die Sanierung von Flüssen oder die Wiederbelebung von Industriebrachen.

Nachdem der gesamte reale Warenexport im ersten Halbjahr 1986 nur um 0,7 Prozent gegenüber der gleichen Vorjahreszeit gestiegen sei, stelle sich die Frage, ob sich für das ganze Jahr selbst bescheidene Einschätzungen des Exportwachstums erfüllen würden. Die reale Warenexportlage gegen den Dollar verschlechtert.

Die Einfuhrpreise würden bis zum Herbst noch sinken. Auch für die Exportpreise sei bei zunehmendem Wettbewerbsdruck keine Tendenzwende zu erwarten; sie dürften weiter leicht zurückgehen. Daraus ergäbe sich die Erwartung einer weiteren Verbesserung der Terms of Trade, die dazu beitragen dürfte, daß der nominale Überschuss in der Handelsbilanz noch größer werde.

AUF EIN WORT



„Wir haben aber vor allem auch leistungsfähige Wettbewerber in Japan, die mit großer Innovationskraft und erheblichen Standortvorteilen in der Zukunft im Kampf um die Marktanteile auch in den Produktbereichen antreten werden, die lange Zeit eine Domäne deutscher Hersteller gewesen sind.“

Dr. Alfred Zuhler, Sprecher des Vorstands der Kfz AG, Bielefeld. FOTO: GERDA HERRMANN

Kooperation von Bundesbahn und Lufthansa

dpa/VWD, Frankfurt

Die Deutsche Bundesbahn, die mittlerweile noch in diesem Jahr eine vereinfachte Tarifstruktur einführen wird, will sich über eine dauerhafte Kooperation mit der Deutschen Lufthansa auf ausländischen Märkten besser verkaufen. Bereits im September soll zwischen den beiden Staatsunternehmen ein Vertrag unterzeichnet werden, demzufolge die Fluggesellschaft den Verkauf von Bahnfahrkarten in Übersee übernimmt. Bereits in Kürze wird die LH in Südafrika als Generalagent der Bahn auftreten. Der Lufthansa-Innenrat gestattet der angestrebte Pak, ihr Vertriebsnetz vor allem im nordamerikanischen Raum auszuweiten.

Zusammen mit dem Flugticket sollen Touristen künftig an ausländischen Lufthansa-Schaltern verschiedene Zuzahl-Pässe und DB-Touristenkarten kaufen können. In Nordamerika etwa bietet die Bahn den sogenannten Zwei-Länder-Paß an: Zum Pauschalpreis von 49 US-Dollar gestattet er US-Touristen an neun Tagen unbegrenztes Reisen auf Schienenstrecken in der Bundesrepublik und Österreich. Mit diesen preisgünstigen Angeboten will die Bahn vor allem den Mietwagenverleihern als „größten Konkurrenten“ Kunden aus dem Ausland wegholen.

Gegenwärtig gibt es in der SPD weder ein in sich konsistentes Wirtschaftsprogramm noch einen Wirtschaftspolitiker, auf den Kraft seines Ansehens alles zulaßt, der die Fäden in der Hand hält. Wolfgang Roth, der wirtschaftspolitische Sprecher, ist das nicht. Das zeigt sich auch daran, daß der unter seiner Regie entstandene Entwurf wirtschaftspolitischer Leitlinien schließlich von der Antragskommission für diesen Parteitag so zerstückelt wurde, daß sich allenfalls der Taktiker Roth darin wiederfindet. Angesichts der Widersprüche und Ungereimtheiten kann von einer klaren Linie nicht die Rede sein.

Die Überzeugung, der Staat werde es schon richten, beherrscht dieses Nürnberger Aktionsprogramm, das jetzt beschlossen wurde.

Es läßt sich kaum an dem Motto „Versöhnen, nicht Spalten“ messen, mit dem der Kanzlerkandidat Johannes Rau antritt. Denn Elemente, die auf Ausgleich, auf Kooperation der Gruppen gerichtet waren, gibt es nicht mehr. Das soziale Bündnis für mehr Arbeit, das alle an einen Tisch bringen sollte und in dem die Fortentwicklung der konzentrierten Aktion gesehen

Der Dollar tendierte zur D-Mark fester

dpa/VWD, Frankfurt

Am Tag vor der Sitzung des Zentralbankrates legte der US-Dollar an den internationalen Devisenmärkten 1,4 Pfennige zu. Vor allem in New York blühten die Spekulationen darüber, ob die Bundesbank dem Schritt der US-Zentralbank folgen werde. Am Frankfurter Markt zog der Dollar auf 2,0585 (2,0453) DM an, nachdem er vorigen Freitag mit 2,0391 DM noch den niedrigsten Mittelkurs seit Januar 1981 erreicht hatte. Das Pfund Sterling erholte sich auf 3,05 (3,03) DM.

Eine feste Tendenz zeigte gestern die Frankfurter Börse, die von der kräftigen Aufwärtsbewegung an der Wall Street profitierte. Der Dow-Jones-Index legte am Dienstag 32,48 Punkte zu und endete mit 1904,34 knapp unter dem Rekordstand von 1909,03. Gestern begann die New Yorker Börse behauptet.

Zentralbankrat heute ohne Pressekonferenz

dpa/VWD, Frankfurt

Die in den letzten Tagen gestiegenen Erwartungen auf eine Senkung der Leitzinsen durch die Deutsche Bundesbank schon in dieser Woche erhielten am Mittwoch einen Dämpfer. Die Deutsche Bundesbank kündigte an, daß nach der heutigen Sitzung des Zentralbankrates keine Pressekonferenz stattfindet.

An den Finanzmärkten halten sich jedoch hartnäckig Vermutungen, daß der Zentralbankrat im Hinblick auf die amerikanischen Forderungen die Leitzinsen bei seinem nächsten Zusammentreffen in zwei Wochen senken werde. Der Diskontsatz der Bundesbank wurde zuletzt am 7. März dieses Jahres um 0,5 auf dreieinhalb Prozent zurückgenommen, während der Lombardsatz seit August letzten Jahres fünfzehn Prozent betrug.

Im luftleeren Raum

ed. - Rein rechnerisch liegt der deutsche Realzins, also der gängige (Nominal-) Zins am Kapitalmarkt abzüglich der unter den Nullpunkt gerutschten Preisveränderungsrate, bei rund sechs Prozent. Auch wenn man in Rechnung stellt, daß die um Sondereinflüsse bei den Einheitspreisen bereinigte hausgemachte Teuerungsrate etwa zwei Prozent ausmacht, was sich im nächsten Jahr auch in der Statistik niederschlagen wird, ist der Realzins mit rund vier Prozent noch recht beachtlich.

Im historischen Vergleich ist dieser Realzins sogar überdurchschnittlich hoch. Es wäre jedoch leichtfertig, deswegen auf einen weiteren Rückgang der Nominalzinsen zu spekulieren, was gelegentlich geschieht. Denn der Realzins ist ein mehr oder weniger rechnerisches Datum. Über die tatsächliche Zinsentwicklung entscheiden an den Märkten - zumindest bei stabiler Teuerungsrate - ganz andere Kräfte, darunter nicht zuletzt die von welchen Überlegungen auch immer geprägten internationalen Kapitalströme.

Es ist auch absurd, mit Hinweis auf den hohen Realzins am Kapitalmarkt die Bundesbank zu geldpolitischen Lockerungsmaßnahmen zu drängen. Denn der Zusammenhang zwischen Notenbankzins und Kapitalmarktzins ist recht locker; der Kapitalmarkt hat eine Notenbankzensur bereits eskomptiert. Ein hoher Realzins bremst auch nicht die Konjunktur, solange gute Gewinne dafür sorgen, daß unternehmerische Aktivitäten mehr Rendite abwerfen als Anlagen in Geldkapital.

Kein Programm der SPD

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Die Wirtschaftspolitik gehört zweifellos zu den Bereichen, in denen die SPD nach wie vor die größten Defizite aufweist. Und das gilt auch noch nach dem Nürnberger Parteitag. Auf diesem Felde befindet sie sich wahrlich nicht in der Offensive, im Gegensatz zur Mitte der sechziger Jahre, als sie - wie jetzt - antrat, um die Regierung in Bonn zu übernehmen. Damals hatte sich die SPD auch in der Wirtschaftspolitik Kompetenz erarbeitet.

Ausschlaggebend waren drei Gründe, die sich wechselseitig bedingten. Zum einen hatte die SPD mit dem Godesberger Programm von 1959 ihre ordnungspolitische Position definiert, wobei das Bekenntnis zur Marktwirtschaft dominierte, der Streit um Verstaatlichung oder Vergesellschaftung beendet wurde. Zweitens gab es an der Spitze der Partei Personen, die wie Deist, Schiller, Möller oder Arndt nicht nur für diese Ansichten standen, sondern auch über den Einfluß verfügten, die SPD auf diesem Kurs zu halten. Und sie propagierten drittens eine Rezeptur für den Ablauf der Wirtschaftspolitik, die sich wie zum Beispiel das Konzept von der Globalsteuerung auch wissenschaftlich auf der Höhe der damaligen Zeit befand.

Gegenwärtig gibt es in der SPD weder ein in sich konsistentes Wirtschaftsprogramm noch einen Wirtschaftspolitiker, auf den Kraft seines Ansehens alles zulaßt, der die Fäden in der Hand hält. Wolfgang Roth, der wirtschaftspolitische Sprecher, ist das nicht. Das zeigt sich auch daran, daß der unter seiner Regie entstandene Entwurf wirtschaftspolitischer Leitlinien schließlich von der Antragskommission für diesen Parteitag so zerstückelt wurde, daß sich allenfalls der Taktiker Roth darin wiederfindet. Angesichts der Widersprüche und Ungereimtheiten kann von einer klaren Linie nicht die Rede sein.

Die Überzeugung, der Staat werde es schon richten, beherrscht dieses Nürnberger Aktionsprogramm, das jetzt beschlossen wurde.

Es läßt sich kaum an dem Motto „Versöhnen, nicht Spalten“ messen, mit dem der Kanzlerkandidat Johannes Rau antritt. Denn Elemente, die auf Ausgleich, auf Kooperation der Gruppen gerichtet waren, gibt es nicht mehr. Das soziale Bündnis für mehr Arbeit, das alle an einen Tisch bringen sollte und in dem die Fortentwicklung der konzentrierten Aktion gesehen wurde, wurde gestrichen. Die Feindbilder müssen eben stimmen.

Die wirtschaftliche Entwicklung dürfte nicht den marktradikalen Kräften überlassen werden, meinte ein Diskussionsredner. Andere kennzeichneten den Markt als unbändig oder blind. Die SPD tut sich schwer. Sie geißelt Marktwirtschaft, weil sie nicht jene Ergebnisse hervorbringt, die von der Partei gewollt werden, obwohl dieses doch gar nicht erwartet werden kann. Die Diskrepanz zwischen Wunsch und Möglichkeit wird der Marktwirtschaft angelastet.

An einer Stelle wird der Wettbewerb als unentbehrlich, als „eine Triebkraft unserer Wirtschaftsordnung“ bezeichnet. An anderer Stelle werden parteipolitisch besetzte Strukturkommissionen gefordert, für Problembereiche sollen gar Branchenausschüsse gebildet werden. Das läuft nicht nur auf die Ausschaltung des Wettbewerbs hinaus, sondern auch auf immer neue Erhaltungssubventionen.

Die Marktkontrolle soll verstärkt werden, auch im Interesse des Wettbewerbs. Und wenn das nicht möglich sei, bleibt als Ultima ratio Vergesellschaftung. Damit wird zwar, wie Roth richtig sagt, eine Marktkontrolle durch eine andere ersetzt. Aber die SPD hat eben in ihrem Programm wieder das Schlagwort, an dem einige so hängen.

Daß der Umweltschutz zu den großen Zukunftsaufgaben gehört, ist unbestritten. Ob dazu gewaltige staatliche Programme, die über höhere Steuern finanziert werden, notwendig sind, ist fraglich. Das gilt auch für das, was unter dem Stichwort Wirtschaftsdemokratie behandelt wird. Wo nach Ansicht der SPD die Grenzen der Mitbestimmung liegen sollen, bleibt unklar. Ebenso wie die künftige Steuerpolitik. Auch hier tun sich die Sozialdemokraten schwer, weil sie die Steuerpolitik vor allem unter dem Gesichtspunkt der Umverteilung sehen.

Lorbeerer lassen sich so freilich kaum ernten. Und dieses Nürnberger Programm hat seine Funktion wohl auch damit erfüllt, daß es zur innerparteilichen Solidarität beigetragen hat. Jetzt wird an stromlinienförmigen Wahlkampfaussagen gearbeitet. Aber auch sie können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die SPD immer noch auf der Suche nach einer wirtschaftspolitischen Konzeption ist.

Frust und Freude lagen auf der Herbstmesse dicht beisammen

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Internationale Frankfurter Herbstmesse, die am Mittwochabend ihre Pforten schloß, hat die Unsicherheiten nicht beseitigt. Nach wie vor bleibt offen, wofür der Verbraucher das Geld, das er in diesem Jahr mehr im Portemonnaie hat, ausgeben wird. Das machte aus der Frankfurter Konsumgütermesse, der größten der Welt, zwar eine ungeheuer lebhafteste Veranstaltung. Die „Platzhirsche“ waren in Scharen unterwegs. Die Einkäufer nämlich, die auf der Suche nach all jenen „schönen Dingen des täglichen Bedarfs“ sind, die das Leben angenehmer und schöner machen sollen. Und die natürlich auch dazu verleiten sollen, Geld außer der Reihe“ auszugeben.

An der prognostizierten Steigerung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 5,5 Prozent in diesem Jahr wollen viele Branchen

partizipieren. Bisher ist das in diesem Jahr mit deutlichen Zuwachsraten aber nur der Industrie rund ums Auto und - trotz Tschernobyl - den Reiseveranstaltern gelungen. Die genau rechnenden Verbraucher stockten darüber hinaus ihre Heizölreserven angesichts der günstigen Preise kräftig auf und legten mehr auf Sparkonto. Die Bundesbank erwartet für das ganze Jahr eine Sparquote von gut 14 Prozent, ein Spitzenwert, der zuletzt 1981 erreicht wurde.

Die von den Auguren erwartete Umsatzsteigerung für den Einzelhandel (ohne die Kraftfahrzeuge) von real drei Prozent (auch dies wäre ein „Spitzenwert“, wie er zuletzt 1979 erreicht wurde), blieb bisher für viele Branchen ein Hoffnungswort. Auch die Herbstmesse, die mit der Hoffnung angegangen wurde, daß nach Erfüllung der Bedürfnisse in Sachen

Auto, Reisen und Heizöl nun endlich im zweiten Halbjahr Geld für andere Dinge zur Verfügung steht, hilft da nicht weiter. Rosa Konsumzeiten werden nur sehr begrenzt und für ausgewählte Anbieter anbrechen, wenn man die Einkäufe des Handels in Frankfurt als Barometer sieht.

Frust und Freude lagen in Frankfurt dicht beieinander. Sicher, Preise waren überwiegend kein Thema. Die vielfach kolportierte Aussage eines Anbieters - „Hier tanzt der Bär“ - läßt sich aber nicht auf alle ausdehnen. Denn gute Geschäfte gemacht hat in Frankfurt nur, wer etwas bot, das nach Einschätzung der kritischen Einkäufer auch „satte“ Kunden lockt. Edles, Teures, Anspruchsvolles, jene Stücke eben, mit denen der potentielle Käufer seine Individualität und seine Fähigkeit, sich etwas mehr als die Masse leisten zu können, unterstre-

ichen kann. Diese Stücke hatten kein Problem, ihre Abnehmer zu finden. Von diesem Hang zum Unikat profitierten übrigens besonders zahlreiche Kunsthandwerker, die auf der Messe traditionell ein besonders großes Ausstellerkontingent stellen.

Eine rosa Konsumgüterkonjunktur läßt sich freilich damit nicht anfachen. Die teilweise enttäuschten Gesichter besonders rund um den „gedeckten Tisch“ und die fehlenden Chancen für Massenware sprechen operieren in weitgehend gesättigten Märkten. Und das macht das Verkaufen schwer. Den Wettbewerb entsprechend hart. Daran wird sich auch nach der 82. Internationalen Frankfurter Messe nichts ändern.

Eher kündigt sich, zumindest auf dem künftigen Markt, noch eine Verschärfung des Wettbewerbs an. Denn

der Exportausweg ist für die meisten kleiner geworden, angesichts der Währungsentwicklung der D-Mark in jüngster Zeit. Auf der Messe wurde das übrigens durch einen deutlichen Rückgang der Zahl der Einkäufer aus dem USA spürbar.

Im deutschen Einzelhandel wird vor diesem Hintergrund mehr Umsatz in diesem Jahr nur mit mehr Phantasie zu schaffen sein. Für viele Bereiche gilt die Aussage eines Einkäufers aus der Möbelbranche, „Da (fast) jeder alles hat, gibt es kaum noch echten Bedarf. Deshalb kommt es darauf an, ein Ambiente zu verkaufen, Wohlbefinden und eine Erlebniswelt zu vermitteln, die zur Anschaffung anregt und verleitet.“

Der Verkauf von Lebensstil statt Ware? Vieles deutet darauf hin, daß darin der Schlüssel für den Erfolg einzelner Anbieter liegt.

Lufthansa: Führung zu zentralistisch?

dpa/VWD, Hamburg

Scharfe Kritik an der Führungsstruktur der Deutschen Lufthansa AG, Köln, üben die Unternehmensberater der SCS Management Consultants GmbH in Hamburg. Wie es in einer von Lufthansa-Chef Heinz Ruhnau bei der Tochter der Deutschen BP in Auftrag gegebenen Studie heißt, sind die Verwaltungskosten zu hoch und die Entscheidungswege zu lang. Die Berater kommen - so berichtet das Wirtschaftsmagazin „Capital“ in seiner Septemberausgabe - zu dem Schluss, daß die Lufthansa unter „beamteten Strukturen“ leide, die kurzfristige Reaktionen auf geänderte Marktbedingungen verhindern. Entscheidungen über Angebot und Zielgruppen würden außerdem von Bereichen getroffen, die über wenig unmittelbare Marktkennntnisse und -erfahrung verfügen.

Doch nicht nur bei Marketing und Verkauf deckt die Studie, von der ein Exemplar „Capital“ vorliegt, Mängel auf. Die Entscheidungsprozesse seien zu zentralistisch organisiert. Dies führe dazu, daß sich der Lufthansa-Vorstand mit

„Deutschland ist Europas Lokomotive“

WELT-Gespräch mit dem Leiter des Wirtschaftsressorts von Italiens „La Stampa“

E. ANTONAROS, Turin
„Die deutsche Wirtschaft ist eine zukunfts- und wegweisende Lokomotive, die in Europa - und genauer gesagt im EG-Raum - den Ton angibt.“ Mit diesen Worten, die spontane Bewunderung verraten, schätzt der italienische Wirtschaftsjournalist Renzo Villare die deutsche Wirtschaftslage äußerst positiv ein. Villare leitet das Wirtschaftsressort der Tageszeitung „La Stampa“, die siebenmal in der Woche mit einer Tagesauflage von 600 000 Exemplaren in Turin erscheint.

Ständig neue Impulse

Als Symptom für die dauerhafte Hochform der deutschen Wirtschaft betrachtet Villare die Inflationsentwicklung der letzten Zeit. Zwar seien die Inflationsraten in der ganzen Welt nicht mehr so hoch wie erst vor einigen Jahren. Aber daß die Preise in Deutschland zurückgingen, sei doch erstaunlich. Nicht zuletzt dadurch erhalte die deutsche Wirtschaft trotz der teilweise exporthemmenden Kursentwicklung der Mark gegenüber dem Dollar ständig neue Impulse, die in anderen europäischen Ländern nicht vorhanden seien.

In den Augen von Villare ist der wirtschaftliche Aufschwung in der Bundesrepublik weitgehend auf besonders günstige Rahmenbedingungen zurückzuführen. Dazu gehören in erster Linie die Währungsstabilität, die den Deutschen - so Villare - „eine manchmal zu starke, aber im Endeffekt doch wohltuend stabile Währung“ beschere habe. Darüber hinaus begünstige das Fehlen von öffentlichen Defiziten und einer hohen Staatsverschuldung die wirtschaftliche Aktivität. In anderen Ländern dagegen - und dazu zähle auch weiterhin Italien - würden die hohen Schulden die Investitionstätigkeit

bremsen, die in Deutschland keine Grenzen zu kennen scheine.

Als „besonders wohltuend“ für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands empfindet Villare die Rolle der Bundesbank. Ihm fasziniert vor allem ihre Unabhängigkeit von den jeweils in Bonn regierenden Politikern sowie ihre Fähigkeit, eine richtungsweisende Politik zu formulieren. Darüber hinaus würden die Deutschen im europäischen Ausland um ihr Preisbewußtsein beneidet. Dadurch seien „Quasi-Verbraucherpreisrollen“ entstanden, die eine wilde Preisentwicklung mit allen ihren negativen Nebenauswirkungen praktisch unmöglich gemacht hätten.

Daß die Bundesrepublik seit Jahrzehnten ein „Wirtschaftswunder ohne Ende“ erlebe, hat nach Villares Ansicht auch weitgehend mit vielen angeborenen Charakterzügen der Deutschen zu tun. Ideenreichtum, Fleiß, eine bewundernswerte Arbeitsmoral, Effizienz und die Einführung von modernsten, sonst in diesem Umfang nur noch in Amerika angewandten Managementmethoden seien der treibende Motor der deutschen Wirtschaft.

Villare: „Ideen haben auch die anderen führenden Industrienationen Europas.“ Aber die Deutschen verstehen es besser als alle anderen, ihre Ideen in die Praxis umzusetzen. Darüber hinaus arbeite kein anderes europäisches Volk, vielleicht mit Ausnahme der Schweizer, so konsequent und verantwortungsbewußt. Diese Qualitäten der Deutschen und der „robusten, modernen Charakter der deutschen Wirtschaft“ müßten nach Villares Meinung die übrigen Europäer als eine „Art Herausforderung“ empfinden, um härter zu arbeiten, besser zu organisieren, ihre Firmen wirksamer zu managen. In einigen Branchen, davon ist Villare über-

zeugt, seien die Deutschen allerdings nicht mehr zu schlagen. Dazu gehörten die Chemieindustrie und der Maschinenbau.

Sorgenvoll betrachtet Villare dagegen die Stahl- und die Automobilindustrie. Im Stahlsektor habe er den Eindruck, daß die Deutschen den Modernisierungs- und Restrukturierungsprozeß weitgehend vernachlässigt hätten. Bei der Automobilindustrie, die zur Zeit glänzende Exportergebnisse erziele, hat der Fachmann Villare die Befürchtung, daß die Deutschen zu kurzfristiger Produktionskapazitäten geschafften hätten, die auf die Dauer vor allem im Fall einer Wirtschaftskrise nicht zu halten seien.

Dennoch brauchen die Deutschen und die anderen Westeuropäer vor der japanischen Invasion langfristig keine Angst zu haben. Es ist Villares feste Überzeugung, daß die führenden Industrieländer Europas - und dazu zählt er neben Deutschland auch Italien, Frankreich und Großbritannien - den Japanern, trotz anderslautenden Behauptungen technologisch überlegen seien.

Vormarsch gestoppt

Daher glaubt er, daß der Vormarsch der japanischen Industrieprodukte nicht mehr so stark sei. Er nimmt ein konkretes Beispiel: Bis vor knapp anderthalb Jahren habe die Mehrheit der in Italien verkauften Motorräder aus Japan gestammt. Inzwischen habe sich der Trend geändert: Es würden italienische und deutsche Fabrikate bevorzugt. Der Grund laut Villare: „Die niedrigeren Preise der Japaner sind nicht mehr ausschließlich ausschlaggebend. Die Europäer haben schnell gemerkt, daß sie billigere, aber qualitativ schlechtere Produkte aus Japan gekauft haben.“



Als einer der angesehensten Wirtschaftsjournalisten Italiens leitet Renzo Villare seit zehn Jahren die Wirtschaftsredaktion der in Turin erscheinenden und von der Familie Agnelli kontrollierten Tageszeitung „La Stampa“. Der heute 59 Jahre alte Betriebswirt hat an Mailands renommierten Bocconi-Universität studiert und sich auf Fragen der Automobilindustrie spezialisiert.

Nummer legen sie schon wieder Wert auf bessere Qualität.“

Allerdings müßten die Europäer zusehen, daß sie den Zug nicht verpassen, daß sie wettbewerbsfähig bleiben, daß sie neue Märkte erschließen. Besser als jeder andere könnten die Deutschen davon profitieren. Denn nach Villares Meinung verfügt Deutschland über ein Arbeitnehmerpotential, das trotz des Wohlstandsniveaus der deutschen Gesellschaft immer noch gern arbeite. Villare: „Daher bin ich sicher, daß den Deutschen die Rolle als Lokomotive der Wirtschaft Europas erhalten bleiben wird.“ (SAD)

Paris gibt die Preise völlig frei

Ansländer dürfen bald in Frankreich Anleihen aufnehmen

J. Sch. Paris
Die in Frankreich 1945 gesetzlich eingeführte Preiskontrolle wird zum Ende dieses Jahres beseitigt, erklärte jetzt Wirtschafts- und Finanzminister Edouard Balladur. Bis dahin würden die letzten der dann noch reglementierten Preise (hauptsächlich Dienstleistungen und Handelsspannen) in vier Monatsstufen freigegeben werden. Ausgenommen bleiben nur die durch andere Gesetze kontrollierten Preise für Bücher, erstattungsfähige Arzneimittel und bestimmte Dienstleistungen wie Taxifahrten sowie die administrativen Tarife (zum Beispiel bei der Eisenbahn). Diese repräsentieren etwa 20 Prozent des Lebenshaltungskostenindex.

Zum ersten Mal seit Kriegsende wagt damit eine französische Regierung den Schritt in die „unwiderrufliche“ Preisfreiheit. Zwar waren immer wieder Preisverordnungen aufgehoben worden. Jedoch hatte man niemals auf die parlamentarische Generalermächtigung verzichtet wollen. Preisrollen jederzeit auf dem Verordnungsweg einzuführen oder zu verstärken.

Das Risiko, das sich aufgrund der Preisfreigabe die Inflation in Frankreich beschleunigt, schätzt Balladur gering ein. Denn der Preisanstieg ha-

be sich schon seit einiger Zeit trotz der bedeutenden Liberalisierungsmaßnahmen (alle Industriegegenstände wurden inzwischen freigegeben) kontinuierlich abgeschwächt. Die Inflationsrate erreichte zuletzt im Jahresvergleich Juli mit zwei Prozent ihren niedrigsten Stand seit 20 Jahren.

Bei der Devisenkontrolle will Balladur allerdings nicht so weit gehen wie bei den Preisen. Hier soll das entsprechende Ermächtigungsgesetz bis auf weiteres fortgeführt werden. Dieser Vorsicht habe aber nichts mit der jüngsten Franc-Schwäche zu tun, erklärte Balladur. Sie sei inzwischen gemeistert. Am Pariser Devisenmarkt hat sich die D-Mark bei 2,277 Franc stabilisiert.

Die weitere Liberalisierung des französischen Devisen- und Kapitalmarkts soll den Franzosen insbesondere erlauben, im Ausland Konten zu unterhalten. Auch wird das Verbot für Devisenkonten in Frankreich aufgehoben. Darüber hinaus sollen Ausländer ermächtigt werden, in Frankreich Anleihen aufzunehmen. Noch offen ist, ob die französischen Exporteure von ihrer Verpflichtung befreit werden, die eingenommenen Devisen innerhalb einer bestimmten Frist (zur Zeit drei Monate) in Franc umzutauschen.

Arztbesuch meist unversichert

VON SIEGFRIED LÖFFLER

Wenn ein Arbeitnehmer oder ein freiwillig bei einer Berufsgenossenschaft Versicherter auf dem Weg zum Arzt verunglückt, kann er zwar hoffen, daß ihm unverzüglich „Erste Hilfe“ zuteil werden wird. Die Sicherheit, daß die gesetzliche Unfallversicherung für die finanziellen Folgen des Unfalls aufkommt, hat er aber keineswegs. Nur in Ausnahmefällen wird von den Sozialgerichten ein Versicherungsschutz bejaht, normalerweise sind Klagen erfolglos.

Das bekam jetzt die 53jährige Filialleiterin einer Metzgerei in Bayreuth zu spüren, die während der

ker Schmerzen nicht mehr arbeiten konnte.

Mit dieser Entscheidung liegt das Landessozialgericht Bayern auf der Linie der für die unteren Instanzen verbindlichen Rechtsprechung des Bundessozialgerichts in Kassel. In der letzten Instanz konnten die auf dem Weg zum Arzt Verunglückten nur deshalb in einigen Fällen den Prozess gewinnen, weil sie nicht die Arbeit unterbrochen hätten, sondern nach Dienstschluss auf dem ohnehin versicherten Heimweg den Arzt aufsuchten.

In einem Fall aus Hessen sah das Bundessozialgericht im Urteil 2 RU 158/83 vom 28. 8. 1984 eine anderweitige Unterbrechung des Heimwegs als unerheblich an; auch in dem unter dem Aktenzeichen 2 RU 583 vom 31. 1. 1984 entschiedenen Fall - hier war der Arbeitnehmer im Einverständnis mit dem Arbeitgeber wegen starker Zahnschmerzen zum Zahnarzt gegangen - blieb der Versicherungsschutz erhalten. Dagegen ging ein anderer Arbeitnehmer leer aus, der auf dem Heimweg die direkte Wegstrecke verließ, um zum Arzt zu fahren und nach mehr als einer Stunde kurz vor Erreichen des unmittelbaren Heimwegs - aber eben doch noch auf der Umwegstrecke - verunglückte (2 RU 158/71 vom 31. 8. 1973).



(versicherten) Arbeitszeit zur Behandlung in eine nur 15 Meter von ihrem Arbeitsplatz entfernte Zahnarztpraxis gegangen war. Auf dem Rückweg stürzte sie und brach sich beide Oberarme.

Hätte sich der Unfall am Arbeitsplatz ereignet, wäre der Versicherungsschutz natürlich gegeben gewesen. So fehlte aber der ursächliche Zusammenhang zur versicherten Tätigkeit und deshalb verneinte das Landessozialgericht München im Urteil L 2/0 342/85 den Versicherungsschutz. Die Begründung: „Die Erhaltung oder Wiederherstellung der Gesundheit gehört grundsätzlich zum unversicherten persönlichen Lebensbereich eines Arbeitnehmers.“

Der Arztbesuch sei nicht schon allein deshalb der versicherten Tätigkeit zuzurechnen, weil damit gleichzeitig die Arbeitskraft wiederhergestellt werde. Etwas anderes könnte nur dann gelten, wenn der Arztbesuch unumgänglich wurde, weil der Arbeitnehmer infolge star-

Nach der Entscheidung 2 RU 97/76 vom 28. 5. 1977 ist bei einem Unfall auf dem Weg zur Werkambulanz normalerweise der Versicherungsschutz gegeben, weil hier ein unmittelbarer zeitlicher und räumlicher Zusammenhang mit der Tätigkeit im Betrieb besteht. Dennoch hat das Bundessozialgericht auch in dieser Entscheidung auf die Grundsätze seiner Rechtsprechung hingewiesen: Maßnahmen zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Gesundheit sind grundsätzlich dem unversicherten persönlichen Lebensbereich zuzurechnen.“

Kernenergie-Verzicht problematisch

CDU-Kongress: Kraftwerke müssen international noch sicherer gemacht werden

ARNULF GOSCH, Bonn
Ein kurz- oder auch nur mittelfristiger Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie wäre in vieler Hinsicht problematisch. Er würde Beschäftigungs-, Umwelt- und Kostenprobleme sowie auch Sicherheitsprobleme bei der Energieversorgung in noch nicht zu übersehendem Ausmaß mit sich bringen. Auf diesen gemeinsamen Nenner lassen sich die Ausführungen der Referenten bringen, die gestern auf dem energiepolitischen Fachkongress der CDU im Bonner Konrad-Adenauer-Haus zum Generalthema „Energiepolitik für eine humane Zukunft“ das Wort ergriffen.

Wie der energiepolitische Sprecher der Unionsfraktion, Ludwig Gerstein, als Tagungsleiter erklärte, müßten die Kernkraftwerke international sicherer gemacht werden. In der Diskussion um die Risiken der einzelnen Energieträger müsse man aber aufpassen, daß nicht ein Energieträger gegen den anderen ausgespielt werde, weil das schwerwiegende Schäden für die Industriegeheimnisse verursachen würde. Die Energiepolitik der CDU basiere auf Kohle und Kernenergie, das heißt weder Kohle vor Kernenergie noch Kernenergie vor Kohle.

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler stellte in seinem Eröffnungsgespräch fest, daß es für seine Partei nicht die simple These „Ausstieg aus der Kernenergie“ gebe, weil dies weder technisch noch volkswirtschaftlich, aber auch ethisch nicht verantwortbar sei. Das bedeute jedoch nicht, daß man nicht alle Anstrengungen unternehme, Energie einzusparen und alternative Technologien zu erforschen.

Bundesumweltminister Walter Wallmann warf der SPD wegen ihrer Ausstiegsthese vor, das Prinzip Verantwortung durch das Prinzip Opportunismus zu ersetzen, und fügte wörtlich hinzu: „Wir werden solange aus der Kernkraft nicht aussteigen, wie uns eine bessere Energieart nicht zur Verfügung steht.“ Mit Nachdruck wandte sich der Minister gegen Versuche, das deutsche Volk in ein Lager der anständigen Kernkraftgegner und der rückständigen und unsicheren Kernkraftbefürworter aufzuspalten.

Wallmann hob noch einmal hervor, daß die Sicherheit der Anlagen im Interesse von Leben und Gesundheit immer absolute Priorität habe. Im übrigen sei keine der beiden großen Energiequellen ohne Risiko, weder die Kernkraft noch das Verbrennen

von Kohlenwasserstoff. Der Kernphysiker Professor Heinz Maier-Leibnitz gab seinem Bedauern Ausdruck, daß eine solche Argumentation über das emotionsbeladene Thema Kernenergie zur Zeit kaum stattfindet. Bedauerlich sei auch, daß die zuständigen Stellen zur Frage einer Gefährdung durch Angriffe auf Atomkraftwerke im Falle eines Krieges „beharrlich schweigen“. Trotzdem hält Maier-Leibnitz die Atomenergie vor allem wegen des wahrscheinlichen Bedarfs in 50 Jahren für unverzichtbar.

Die Exekutivdirektorin der Internationalen Energie-Agentur, Helga Steeg, warnte vor der Annahme, daß die Kombination von mehr Einsparung und erneuerbaren Energiequellen allein die Kernkraft ersetzen könne. Bevor eine Regierung den Einsatz der Kernenergie in Frage stellt, müsse sie sich über ihre Rolle bei der Erreichung einer optimalen Mischung der Energieträger im klaren sein. Hätte man den Strom aus Öl erzeugen wollen, so würde dies einen Mehrverbrauch von das anderthalbfache der Gesamtproduktion der Nordsee erfordert haben. Für die IEA sei die Kernenergie eine versorgungssichere und kostengünstige Energiequelle.

Frankreich: Boom für Saudi-Öl

J. Sch. Paris

Die französischen Rohölimporte sind im ersten Halbjahr 1986 um zwei Prozent auf 35,18 Mill. Tonnen zurückgegangen - die aus Saudi-Arabien haben sich aber gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um nicht weniger als 45,4 Prozent auf 7,37 Mill. Tonnen erhöht. Dadurch steht Saudi-Arabien unter den französischen Öllieferanten - wie schon vor 1980 - wieder mit Abstand an erster Stelle. Der spektakuläre Anstieg wird vom Verband der Mineralölindustrie damit begründet, daß das Saudi-Öl zu besonders günstigen Bedingungen, insbesondere über sogenannte „Net Back“-Verträge, bezogen werden konnte.

Geschrumpft sind die Ölimporte aus Großbritannien um 55 Prozent auf 3,84 Mill. Tonnen, was wesentlich dazu beitrug, daß Frankreich zum ersten Mal seit fünf Jahren gegenüber Großbritannien einen Ausfuhrüberschuß (8 Mrd. Franc im ersten Halbjahr) erzielte. Rückläufig waren auch die Importe aus Nigeria, Algerien und Mexiko. Überrascht hat der starke Anstieg der Ölimporte aus Iran um 64 Prozent auf 2,06 Mill. Tonnen. Aus Irak, einem der größten Waffenkunden Frankreichs, wurden 3,02 Mill. Tonnen mehr importiert.

PERSONALIEN

Jakob Lux (34), seit 1981 Presse- und PR-Chef der Leonberger Bau-Sparkasse AG, Leonberg, übernahm zum 1. Januar 1987 die Hauptabteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei der Kolbenschmidt AG, Neckarsulm.

Klaus J. Schreiner ist mit Wirkung vom 1. August 1986 als Deputy General Manager in die Niederlassung London der Hessischen Landesbank - Girozentrale eingetreten.

Prof. Helmut Bott, Mitglied des Vorstandes der Dr. Ing. H. C. F. Porsche AG, und Dudley G. Bustace, Finanzdirektor der British Alcan Aluminium Plc, sind in den Aufsichtsrat der zum Bereich der Kanadischen Alcan Aluminium Ltd. gehörenden Alcan Aluminiumwerke GmbH, Eschborn, berufen worden.

Lesetip der Woche



David Cornwell alias John le Carré

Fotos: Stephen Cornwell/Times

John le Carré:

Mein Vater machte mich zum Spion



Der Vater Ronnie Cornwell

Mein Vater Ronnie starb nobel im Alter von nur neunundsechzig Jahren an einem gigantischen Herzanfall, nach einem Leben in perfekter Gesundheit und ungezügelter Genuß, in einem englischen Landhaus an einem Sommermorgen des Jahres 1975. Er sah sich im Fernsehen Cricket an, seinen Lieblingssport. Er hatte einen tüchtigen Lunch aus seinen

Wie fühlt man sich, wenn man als achtzehnjähriger Absolvent einer der besten und teuersten Internatsschulen entdeckt, daß der Vater wegen Betrugs im Gefängnis gesessen hat? Und ein Betrüger ist er noch immer, der über schöne Frauen, eigene Rennpferde, schwere Autos verfügt, der nur in Luxus-Hotels absteigt, aber keinen Penny auf der Bank hat, um das alles zu bezahlen. Die Frage bewegt Magnus Pym, den Spion und Verräter in John le Carrés neuem Roman *Ein blendender Spion*. Es ist David Cornwells (alias John le Carrés) persönlichster Roman. Der Autor teilt mit seinem negativen Helden Magnus Pym einen (vor elf Jahren gestorbenen) Vater, der ein Betrüger, ein Charmeur, ein allgemein beliebter, für den Sohn jedoch ziemlich unerträglicher Mann war. Natürlich ist der Roman keine Autobiographie. Wie David Cornwell seinen Vater Ronnie Cornwell heute wirklich sieht, beschreibt er in der ZEIT.

Leibgerichten verzehrt - Lammbraten, Pudding, Käse - und mit der üblichen Symphonie alkoholischer Getränke nachgespült, den er pflegte aus jeder Mahlzeit ein Bankett zu machen, und seine Gelüste beherrschten seine zahlreichen Haushaltungen bis zum Schluß. Es war ein Sonntag. Kein moderner Falstaff hätte sich einen besseren Tod wünschen können.

Ronnies Lebensleistungen waren zwar unorthodox, aber brillant: eine Reihe von Pleiten, die sich über fast fünfzig Jahre erstreckten und auf mehrere Millionen Pfund beliefen; buchstäblich Hunderte von Firmen mit pompösem Briefpapier und kaum einer Spur von Eigenkapital; ein Schwarm treuer Freunde, die über seine waghalsigen Geschäfte lächelten, auch

wenn sie selber deren Opfer waren; vier gesunde und erfolgreiche Kinder; sieben Enkelkinder; ein ungetrübter Glaube an seinen Schöpfer; Haftstrafen auf zwei Kontinenten, die keine erkennbaren Spuren auf seinen milden, fast klerikalen Zügen hinterließen; ein Gewissen, das ihm alles verzieh... Lesen Sie mehr - diese Woche in der ZEIT.

DIE ZEIT

Preussag: Negative Entwicklung

Der Verfall der Rohstoffpreise belastet das Ergebnis

DOMINIK SCHMIDT, Hannover
Die Preussag AG, Hannover, rechnet kurzfristig nicht mit einer merklichen Besserung der anhaltend ungünstigen Geschäftsentwicklung. Vor allem der Verfall der Erdölpreise, so schreibt der Vorstand im Halbjahres-Bericht, belastet das Ergebnis weiter. Aber auch der Metallbereich bereitet unverändert Sorgen, wenn gleich eine Stabilisierung der Metallpreise auf niedrigem Niveau beobachtet wird. Konkrete Zahlen zur Ertragsrechnung legt der Rohstoffkonzern allerdings nicht vor. Wie es heißt, werden alles in allem noch schwarze Zahlen geschrieben.

Die erstmalige Einbeziehung der Deilmann-Gruppe ließ den Umsatz des Inlandkonzerns im ersten Halbjahr 1986 auf 2,3 (2,1) Mrd. ansteigen. Ohne Deilmann errechnet sich ein deutlicher Umsatzrückgang. Lediglich der Unternehmensbereich Kohle habe den Vorjahresumsatz überschritten; die wichtigen Umsatzträger Erdöl und Chemie, Metall sowie Verkehr verzeichneten demgegenüber zum Teil kräftige Einbußen.

Während das Erzbergwerk Bram-

melsberg die Förderung und die Konzentration etwas erhöhte, kam es im Erzbergwerk Grund zu einem drastischen Rückgang der Förderung. Die Hütten im Harz und in Nordham waren unterschiedlich beschäftigt. Verbessert habe sich die Auftragslage der Verzinkeisen. Die im Effektivhandel und in der Zinnverhüttung tätige AMC-Gruppe, London, litt unter dem Vertrauensverlust aufgrund der Zinnkrise. Eine hohe Auslastung der Kesselwagen und eine unbefriedigende Nachfrage in der Versorgungsschiffahrt kennzeichnete die Entwicklung des Verkehrsber-

Die Erdölförderung im Inland ging im ersten Halbjahr um 4,1 Prozent auf 202 000 Tonnen zurück. Auch in den USA blieben die Fördermengen unter den Erwartungen. Das Steinkohlebergwerk Ibbenbüren förderte 1,19 Mill. Tonnen Kohle, 16 000 Tonnen mehr als im Vorjahreszeitraum. Der Absatz stieg gleichzeitig um 16,3 Prozent. Wegen der verzögerten Inbetriebnahme des Kraftwerks nahmen die Haldenbestände aber geringfügig zu.

Das Pilsener läuft und läuft

Bitburger verkaufen 1986 rund 100 000 Hektoliter mehr

Bm. Bonn
Die Bitburger Brauerei Th. Simon GmbH wird auch 1986 ihre kontinuierliche Aufwärtstrendentwicklung fortsetzen. Nachdem 1985 ein Ausstoßplus von 4,5 Prozent auf gut 2,1 Mill. Hektoliter erzielt worden war, wird der Ausstoß im laufenden Jahr nach Auskunft des Geschäftsführers Michael Dietzsch die 2,2 Mill. Hektoliter überschreiten.

Der Umsatz wird sich entsprechend erhöhen und prozentual deutlich ausfallen, nachdem eine Preiserhöhung Anfang 1986 vom Markt akzeptiert wurde. Sie betrug beim Faß nach vier Jahren Preisabstimmung neun Mark je Hektoliter und bei der Halbliterflasche etwas über einen Pfennig. Die Flaschenpreissteigerung wurde jedoch nahezu kompensiert durch Verbesserung der Konditionen des Handels. 1985 war der Umsatz von Bit um 5,9 Prozent auf 284 Mill. Mark gestiegen.

Im Gegensatz zum Trend der Branche erhöht Bit den Absatz von Faßbier. Er liegt zur Zeit bei 41 Prozent des Ausstoßes. Hier kommt die seit Jahrzehnten gepflegte Orientierung zur Gastronomie zum Ausdruck.

Die Erfolge in diesem Bereich werden von Dietzsch vor allem auf die Philosophie konsequenter Qualitätswachstums zurückgeführt. Bit besteht in der sechsten Generation. Die Geschäftsführung liegt ausschließlich in Händen von Familienmitgliedern. Verkauft wird dieses Premiumbier zu 95 Prozent über den Getränke-Großhandel. Rund 750 solcher Großhändler vertreiben das Erzeugnis im Faß und in Flaschen. Au-

ßer dem Pilsener Bit erzeugt die Brauerei kein Bier. Separat geführt wird die Mehrheitsbeteiligung Gerolsteiner Sprudel, einer der wenigen lukrativen Bräunereien der Bundesrepublik mit einem Ausstoß von rund 3 Mill. Hektoliter 1986 nach 2,7 Mill. im Jahr zuvor.

Bit bemüht sich nun auch ernsthaft um Exportpositionen. 1985 wurde die Marke von 80 000 Hektoliter überschritten. Nach Dietzsch erreichte der Exportanteil zum 30. Juli 1986 ein Plus von 14 Prozent. Neben den traditionellen Nachbarmärkten Belgien und Luxemburg richtet sich das Exportinteresse auf die USA, auf Österreich, Italien und Spanien.

Seit 1984 rüstet Bit auf das zylindrische Keg-Faß um. In diesem Jahr wird diese Entwicklung im wesentlichen abgeschlossen. 1985 investierte die Brauerei 50 Mill. Mark, 1986 werden es nach Dietzsch über 60 Mill. Mark sein.

Die Bitburger Brauerei verzichtet auf den Vertrieb von Bier in Dosen kleiner Gebinde. Michael Dietzsch will das Umweltproblem beim Einwegbier gar nicht hervorkommen. Er lehnt diese Vertriebsweise aus betriebswirtschaftlichen Gründen ab. Seine Meinung hat er sich darüber am Markt gebildet. Geringe Mengen Einwegbier gehen von Bit in den Export. Und da auch im Inland eine kleine Nachfrage vom Heimkonsum besteht, bedient auch Bit diesen Bedarf. Obwohl Einweg teurer sei als Mehrwegbier in Flaschen, seien die Erträge unbefriedigend und daher ohne Attraktion.

Die Katastrophe in Tschernobyl war programmiert

Von ERWIN MÜNCH

Nun liegt der Bericht des Staatskomitees für die Nutzung der Kernenergie der UdSSR über den Unfall in dem Kernkraftwerk von Tschernobyl und seine Folgen einer Expertenkonferenz der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) in Wien vor. Und dieser Bericht macht deutlich, daß sich die Bundesrepublik vier Monate lang völlig umsonst einer intensiven, emotionalisierten und nahezu hysterischen Diskussion über die Sicherheit der Kernenergie hingeben hat.

Folgt man den Ausführungen der russischen Techniker, so haben unterschiedliche Fehlbedienungen, aber insbesondere die Blockierung von wesentlichen Sicherheitseinrichtungen zu dem folgenschweren Unfall geführt.

Beim Test der Möglichkeiten für die elektrische Eigenbedarfsdeckung beim Auslaufen des Turbogenerators waren verschiedene Bedingungen für die Abschaltung des Reaktors überbrückt worden, das Notkühlsystem war für die Dauer des Versuchs unwirksam gemacht.

Man könnte daher zu der Aussage

kommen, daß es ja nur natürlich sei, daß ein Reaktor, der seiner Schutzeinrichtung beraubt ist, auch leicht katastrophal versagen kann. Doch gerade hier zeigt sich erneut die Schwäche der Systemtechnik des RBMK-1000.

Ein Turbinenausfall wird von deutschen Anlagen problemlos ertragen, und selbst das zusätzliche Versagen der Reaktorabschaltung bei einem derartigen Fall gehört zu den Störfällen, die nach den Störfällelinien von den deutschen Anlagen beherrscht werden.

Zudem kann die Überbrückung von Schutzmaßnahmen nicht von der Steuerzentrale aus vorgenommen werden. Die Schnellabschaltung ist ohnehin fail-safe konstruiert, so daß bei Eingriffen die Absorber in den Reaktor einfallen und ihn abschalten. Außerdem sind die Einrichtungen redundant, also mehrfach ausgelegt und selbstkontrollierend.

Der markante Unterschied zwischen Tschernobyl und deutschen Anlagen ist offenbar doch in der unterlegenen Anlagentechnik des RBMK-Typs zu suchen. So sehen denn auch die Russen kurzfristige

Verbesserungen bei der Regel- und Abschaltbarkeit ihrer Anlagen und eine Änderung der Brennstoffeigenschaften, um die Möglichkeit temperaturbedingter Leistungsüberschläge zu verringern. Langfristig sollen passive Sicherheitssysteme konzipiert und entwickelt werden.

Fast vier Monate hat sich die deutsche Bevölkerung, haben sich die deutschen Reaktor-Experten und natürlich auch die politischen Parteien mit der Frage herumgeschlagen, ob ein gleicher Unfall, wie er im russischen Tschernobyl passierte, auch in einem Kernkraftwerk der Bundesrepublik Deutschland auftreten könnte. Wegen fehlender Informationen aus der UdSSR wurde auf der Basis der in der Literatur verfügbaren Anlagenkenntnisse, aufgrund einiger Hinweise russischer Offizieller und aus dem Wissen über reaktorphysikalische und sicherheitstechnische Zusammenhänge der Störfälle in Tschernobyl analysiert.

Dabei wurde deutlich, daß reaktorphysikalische Auslegungsschwächen, sicherheitstechnische Mängel und konstruktive Unzulänglichkeiten der Anlage zu einem derartigen

Unfall geführt haben. Denn bei Temperaturerhöhungen steigt die Leistung noch weiter an, die Notkühlung würde die Forderung der deutschen Sicherheitsrichtlinien nicht erfüllen, und ein dichter Sicherheitsbehälter zur Rückhaltung der Radioaktivität fehlt völlig.

Die Angst unter der Bevölkerung im Angesicht der Folgen eines solchen Unfalls war absolut verständlich. Die Befürchtungen gegenüber einer Technik, die Gefahren nicht absolut auszuschließen in der Lage ist, müssen wohl auch von Technikern akzeptiert werden. Die politischen Parteien, allen voran die Grünen, die schon immer gegen die Kernenergie waren, aber auch die Sozialdemokraten, die wohl auch einen wahltaktischen Vorteil witterten, forderten vehement den Ausstieg aus der Kernenergie oder zumindest einen Einstieg in diesen Ausstieg.

Man kann sicher behaupten, daß Tschernobyl nicht überall ist, vor allem nicht in der Bundesrepublik.

Der Autor ist Leiter der Programmgruppe Technik und Gesellschaft der Kernforschungsanlage Jülich GmbH.

Berlin ist „Partner des Fortschritts“

th. Berlin

Zum Schaufenster der Dritten Welt wird das Berliner Messegelände unter dem Funkturm vom dritten bis sechsten September. Rund 700 Aussteller aus 60 Ländern sowie etwa 450 zusätzlich vertretene Firmen werden auf der 24. Oversea-Import-Messe „Partner des Fortschritts“ ihr Warenangebot präsentieren.

Wie Geschäftsführer Dr. Manfred Busche von der AMK Berlin mitteilte, kommen größere Beteiligungen unter anderem aus Ägypten, Brasilien, den Philippinen und aus Zypern. Als Anreiz für die Ausstellung, die Treffpunkt der Exportwirtschaft aus den Entwicklungsländern und der europäischen Importeure ist, haben die Europäische Gemeinschaft und die Bundesregierung erweiterte handelspolitische Maßnahmen beschlossen.

So hat der EG-Ministerrat Sonder-Zollpräferenzen für die Oversea-Import-Messe in Höhe von vier Prozent zu den gegenwärtig geltenden Höchstgrenzen der Gemeinschaft genehmigt. Diese Vergünstigung war erstmals 1985 in Höhe von drei Prozent gewährt worden. Sie ist wieder an Lieferfristen (bis 30. Juni 1987) gebunden. Die Bundesrepublik stellt außerdem mit Zustimmung der EG-Kommission erneut Sonderimportkontingente auf dem Textil- und Bekleidungssektor zur Verfügung. Diese Messekontingente haben ein Einfuhrvolumen von rund 800 Mill. DM. Mit den beiden Vergünstigungen soll die Messe, die in ihrer Konzeption einmalig in der Welt ist, sowohl für die Aussteller als auch für die europäische Importwirtschaft noch attraktiver gemacht werden.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Belebung reicht nicht

Hamburg (dpa/WVD) - Eine Konjunkturbelebung allein kann nach einer Studie des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg, die Beschäftigungsprobleme nicht lösen. In einem Gutachten für das Bundeswirtschaftsministerium über die Beschäftigungsentwicklung in den westlichen Industriestaaten zwischen 1973 und 1983 führt das Institut die unterschiedliche Beschäftigungsentwicklung in den USA und der EG vor allem auf die Entwicklungen der Reallohnstruktur, der Lohnstruktur, der Flexibilität der Arbeitsmärkte und den ordnungspolitischen Rahmen zurück.

Höherer Verlust bei Voest

Wien (freia) - Höher als noch in der ersten Budgetvoranschau erwartet, werden 1986 die Verluste des angeschlagenen österreichischen Stahlkonzerns Voest-Alpine ausfallen. Der vor dem Sommer neu formulierte Unternehmensvorstand erhöhte jetzt den ursprünglich erwarteten Fehlbetrag von 2,6 Mrd. Schilling fast auf den dreifachen Wert von 7,2 Mrd. Schilling. Davon entfallen 3 Mrd. auf alte Industrieanlagenprojekte und Beteiligungen im Ausland. Weitere 1,2 Mrd. Schilling entstehen in der Hütte, 0,6 Mrd. in der Industrie- und 1 Mrd. in der Verarbeitungs- und Montagebranche. Gleichzeitig wurde erklärt, daß 2400 Arbeitsplätze abgebaut werden.

Agrar-Bündnis

Cairns (VWD) - Eine Gruppe von 14 Agrarexportländern hat in der australischen Stadt Cairns ein Bündnis gegen die protektionistische Agrarpo-

litik der EG und der USA gegründet. In einer „Erklärung von Cairns“ kündigten die Staaten an, in Zukunft gemeinsam für die Liberalisierung des Weltagrarmarktes zu kämpfen.

Darlehen bereitgestellt

Brüssel (Ha.) - Für ein gemeinsames von drei Unternehmen aus den Niederlanden, Großbritannien und der Bundesrepublik beschlossenes Projekt zur Entwicklung eines neuen Verkehrsflugzeugs hat die Europäische Investitionsbank (EIB) ein Darlehen von 30 Mill. Pfund (rund 900 Mill. DM) mit einer Laufzeit von zwölf Jahren bereitgestellt. Darlehensnehmer ist die Firma Short Brothers in Belfast. Messerschmitt-Bölkow-Blohm übernimmt die Herstellung des Heck und bestimmte Abschnitte des Rumpfes.

Gemeinschaftsgründung

Frankfurt (adh) - BASF und Degussa haben jetzt eine gemeinsame Tochter in den USA zur Fertigung des Kunststoffes Ultraform gegründet. An der Ultraform Company in Mobile (Alabama) sind die amerikanische Degussa Corp. und die BASF Corp. zu jeweils 50 Prozent beteiligt; die geplante Anlage mit einer Jahreskapazität von 11 000 Tonnen wird Anfang 1988 in Betrieb gehen. Auch in Europa stellen Degussa und BASF den Thermoplast in einer gemeinsamen Tochter (Ultraform GmbH, Ludwigshafen) her.

Besteuerung abgelehnt

Düsseldorf (AP) - Die Mehrheit der Bundesländer lehnt zusätzliche Steuern auf Preismischlässe für Jahreswagen, Deputatkohle oder ähnliche Zu-

wendungen von Unternehmen für ihre Mitarbeiter ab. Das ergab eine in Düsseldorf veröffentlichte Umfrage der DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit“. Der Bundesrechnungshof hatte eine Besteuerung vorgeschlagen.

Gelder gesperrt

Mailand (rtv) - Im Zusammenhang mit Klagen italienischer Firmen auf Vertragserfüllung libyscher Geschäftspartner sind auch Gelder des libyschen Botschaft in Italien gesperrt worden. Ein Sprecher der Banca Nazionale del Lavoro (BNL) erklärte, bei der Zweigstelle in Rom sei Anfang dieses Monats ein Konto des Volksbüros gesperrt worden.

Hilfe für Dürreschäden

Paris (J. Sch.) - Die französische Regierung wird den von einer Dürreperiode geschädigten Bauern mit 1,3 Mrd. Franc (400 Mill. DM) helfen. Außerdem erhalten die Bauern Kredite zu Vorzugsbedingungen.

Geringeres Defizit

Paris (J. Sch.) - Der französische Haushaltsplan für 1987 soll ein Defizit von höchstens 130 Mrd. Franc aufweisen. Es würde damit um mindestens 14 Mrd. Franc niedriger ausfallen als das diesjährige Defizit, das im Nachtragshaushalt für 1986 von 145 auf 144 Mrd. Franc reduziert worden war. Nach dem gegenwärtigen Stand der Budgetplanung ist eine Zunahme der Staatsausgaben um nur 1,8 Prozent vorgesehen, während die Staatseinnahmen stärker steigen sollen. Der Haushaltsplan unterstellt eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um real 3 Prozent.

Investoren ziehen Kapital aus Südafrika ab

DW. Johannesburg

Mehr als an offiziellen Sanktionen leidet die südafrikanische Wirtschaft seit dem letzten Jahr an der Kapitalflucht, stellte Zentralbank-Chef, Gerhard de Kock, fest. Letztes Jahr zogen Investoren trotz verschärfter Devisenbestimmungen rund 3,55 Mrd. Dollar aus Südafrika ab, im ersten Halbjahr 1986 war es eine weitere Mrd. Durch gleichzeitige Schuldeneinzahlungen ins Ausland schrumpften die Netto-Reserven des Landes um eine Mrd. Dollar, was einen Kursverfall des Rand nach sich zog. Ausländischen Geldgebern warf de Kock vor, die innenpolitische Situation nicht realistisch einzuschätzen und sich durch Besorgnis über die Art, den Umfang und die möglichen Konsequenzen der internen politischen Probleme leiten zu lassen. Dies führe zudem dazu, daß das Klima der

Anzeige

DekaDespa-Info Nr. 17

Deutsche Aktienbörse vor neuem Aufschwung?

DekaFonds, der Sparkassen-Aktienfonds, beteiligt Sie an einer Auswahl bester deutscher Aktien, die von Fachleuten gemanagt wird.

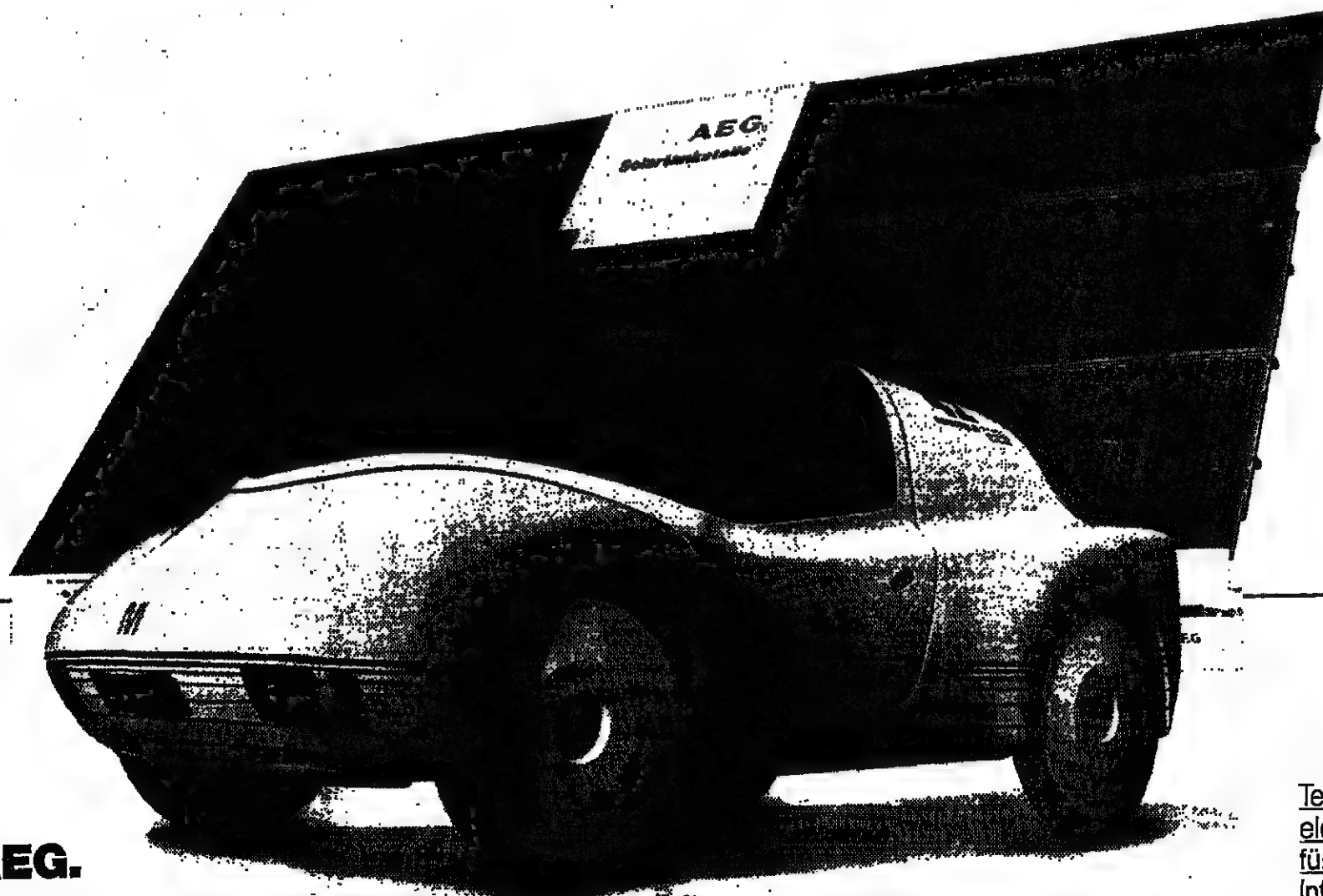
Mehr über Aktien und DekaFonds erfahren Sie vom Geldberater der Sparkasse.

Deka

Unsicherheit jetzt auch auf südafrikanische Geschäftsleute übergreift, die von Investitionen Abstand nehmen.

Die Leistungsbilanz der Kaprepublik wird dennoch voraussichtlich in diesem Jahr ein Plus von vier bis fünf Mrd. DM aufweisen, das zur Erfüllung der Auslandsverpflichtungen ausreicht, sagte der Generaldirektor des südafrikanischen Finanzministeriums, Chris Stals. Das Land hatte 1985 für 14 der 24 Mrd. Dollar Auslandsschulden ein Moratorium erklärt, das zu einem Bankrott führen würde. In diesem Jahr hat es bereits 400 Mill. Dollar an seine Gläubigerbanken zurückgezahlt. Bis Juni 1987 sind nur noch weitere 80 Mill. Dollar fällig. Auch an den internationalen Währungsfonds (IWF) habe Südafrika in diesem Jahr rund 640 Mill. DM zurückgezahlt. Die nicht unter das Stillhalteabkommen fallenden Schulden würden planmäßig beglichen. Behauptungen, Südafrika könne oder wolle seinen Verpflichtungen nicht nachkommen, seien einfach bössartig.

SCHEIDT, 2886



Sonne, die man tanken kann. Von AEG.

Bei der „Tour de Sol 86“ stellte die AEG die erste mobile Solartankstelle der Welt vor. 5 Fahrzeuge können hier gleichzeitig „Sonne“ tanken. Ein Drittel aller Solarmobile, die an den Start gingen, waren mit Solargeneratoren von AEG ausgerüstet. Sie belegten in vielen Fahrzeugkategorien die vordersten Plätze.

Solartechnik von AEG – eine Technologie, die auch im Sport neue Energien freisetzt. Die solarelektrische Energieversorgung von Fahrzeugen ist zur Zeit noch eine Spezialanwendung. Im privaten und industriellen Bereich hat sie sich längst bewährt. Schlüssel der ökologisch unbedenklichen Solartechnik ist die „Photovoltaik“, die direkte Umwandlung von Licht in elektrische Energie. Eine von

der AEG entwickelte Solarmodulfamilie in Leichtbauweise wird im privaten Bereich zum Beispiel in Batterie-ladegeräten eingesetzt. Im industriellen Bereich wird die Solartechnik von AEG für die Energieversorgung von Anlagen zur Bewässerung und zur Trinkwasseraufbereitung, von Sendern, Empfängern und Verstärkern in der Nachrichtentechnik sowie in der Satellitentechnik angewendet.

Technologien von AEG: elektrische und elektronische Geräte, Systeme und Anlagen für Automation, Kommunikation und Information, für Industrie- und Energietechnik, für Verteidigung und Verkehr, für Büro und Haushalt.

AEG

Umsatzplus bei Steilmann trotz der Textilkrise

dpa/VVD, Bochum
Dem Bekleidungshersteller Steilmann in Bochum hat die Krise der Textilindustrie nichts anhaben können. Mit einem um acht Prozent gestiegenen Gruppen-Umsatz von 1,179 Mrd. DM im vergangenen Jahr ist das Unternehmen mit Abstand der größte Bekleidungsproduzent in der Bundesrepublik und einer der größten in Europa. Die Muttergesellschaft, die Klaus Steilmann GmbH & Co. KG, erzielte nach dem stürmischen Wachstum 1984 (23,6 Prozent) im „wenig rosigen“ Vorjahr noch eine Umsatzsteigerung von sieben Prozent auf 730 Mill. DM.

Im ersten Halbjahr 1986 habe das Unternehmen „gut pari“ abgeschlossen und erwarte für die nächsten Monate ein leichtes Plus. Nach Investitionen von 15,7 Mill. DM im Jahr 1985 (14,3 Mill. DM) soll die eigene Produktionsbasis in der Bundesrepublik 1986 erneut erweitert werden, um der sich rasch wandelnden Nachfrage folgen zu können.

Bei der hohen Sättigung auf dem Inlandsmarkt rechnet der Bekleidungsproduzent mit weiteren Wachstumchancen vor allem im Auslandsgeschäft. Rund die Hälfte der 1985 in der Gruppe produzierten 23 Mill. Teile wurde exportiert, insbesondere in den Raum der Europäischen Gemeinschaft, aber auch nach Kanada und in die USA. 7072 Mitarbeiter (6559) sind in den Steilmann-Werken der Gruppe beschäftigt, rund 20 000 arbeiten in den Lohnbetrieben im In- und Ausland. Auch in den „Billigproduktionsländern“ läßt das Unternehmen heute „mit Steilmann-Know-how“ fertigen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bonn: MFB Elektro-Schneidwerkzeug GmbH; Nachl. d. Karl Dißmann, Bad Honnef; Fähr: Kurtstift Mozart Betriebsbes. mbH; Hammern Metall- u. Kunststoffverarbeitung W. Sporleder KG, Remscheid; Bielefeld: S + P Markt GmbH Sonderposten u. Partikulare, Wist; München: Atlas Offen- u. Küchen-Vertriebsges. mbH; ESV Energie-Systeme Vertrieb GmbH, Badmünster; Nachl. d. Prof. Dr. Karl Hans Jürgen Walther; Münster: Nachl. d. Dr. Wilfried Reinhold Huber; Trier: Hilarius Pütz, Willingen; Walden-Tiengens Nachl. d. Dr. Franz Alfred Nikolaus Kienle; Ultingen-Birkendorf: Ortstiel Hünslingen.

Vergleich eröffnet: München: Augustine Kaiser.

Die wichtigste Tradition: Technischer Fortschritt

„Ein Unternehmen ist nur so gut wie seine Führung“ – Jürgen Heraeus, Vorsitzender der Familiengesellschaft

Jürgen Heraeus, Geschäftsführungs-Vorsitzender und – nach dem Ableben von Vater und Onkel im vergangenen Jahr – in der vierten Generation Alleinverwalter der Gründerfamilie in der Führungsspitze der W. C. Heraeus GmbH, Hanau, ist nicht eben anspruchlos: „Ein Unternehmen kann nur so gut sein wie seine Führung“, treibt er sich und seine vier Mitgeschäftsführer an.

Das Konzerngebilde, dessen Besitz er sich mit rund 100 Familiengesellschaften teilt, stellt in dieser Hinsicht ganz besondere Anforderungen. Denn da gilt es, vieles unter einen Hut zu bringen, was auf den ersten Blick unvereinbar scheint: eine 135jährige Tradition und den Ehrgeiz, technisch die Nase vorn zu haben (Lösung: „Unsere Tradition ist es, an der Spitze des technischen Fortschritts zu marschieren“), den – auch vom Markt diktierten – Expansionsdrang und die Möglichkeiten einer Familiengesellschaft, die es vorerst auch bleiben möchte, den Wunsch nach der Konzentration der Forschung in Deutschland und die Partnerschaft mit wichtigen Abnehmern in Übersee und schließlich ein Produktspektrum, das jeder Branchenzuordnung trotzt.

Gemeinsame Klammer um zwanzig Produktbereiche

Zwischen dem Edelmetallhandel und der Quarzglaschmelze, zwischen dem Laser- und dem Katalysatorfabrikanten, zwischen dem Metallpastenproduzenten (überhaupt dem Vormaterialzulieferer für die Elektronikindustrie) und dem Medizingerätehersteller scheinen Welten zu liegen. Eine lose Klammer bilden vielleicht die Märkte: Die Elektronik stellt etwa ein Drittel von 1,5 Mrd. Mark Industriumsatz (was für einen US-Anteil von 34 Prozent und einen Fernanteil von 18 Prozent sorgt), High-Tech-Produzenten, Forschungsstätten und Universitäten sind wichtige Abnehmer.

Heraeus fertigt Berylliumteile für die Kernforschung, Sensoren, Simulationskammern für Umweltexperimente und Elektroniktests, Präzisionsöfen für Chips-Fabriken und Weltraumversuche, Keramikträger für die Hochleistungselektronik. Das Unternehmen beliefert Zahnärzte mit Speziallegierungen, Krankenhäuser mit Operationsleuchten und Bestrahlungsgeräten sowie die Che-

mie (wie auch andere Branchen) mit Sondermetallen und ist schließlich weltweit Marktführer im Geschäft mit Glasfaser-Rohlingen.

Zwanzig sehr unterschiedliche Produktbereiche sind nötig, um das Gesamtgebilde mit seinen weltweit etwa 7200 Mitarbeitern und rund 3 Mrd. Mark Umsatz (davon etwa die Hälfte Edelmetallhandel) in einen organisatorischen Rahmen zu fassen. Der Eindruck eines etwas wirren Gemischwarenladens täuscht indes: „Alles hat einen gemeinsamen Ursprung“, weiß der Urenkel des Firmengründers.

Es habe sich bewährt, auch beim Schritt in neues Terrain bei seinem Leisten zu bleiben: „Von drei Faktoren – technische Entwicklung, Produktionsverfahren und Vertrieb – müssen wir wenigstens zwei sicher beherrschen“, so der elterliche Grundsatz bei der Entscheidung über neue Tätigkeitsfelder oder die Akquisition ganzer Unternehmen. Die meisten Produktbereiche haben sich aber logisch auseinander entwickelt.

Die Hochtemperaturtechnik zum Beispiel geht schon auf die Gründung im Jahr 1861 zurück. Erstmals gelang es damals in Deutschland, Platin nach einer neuen Methode bei 1800 Grad zu erschmelzen. Andere Edel- und Sondermetalle kamen hinzu, und immer hieß es, hohe Temperaturen und höchste Reinheitsgrade im Griff zu behalten. Der Reinheitsanspruch führte schließlich zur Vakuumtechnik ebenso wie zum Quarzglas, das sich – wie heute wieder in der Halbleitertechnik – als Tegel- und Gerätermaterial mit geringster Verunreinigung erwies.

Vom Quarzglas, das heute in seiner reinsten Form als Glasfaser neue Triumphe feiert, ging es dann über die Quickdrehhochdrucklampe (für die

Großflächenbeleuchtung) direkt zur Hohlsonne, die vom Beginn des Jahrhunderts noch bis in die siebziger Jahre für den Namen Heraeus schlechthin stand.

An diesem Produkt zeigte sich auch, was man in Hanau unter einer organischen Unternehmensentwicklung versteht: Mangels eigener Vertriebsmöglichkeiten hatte man die Hohlsonne schon seit 1906 im Joint-Venture mit der AEG vermarktet. Als in den siebziger Jahren der Quarzbrenner durch einfache Leuchtstoffröhren ersetzt wurde, paßte die Konsumentenversion endgültig nicht mehr ins Heraeus-Konzept. Der ganze Produktbereich

ging – Tradition hing, Markenträger her – an Electro-lux.

Bei solcher Vielfalt ist man gezwungen, permanent sein Portfolio zu überprüfen“, meint Heraeus. „In Deutschland wird eigentlich viel zu wenig in Richtung Devisenkontrahenten gedacht – das gilt hier als unfähig.“ Die Trennung von Bereichen, die nicht mehr in den Unternehmensrahmen passen, komme aber meist beiden Seiten zugute. So wurde der Kölner Vakuumbereich Leybold-Heraeus mit Hilfe fremder Gesellschafter (Degussa, Metallgesellschaft) abgetrennt, als sein Wachstum die Möglichkeiten der Hanauer Überstiege – heute kommt Leybold allein auf eine runde Milliarde Mark Umsatz.

Auch Bereiche, die mit 2 oder 5 Mill. Mark Jahresumsatz die ideale Bereichsgröße – „so zwischen 80 und 100 Mill. Mark, bei hohen Marktanteilen in relativ kleinen Produktsegmenten“ – verließen hatten, wurden selbstständig, teilweise von Heraeus-Mitarbeitern in Eigenregie übernommen. Auch sie arbeiten heute mit Gewinn, die im Firmenverbund nicht möglich waren.

Der scheinbaren Unregelmäßigkeit eines so vielfältigen Unternehmens schaffter (Degussa, Metallgesellschaft) abgetrennt, als sein Wachstum die Möglichkeiten der Hanauer Überstiege – heute kommt Leybold allein auf eine runde Milliarde Mark Umsatz.



ZEICHNUNG: BÖHLE

gebildes setzt Heraeus nicht nur die ständige Überprüfung der Verträglichkeit entgegen. Auch auf die richtige Verteilung der Kompetenz kommt es an: „Die guten Leute müssen vor Ort sein, direkt in den Bereichen, nicht weit weg in der Zentralverwaltung“, meint der promovierte Diplom-Kaufmann, der sich in den ersten 20 Heraeus-Jahren „in allen Teilen des Konzerns herumgetrieben“ hat.

Es habe sich bewährt, jeden Bereich (vielleicht in Form einer eigenständigen GmbH) von nur einem Bereichsleiter führen zu lassen, der bis hin zum Ergebnis in voller unternehmerischer Verantwortung steht. Dem Trend zur Zentralisierung bei weiterem Wachstum müsse man so lange wie möglich durch weitere Zentralisierung und gegebenenfalls auch Ausgliederung entgegenwirken.

Ein straffes Berichtswesen – jeder Bereichsleiter ist einem Geschäftsführer direkt unterstellt – sorgt dafür, daß es keine Ausreißer gibt. Aber auch die persönliche Betreuung sichert Führungsspitze: „Unser enger Führungskreis umfaßt 80 bis 90 Personen weltweit – die kenne ich bisher alle noch persönlich“, betont Heraeus, der sich – wie schon sein Vater – auch in den Hanauer Werkshallen regelmäßig sehen läßt, gelungene Synthesen moderner Managements mit dem Patronat alter Prägung.

Schritt an die Börse wird nicht erwogen

Vom Schritt an die Börse zur Unterstützung der weiteren Expansion hält Heraeus wenig. Wenn die Anteile zu Tageskursen bewertet werden, kommt auf die Gesellschaft eine enorme Belastung mit Vermögenswerten und im Ernstfall auch mit Erbschaftsteuern zu“, so sein Hauptanwand. Und nachdenklich: „Ich habe auch den Eindruck, daß die Banken bei Emissionen häufig mehr an die Aktionäre als an die Unternehmen denken.“

Um das Unternehmen vor den gelegentlich fatalen Einwirkungen von Familienzwistigkeiten zu bewahren, hat man sich darum auf einen anderen Weg geeinigt. Eine Holding wird künftig der Puffer zwischen Eigentümern und Betrieben sein, ohne die Gesellschafterrechte wesentlich zu schmälern. JOACHIM WEBER

Texas Air: Noch keine Fusion

Transportministerium lehnt Eastern-Airlines-Übernahme ab

VWD, Washington
Das US-Transportministerium hat die geplante Übernahme der in Schwierigkeiten geratenen Fluggesellschaft Eastern Airlines durch die Texas Air Corp. überaus rasch abgelehnt. Das Übernahmeangebot lautete über 600 Mill. Dollar. Zur Begründung teilte das Ministerium mit, die Fusion würde den Wettbewerb im Flugverkehr in Nordamerika stark beeinträchtigen. Damit hat sich das Ministerium anders entschieden, als zunächst angedeutet worden war.

Aus der Fusion wäre die größte US-Airline-Holdinggesellschaft entstanden. Das Ministerium hatte früher eine Genehmigung der Fusion angedeutet, für den Fall, daß Texas Air Maßnahmen ergreift, die es Pan American World Airways erlauben, ein neuwertiger Wettbewerber für Eastern Airlines auf der Flugverbindung Washington-New York-Boston zu werden.

Die von Texas Air zur Beilegung der Wettbewerbsprobleme auf dem nordöstlichen Markt vorgelegten Vorschläge, wie etwa die entgeltliche Überlassung von Start- und Landeplatzlizenzen, hätten jedoch nicht ausgereicht, die Fusion zu erlauben, hieß es aus dem Ministerium. Man ließ jedoch die Möglichkeit für Texas Air offen, einen neuen Fusionsvorschlag vorzulegen, der dann geprüft und vorläufiglich auch angenommen werden könnte, wenn das Konkurrenzproblem gelöst werden kann. Texas Air ist bereits im Besitz der New York Air und der Continental Airlines.

Als Folge der durch das Transportministerium nicht genehmigten Fusion der beiden Luftgiganten, fiel gestern an der Wall Street der Kurs der Eastern-Airlines-Aktien um 50 Cent auf 8,50 Dollar. Die Aktien der Texas Air mußten Kursverluste von mehr als 2,50 Dollar hinnehmen und schlossen bei knapp 28 Dollar.

Im Sog der Baufinanzierung

Wüstenrot Leben mit geringerem Nengeschäft

n. Asperg
Aufgrund des hohen Gewichts der Bauspargruppen-Risikoversicherung (für die Darlehensnehmer der Bausparkasse Wüstenrot) befindet sich die Wüstenrot Lebensversicherungs-AG, Ludwigsburg, gewissermaßen auch im Sog vermindelter Baufinanzierungen. Deshalb dürfte das gesamte Neugeschäft dieses unter den mehr als 100 deutschen Lebensversicherern nach Neuausschlüssen auf Platz 18 rangierenden Instituts nach Meinung des Vorstandsvorsitzenden Hans Laux im laufenden Geschäftsjahr 1986 wohl auch ein Minus ausweisen.

Der weitere Rückgang bei den Risikoversicherungen werde nicht durch den Zuwachs in der Großlebens-Einzelversicherung zu kompensieren sein. Hier verbrachte die Gesellschaft in den ersten fünf Monaten der Summe nach im Neugeschäft ein Plus von 2,4 Prozent, während die Risikoversicherung – auf diesem Feld ist Wüstenrot Leben Drittrangig – in der Branche – um 8,9 Prozent rückläufig war. Auch dieses Institut wird Anfang 1987 neue Tarife einführen.

Der Jahresabschluß 1985, der sich sehen lassen kann, brachte der Wüstenrot Leben einen nochmals um 10,8 Prozent auf 131 Mill. DM gestei-

gerten Überschuß, der damit 47,4 (45,4) Prozent der um 6,1 Prozent auf 276 (280) Mill. DM gewachsenen Beitragsentnahmen ausmachte und wiederum zu über 94 Prozent in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung geht. Aus dem mit 3,9 (3,8) Mill. DM ausgewiesenen Bilanzgewinn wird eine Dividende von unverändert 15 Prozent auf das eingezahlte Grundkapital von 7,2 Mill. DM ausgeschüttet, wovon 0,8 Mill. DM ab Jahresmitte 1985 dividendenberechtigt sind. Am Grundkapital sind die Bausparkasse Wüstenrot mit 80 Prozent beteiligt. Die Eigenkapitalquote verbesserte sich auf 2,24 (2,17) Prozent.

Das Neugeschäft in der Einzelversicherung hat im Berichtsjahr um 24 Prozent auf 565 (465) Mill. DM zugenommen, während das Risikogeschäft um 19 Prozent auf 1,8 Milliarden DM zurückging. Die Stornoquote verringerte sich in der Großlebenssparte auf 5,1 (5,5) Prozent. Während der Abschlußkosten auf 15,2 (11,8) Promille anstieg, reduzierte sich der Verwaltungskosten auf 7,6 (7,8) Prozent. Bei um 17,1 Prozent auf 1,35 Milliarden DM erhöhten Kapitalanlagen nahmen die Erträge hieraus um 18 Prozent auf 108 Mill. DM zu.

FINANZANZEIGEN

HAMBURGER HOCHBAHN AKTIENGESellschaft
Dividendenbekanntmachung
Wertpapier-Kenn-Nr. 824 700
Gegen Vorlage des Dividendenscheines Nr. 75 wird aufgrund der Garantie der Freien und Hansestadt Hamburg für das Geschäftsjahr 1985 ein Betrag von
DM 4,- je Stück zu nom. DM 100,-
– ohne Erteilung einer Steuergutschrift unter Abzug von 25 % Kapitalertragsteuer
sowie ein Ausgleichsbetrag von
DM 1,- je Stück zu nom. DM 100,-
– bei Erteilung einer Steuergutschrift unter Abzug von 25 % Kapitalertragsteuer auf DM 0,64 –
bei der Gesellschaftskasse oder bei einer der nachstehend aufgeführten Banken ausbezahlt
in Hamburg, Berlin, Düsseldorf, Frankfurt/M., Hannover, München
Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Hamburgische Landesbank – Girozentrale –
Dresdener Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Bank für Gemeinwirtschaft AG
Berenberg Bank
Berliner Commerzbank AG
Commerzbank AG
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.
Vereins- und Westbank AG
M. M. Warburg – Brinckmann, Wirtz & Co.
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Vom Abzug der Kapitalertragsteuer wird abgesehen, wenn eine inländische natürliche Person dem depotführenden Kreditinstitut eine Nichtveranlagungsbescheinigung des Wohnsitzfinanzamtes eingereicht hat. In diesem Falle wird auch das Steuerquittum vom depotführenden Kreditinstitut gutgeschrieben.
Hamburg, den 27. August 1986
DER VORSTAND

HAMBURGER HOCHBAHN AKTIENGESellschaft
Zusammengefaßter Jahresabschluß 1985

Bilanz	TDM	TDM
Aktiva		
Sachanlagen und immaterielle		
Anlagevermögen	261 019	
Finanzanlagen	22 288	
Vorräte	9 486	
Forderungen	57 569	
Flüssige Mittel	5 624	
Rechnungsabgrenzungsposten	203	
	354 389	
Passiva		
Grundkapital	141 035	
Rücklagen	15 937	
Rückstellungen	56 203	
Lang- und mittelfristige Verbindlichkeiten	78 828	
Kurzfristige Verbindlichkeiten	40 241	
Rechnungsabgrenzungsposten	2 145	
	354 389	
Gewinn- und Verlustrechnung		
Umsatzerlöse	330 624	
Verminderung des Bestandes an in Arbeit befindlichen Aufträgen	340	
Andere aktivierte Eigenleistungen	4 386	
Gesamtleistung	335 670	
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren	155 474	201 196
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen, Erträge aus Beteiligungen und anderen Finanzanlagen	6 829	
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1 795	
Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	381	
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	755	
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	84	
Sonstige Erträge	33 404	212 203
Erträge aus Verlustübernahme	168 755	413 599
Personalkosten	326 798	
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen, immaterielle Anlagevermögen und Finanzanlagen	46 863	
Verluste aus Wertminderungen oder dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens außer Vorräten	239	
Verluste aus den Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	253	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7 237	
Steuern	1 906	
Aufwendungen aus Verlustübernahme	798	
Sonstige Aufwendungen	29 305	413 599
Bilanzgewinn		0

Der Jahresabschluß hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der DWT Deutsche Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – Steuerberatungsgesellschaft, Hamburg, erhalten. Er wird in vollständiger Form im Bundesanzeiger veröffentlicht. Gegen Vorlage des Dividendenscheines Nr. 75 wird aufgrund der Garantie der Freien und Hansestadt Hamburg für das Geschäftsjahr 1985 ein Betrag von DM 4,- ohne und ein Ausgleichsbetrag von DM 1,- bei Erteilung einer Steuergutschrift unter Abzug von 25 % Kapitalertragsteuer auf den Betrag von DM 0,64 ausbezahlt. Bei Vorlage einer Nicht-Veranlagungsbescheinigung des Wohnsitz-Finanzamtes erfolgt kein Steuerabzug.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL
9% Deutsche Mark-Anleihe von 1980/88
– WKN 467 121/24 –
Kündigung
Gemäß § 4 (1) der Anleihebedingungen kündigen wir hiermit alle ausstehenden Teilschuldverschreibungen obiger Anleihe zur Rückzahlung zum 1. Dezember 1986 zum Nennbetrag.
Zur Einlösung gelangen somit alle im Umlauf befindlichen Teilschuldverschreibungen der
Serie 1 – WKN 467 121 –
Serie 2 – WKN 467 122 –
Serie 4 – WKN 467 124 –
Im Gesamtbetrag von DM 112 500 000,– ab 1. Dezember 1986 gegen Einreichung der Wertpapiere mit Zinsscheinen per 1. Dezember 1987 off. bei den nachstehend genannten Banken sowie deren inländischen Niederlassungen:
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Dresdener Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bayerische Hypothek- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerz-Credit-Bank Aktiengesellschaft – Europartner
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
Merck, Finck & Co.
S&P Oppenheim jr. & Cie.
Simonsbank Aktiengesellschaft
J. H. Stein
Treuhaus & Burkhardt KGaA
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westfälische Bank Aktiengesellschaft
Die Verzinsung der gekündigten Teilschuldverschreibungen endet mit Ablauf des 30. November 1986. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag abgezogen.
Die zum 1. Dezember 1986 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingeleistet.
Von den im Vorjahr ausstehenden Teilschuldverschreibungen der Serie 3 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung eingereicht worden.
Frankfurt am Main, im August 1986
EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL
Kommission der Europäischen Gemeinschaften

ROBERT BOSCH GMBH STUTTGART
Bekanntmachung
Der Jahresabschluß und der Konzernabschluß zum 31. Dezember 1985 wurden im Bundesanzeiger Nr. 147 vom 13. 8. 1986 veröffentlicht. Der Geschäftsbericht über das Jahr 1985 kann bei der Robert Bosch GmbH, Frau Michel, Postfach 50, 7000 Stuttgart 1, angefordert werden.
Stuttgart, am 14. 8. 1986
Die Geschäftsführer

Mittelständisches Handwerksunternehmen
(Spezialgebiet Audio-Video- und Elektrotechnik), Sitz Großraum Hamburg, sucht Übernahme einer exklusiven Gebietsvertretung als Lager- und Servicepunkt für Norddeutschland, umfangreiche und gut ausgestattete Werkstatt und Lagerräume stehen zur Verfügung.
Kontakt und Angebote erbeten unter D 6746 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.
Ein starkes Produkt sucht Partner
Weil der Markt unser Produkt will, suchen wir für Teile der BRD weitere Vertriebspartner
Im Franchising-System mit vollem Gebietschutz.
Bei idealer Marktsituation für Sie: Sie vertrieben ein Spitzenprodukt mit fest unbegrenzten Marktpotenzialen. Gibt es eine bessere Unterstützung, Ihre Zukunft zu sichern? Wir erwarten, daß diese Chance Ihnen ganzen Einsatz herausfordert. Einmaliges Startkapital von ca. DM 40 000,- erforderlich.
Ihre Bewerbung richten Sie an die von uns beauftragte Agentur.
AFS
Wichmann & Brandt, Postfach 11 47, 2357 Bad Bramstedt
Tel. 04192/57 57
Erbittet Angebot über Zusammenarbeit
mit laufender aktiver Mitarbeit, evtl. Übernahme einer Handelsvertretung oder mittelständigen Kaufmanns. Erfolgreiche Praxis in mittlerer Unternehmensführung, Industrie-, Labor- u. Feinchemikalien, stützt. Cifra-Handelsurlaub, erstklassige Referenzen.
Angeb. erb. u. K 4746 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Armer, kranker Frührentner
sucht Spitzen-Manager
zwecks möglichem Milliardenprojekt.
Der Wassermann, Tel. 06 61 / 4 97 44
008429 853418
Aufstieg zum Geschäftsführer
In einem erfolgreichen mittelständischen Handelsunternehmen mit neuem Umsatz sollen Sie zunächst als Assistent der Geschäftsführung Vertriebsaufgaben übernehmen. Als Industrie- oder Großhandelskaufmann, der in der Lebensmittel- oder in der Verpackungsindustrie, im Import- oder Exporthandel ausgebildet ist, können Sie sich dann mittelfristig zum Geschäftsführer qualifizieren.
Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 30. August, im großen Stellenanzeiger der WELT. Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

Wir suchen mehrere
schicke, moderne
Zusatzartikel
zur Belebung des Sortiments unseres Orientteppich-Einzelhandelsunternehmens. Die Artikel sollten unserer Branche nicht ganz fremd sein.
Angebote richten Sie bitte unter F 4746 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.
Wir möchten unser konkurrenzloses Produkt bundesweit vertreiben und suchen
Handelsvertreter
mit freien Kapazitäten.
Kontakte zu Industrie, Speditionen, Fleißhandwerk und sonstige Gewerbetreibende sind sicherlich von Vorteil. Gebietschutz und werbliche Unterstützung machen Bezüge von
DM 80 000,- p. a. und mehr
zur Realität.
Kontaktanfrage erbeten wir unter Tel. 02 28 / 47 20 06, 8-16 Uhr.

Handwritten signature: J. J. J.

BMW neuer Favorit am Aktienmarkt

Im Zuge der festen Wallstreet deutliche Kurssteigerungen

DM. - An den Aktienmärkten setzte sich am Mittwoch nach der Konsolidierung des Vorwärtsschubs eine allgemeine Aufwärtstendenz fort. Besonders auffällig war die Kurssteigerung von BMW, die sich auf 100,00 DM erhöhte. Dies war ein Ergebnis der positiven Unternehmensentwicklung und der allgemeinen Marktstimmung. Die Aktien von BMW stiegen um 10,00 DM auf 100,00 DM. Dies war ein Ergebnis der positiven Unternehmensentwicklung und der allgemeinen Marktstimmung. Die Aktien von BMW stiegen um 10,00 DM auf 100,00 DM.

Die Aktien von BMW stiegen um 10,00 DM auf 100,00 DM. Dies war ein Ergebnis der positiven Unternehmensentwicklung und der allgemeinen Marktstimmung. Die Aktien von BMW stiegen um 10,00 DM auf 100,00 DM. Dies war ein Ergebnis der positiven Unternehmensentwicklung und der allgemeinen Marktstimmung. Die Aktien von BMW stiegen um 10,00 DM auf 100,00 DM.

Fortlaufende Notierungen und Umsätze									
Düsseldorf		Frankfurt		Hamburg		München		Aktien-Umsätze	
27A	28A	27A	28A	27A	28A	27A	28A	27A	28A
AGF	340,00	340,00	AGF	340,00	340,00	AGF	340,00	AGF	340,00
AGF	340,00	340,00	AGF	340,00	340,00	AGF	340,00	AGF	340,00
AGF	340,00	340,00	AGF	340,00	340,00	AGF	340,00	AGF	340,00
AGF	340,00	340,00	AGF	340,00	340,00	AGF	340,00	AGF	340,00
AGF	340,00	340,00	AGF	340,00	340,00	AGF	340,00	AGF	340,00
AGF	340,00	340,00	AGF	340,00	340,00	AGF	340,00	AGF	340,00
AGF	340,00	340,00	AGF	340,00	340,00	AGF	340,00	AGF	340,00
AGF	340,00	340,00	AGF	340,00	340,00	AGF	340,00	AGF	340,00
AGF	340,00	340,00	AGF	340,00	340,00	AGF	340,00	AGF	340,00

Inland		Ausland	
27A	28A	27A	28A
AGF	340,00	AGF	340,00
AGF	340,00	AGF	340,00
AGF	340,00	AGF	340,00
AGF	340,00	AGF	340,00
AGF	340,00	AGF	340,00
AGF	340,00	AGF	340,00
AGF	340,00	AGF	340,00
AGF	340,00	AGF	340,00
AGF	340,00	AGF	340,00
AGF	340,00	AGF	340,00

Freiverkehr		Ungeregelter Freiverkehr	
27A	28A	27A	28A
AGF	340,00	AGF	340,00
AGF	340,00	AGF	340,00
AGF	340,00	AGF	340,00
AGF	340,00	AGF	340,00
AGF	340,00	AGF	340,00
AGF	340,00	AGF	340,00
AGF	340,00	AGF	340,00
AGF	340,00	AGF	340,00
AGF	340,00	AGF	340,00
AGF	340,00	AGF	340,00

Unser Dankeschön für Sie

wenn Sie für die WELT einen neuen Abonnenten gewinnen

Die aktuelle WELT-Prämie

Sich einmal wieder ganz entspannt zu Hause zurücklehnen, die Augen schließen und klassische Musik hören... Stellen Sie sich für mehrere Abende ein großes Festprogramm zusammen, wie es Ihnen am meisten Freude macht.

Fünf Platten-Kassetten Ihrer Wahl aus der Reihe „Perlen Klassischer Musik“

1. Bach, Brandenburgische Konzerte, Violinkonzerte, Orgelwerke, Messen; 5 LP
2. Beethoven, Konzerte, Sonaten, Romane; 6 LP
3. Beethoven, Die neun Symphonien, Philharmonia Orchestra London, Herbert von Karajan; 7 LP
4. Brahms, Violinkonzert in D-dur, Symphonien Nr. 1-4; 5 LP
5. Chopin, Klavierkonzert Nr. 1, Polonaisen, Trauermusik, Minuetten, Walzer, Mazurken u.a.; 5 LP
6. Hindel, Konzerte, Sonaten, Feuerwerksmusik, Wassermusik, Alexanderfest; 5 LP
7. Haydn, Symphonien, Serenaden, Streichquartette, Cellokonzert, Deutsche Tänze; 5 LP
8. Liszt, Klavierkonzerte, Orgelwerke, Rhapsodien; 5 LP
9. Mahler, Symphonie Nr. 1, D-dur, „Der Titan“, Symphonie Nr. 5, c-moll, Symphonie Nr. 9, D-dur; 5 LP
10. Mozart, Ouvertüren, Serenaden, Symphonien, Konzerte, Krönungsmesse; 5 LP
11. Schubert, Die Unvollendete, Deutsche Tänze, Deutsche Messe, Lieder, Impromptus, Streichquartette, „Der Tod und das Mädchen“, Forellenquintett; 5 LP
12. Schumann, Klavierkonzerte, Symphonien, Fantasien; 5 LP
13. Wagner, Das Rheingold, Die Walküre, Die Götterdämmerung, Der Ring des Nibelungen, Lohengrin, Parsifal, Die Walküre; 4 LP
14. Dvořák, Smetana, Symphonie „Aus der neuen Welt“, Cellokonzert, Streicherserenade, Lieder, Streichquartett op. 96 (amerik./Die Moldau), Sinfonie (aus „Mein Vaterland“), Tanz der Komödianten (aus „Die verkaufte Braut“), Streichquartett „Aus meinem Leben“; 5 LP
15. Festliches Barock, Concerti grossi, Violinkonzerte, Flötenkonzerte, Hornkonzerte, Oboenkonzerte, Rhapsodien; 5 LP
16. Festliche Chormusik, Orlando di Lasso, Monteverdi, Haßler, Mozart, Beethoven, Schubert, Mendelssohn-Bartholdy, Brahms, Silcher, Bruckner u.a.; 5 LP

Sprechen Sie mit Ihren Freunden und Bekannten, Nachbarn und Kollegen über die WELT, über ihre Aktualität, ihre Vielseitigkeit, ihre weltweite Sicht. Sicher werden Sie den einen oder anderen für die WELT gewinnen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der neue Abonnent kann den Auftrag innerhalb von 10 Tagen (Abende-Datum) schriftlich widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30

Prämien-Gutschein

Ich bin der/die Vermittler. Ich habe einen neuen WELT-Abonnenten gewonnen (siehe untenstehenden Bestellschein). Als Belohnung dafür wünsche ich:

die Platten-Kassetten Nr. ☐ ☐ ☐ ☐ ☐

Vorname/Nachname: _____

PLZ/Ort: _____

Vorw./Tel.: _____ Datum: _____

Der neue Abonnent gehört nicht zu meinem Haushalt. Die Dankeschön-Prämie steht mir zu, wenn das erste Bezugsgehalt für das neue Abonnement beim Verlag eingegangen ist.

Unterschrift des Vermittlers: _____

Bestellschein

Ich bin der/die neue WELT-Abonnent. Bitte liefern Sie mir die WELT mindestens 12 Monate ins Haus. Der gültige Abonnementpreis beträgt im Inland monatlich DM 7,10, anteilige Versandkosten und Mehrwertsteuer eingeschlossen. Die Abonnement-Bedingungen ergeben sich aus dem Impressum der WELT. Ich war während des letzten halben Jahres nicht Abonnent der WELT.

Vorname/Nachname: _____

PLZ/Ort: _____

Vorw./Tel.: _____ Datum: _____

Ich habe das Recht, den Bestellschein innerhalb von 10 Tagen (rechtzeitige Abmeldung) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30.

Unterschrift des neuen Abonnenten: _____

Merrill Lynch: Vom Preis und vom Wert einer guten Anlage.

Man sagt, den Wert einer Ware bestimmt nicht der Preis, sondern ihr Wert in den Augen des Käufers. Genauso ist es mit Aktien. Viel zu oft werden Papiere wegen spekulativer Kurschancen überbewertet.

Andere stehen trotz ihrer großen Kursstabilität und Dividendengarantie im Schatten. Ganz zu Unrecht. Denn nicht alle Anleger schätzen das schnelle Geld und die damit verbundenen Risiken.

Da wir für beide Anlagestrategien über Erfahrung und Fachwissen von weltweit anerkannten Spezialisten verfügen, möchten wir Ihnen die Vorteile solcher Wert-Papiere darstellen. Es sind Papiere von Unternehmen mit großem Umsatzvolumen, hervorragender Eigenkapitaldecke und gesicherten Gewinnerwartungen. Alles, was wir darüber nach eigenen, qualifizierten Analysen wissen, haben wir in einem aktuellen Report veröffentlicht. Er heißt „Qualität als Maßstab“. Darin finden Sie unsere Empfehlungen für eine konservative, wert-haltige und chancenreiche Langzeit-Strategie: Für Sicherheitsdenker und Leute, die den Wert ihrer Anlage nicht gerne nur der Börse überlassen.

Sprechen Sie mit unseren Financial Consultants über Ihr Anlagekonzept und wir empfehlen Ihnen die amerikanischen Investitionen, die für Sie goldrichtig sind.

Rufen Sie uns an, oder schicken Sie den Info-Scheck an Merrill Lynch.

Info-Scheck. Ich möchte alles über „Qualität als Maßstab“ wissen. Bitte schicken Sie mir den aktuellen Report.

Name: _____

PLZ/Ort: _____

Vorw./Tel.: _____

Minimum-Einlage DM 100.000,-. Wenn Sie lieber gleich mit uns sprechen möchten, erreichen Sie uns ganz in Ihrer Nähe.

Repräsentant in Deutschland: Merrill Lynch AG
2000 Hamburg 1, Paulstraßen 3, Tel.: 040/321491
4000 Düsseldorf, Karl-Arnold-Platz 2, Tel.: 0211/45810
6000 Frankfurt, Ulmenstraße 30, Tel.: 069/71530
7000 Stuttgart, Lange Straße 9/Ecke Kronprinz, Tel.: 0711/22200
8000 München, Promenadenplatz 12, Tel.: 089/230360

Merrill Lynch

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

bezieht ihre Informationen und Berichte von mehreren in- und ausländischen Nachrichtenagenturen sowie vor allem von eigenen Mitarbeitern überall in der Welt.

Gollwitzer Biographie über Ludwig I. von Bayern

Herrscher mit Marotten

Seinen Enkel nannte man schon bald den „Märchenkönig“. Das es hingegen der Großvater war, der dem bayerischen Königtum seinen märchenhaften Altbildersommer beehrte, ist fast vergessen: Ludwig I., Bayerns zweiter König, wurde vor 200 Jahren, am 25. August 1786, in Straßburg geboren.

Fast wäre es dem zweiten Träger seines Namens auf dem Wittelsbacher Thron gelungen, die Erinnerung an seinen großen Ahnen mit den medienwirksamen Reminiszenzen zu seinem 100. Todestag zu verdunkeln. Mißt man jedoch die Intensität der Erinnerung am Gehalt der Ergebnisse, die sie hervorbringt, ist Ludwig I. klar der Bevorzugte. Ein Grund ist

stößen in seinem Charakter hart aufeinander. Doch nicht das Psychogramm des Herrschers ist Gollwitzer Thema, sondern der Mann, der wie keiner nach ihm die Physiognomie seines Staates prägte.

Als Kronprinz opponierte er gegen Napoleon und Bayerns allmächtigen Reform-Minister Montgelas. Als spendabelster Mäzen seiner Zeit machte er München zur Kunstmetropole, erhielt er durch seine grundlegende Finanzreform die Mittel dafür. Ein ebenso farbiges wie facettenreiches Bild dieses „Königstums im Vormärz“ modelliert Gollwitzer aus der Fülle der Fakten und Zeugnisse.

Doch das ist – zugegebenermaßen – ein historisches Handwerkszeug. Was das Buch zum Standardwerk macht, sind zum einen die vielen biographischen gesellschaftlichen Skizzen, mit denen der Autor die Elite Bayerns zeichnet. Zum anderen ist es die souveräne Einordnung von Ludwigs Herrschaft in die Epoche, in der sich die europäische Fürstenfamilie zur Staatengemeinschaft entwickelt. In diesem Spannungsfeld verortet Gollwitzer die entscheidende Position: Das „monarchische Prinzip“, die Vorstellung, daß der Herrscher mit der Fülle der Staatsgewalt ausgestattet war, war sein politisches Credo.

Buch des Tages

diese Beschreibung seines Lebens durch den Münchener Historiker Heinz Gollwitzer. Der emeritierte Ordinarius für Geschichte legt auf 951 Seiten eine Analyse des Ludovizianischen Königtums vor, die sich Theodor Schieder, Friedrich oder Lothar Galls Bismarck-Biographie ebenbürtig zur Seite stellt.

Im Gegensatz zu den Biographien der beiden Preußen näherte Gollwitzer sich seinem Helden nicht über eine problemorientierte, auf der Grundlage der bisherigen Forschung fußende Untersuchung. Aus seiner Zeit als Privatdozent in München mit den bayerischen Archiven vor vertraut, wählte er den Weg über das weitgehend unerschlossene Quellenmaterial. Dabei kam ihm zu Hilfe, daß er als erster Forscher von seiner Königlich-Hohen, Herzog Albrecht von Bayern, die Erlaubnis erhielt, die mehrere hundert Bände Tagebücher auszuwerten, die Ludwig mit Akribie zusammengeschrieben hat.

„Noblesse, Zartgefühl und Rücksichtslosigkeit, Pedanterie und hochgemutete Großartigkeit, naive Gutgläubigkeit und übertriebenes Mißtrauen, das Bedürfnis zu idealisieren und zu sublimieren und handfester Realitätsinn. Exzentrität einschließlich Schreien und Marotten

Die Erklärung, warum Ludwig mit seiner Vorstellung von Herrschaft scheiterte, ist der rote Faden durch diese Biographie. Da wird Ludwig fast zu einer tragischen Gestalt. Denn er erkannte nicht, daß das Ziel des von ihm mit großer Energie unterstützten deutschen Nationalgedankens auf den deutschen und europäischen Status quo revolutionierend wirken mußte. War Ludwig deswegen ein Reaktionsär, eine negative Gestalt der deutschen Geschichte, weil er den Zeitgeist nicht erkannte? Gollwitzer wendet sich gegen solche kritisch-emanzipatorischen Verurteilungen: „Persönliche Bewährung und Entfaltung von Humanität läßt sich sehr wohl auch außerhalb des Engagements für die Sache des tatsächlichen oder vermeintlichen Fortschritts betätigen.“ Und: „Eine nur aus Progressiven bestehende Welt wäre vermutlich schon lange an sich selbst zugrunde gegangen.“

BERTHOLD SEEWALD
Heinz Gollwitzer: Ludwig I. von Bayern, Königtum im Vormärz. Eine politische Biographie. Süddeutscher Verlag, München 1986, 951 S., 49,80 Mark.



Zum ewigen Leben verdammt: Christopher Lambert (links) als MacLeod und sein Mentor Ramirez (Sean Connery) in dem Film „Highlander“

Mulcahys Film „Highlander“ mit Christopher Lambert und Sean Connery

Die Unsterblichen sind unter uns

Großer Ruhm eilt ihm voraus, dem zweiten Spielfilm des 32-jährigen Australiers Russel Mulcahy: „Highlander“. Das liegt nicht etwa an dem Regisseur, von dem man bislang nur weiß, daß er einige hervorragende Pop-Musik-Videos herstellte. Es liegt vor allem an Hauptdarsteller und Titelhelden der Geschichte: Christopher Lambert.

Weltruhm errang der heute 29-jährige Lambert 1983 als jüngster Tarzan der Kinogeschichte in Hugh Hudsons Urwald-Epos „Herr der Affen“. In „Subway“ war er der Mitternachts-Yuppie der Pariser Metros neben Isabelle Adjani. Jetzt ist er – wiederum unwiderstehlich und eindringlich präsent – Connor MacLeod, 1518 in Schottland geboren und seitdem durch aller Herren Länder vagabundierend; denn Connor MacLeod ist unsterblich, und das wird er auch bleiben. Es sei denn, seinem Todfeind Kurgan (Clancy Brown), Inbegriff aller Bösen, gelingt es, ihm das Haupt mit dem Schwert vom Leibe zu trennen.

Das schicksalhafte Duell zwischen den beiden Männern, zwischen Gut

und Böse, findet im New York unserer Tage statt. Der Ausgang ist gewiß. Wie könnte Lambert als MacLeod denn unterliegen? Vor Kurgan sterben jedoch eine Reihe anderer „Unsterblicher“ durch des Highlanders Hand. Besagt doch eine alte Fama: „There can be only one“, und dieser eine wird unbegrenzte Macht besitzen. Natürlich ist die New Yorker Polizei dem Mann aus Schottland bald auf der Spur. Es gibt einschlägige Action-Szenen mit wilden Verfolgungsjagden. Daneben aber führen uns raffinierte Rückblenden in ein anderes Ambiente: ins schottische Hochland des Mittelalters.

Im Jahre 1536 beispielsweise kämpft MacLeod erstmals gegen Kurgan, wird tödlich verwundet, steht aber wenig später quicklebendig wieder auf, was seinem Clan wie Hexerei erscheint. Der junge Mann, nicht wissend, wie ihm geschieht, wird verführt. Erst der weise alte Ramirez klärt ihn über seine „Unsterblichkeit“ auf.

Sean Connery ist Ramirez. Er hat hier nur einen kleinen, aber äußerst einprägsamen Part als Lehrer

und Mentor Mac Leods. Die kurze Begegnung dieser beiden Mimen ist ein rares Bravourstückchen dieses Films, dessen Geschichte – bei Licht besehen – banal und flach daherkommt. Zwar gibt es atemberaubende Momentaufnahmen – etwa aus dem nächtlichen New York –, doch immer haften ihnen ein Hauch von Video-Clip an. Den Film können diese „Highlights“ nicht retten.

„Highlander“ ist ein Film, der sich modisch zwischen alle Stühle setzt: Action-Reißer und Thriller, Love-story, Märchen und Ritterlegende, schließlich sogar philosophisches Traktat über Leben und Tod. Doch er wird keinem Genre gerecht.

Nur Fans von Christopher Lambert kommen auf ihre Kosten: MacLeod bleibt – dem Film zum Trotz – ein altmodischer Held, ein Mann, der nicht sterben kann und alle Menschen überlebt, die er liebt. Der einsame Wolf MacLeod, Ahasver im launigen Spiel der Jahrhunderte, ist ein weiterer wichtiger Markstein in der Karriere dieses brillanten jungen Schauspielers. DORIS BLUM

Wo die Düne für die ZDF-Invasion entschädigt

Das kann die Timmendorfer in ihrem Selbstgefühl stärken: Gleich nach Mallorca hat das ZDF als zweiten sommerlichen Austragungsort seiner Hitparade Timmendorfer Strand gewählt. Das schöne Ostseebad wird „in“ bei jungen Leuten. Bisher stand es eher im Ruf, ein wenig „tutig“ zu sein.

Tatsächlich verschreiben die Ärzte gegen Gicht, Blasenleiden und andere Altersgebrechen gern eine Kur in Timmendorfer Strand. Das Kurmittelhaus direkt am Seeufer ist mit allen

Sommerhitparade – ZDF, 20 Uhr

Raffinessen ausgestattet und zieht viele ältere Patienten an, die man jeweils am Morgen in Kompaniestärke ihre Freizeithäuser machen sieht. Mit dem Jetset von Syll möchte Timmendorfer Strand nicht konkurrieren. Zwar gibt es seit einiger Zeit ein mondänes „Goldhotel“, aber zurückhaltende Exklusivität ist dort Trumpf. Die beiden eleganten Strandhotels leben überwiegend von älteren Kurgästen, die jedes Jahr wiederkommen, egal wie das Wetter ist.

Ist das Wetter schön, bricht freudig die „Hamburgische Invasion“ über

Timmendorfer Strand herein. Der Ort ist die erste Strandkorb-Zusammenhaltung hinter Lübeck und für die badehungrigen Elb-Hansematen bequem zu erreichen. So füllen sich also die Wegränder mit abgestellten Motorrädern, und an der weit in die See hinausragenden Landebrücke ballen sich Schwärme jugendlicher Eintagsgäste.

Die Stammgäste werden nicht recht froh darüber, mindert der Betrieb doch ihr schönstes Kurvergnügen: den Spaziergang auf der Düne. Diese Düne ist ohne Frage der eigentliche Schläger von Timmendorfer Strand, absolut einmalig an deutschen Küsten. Kilometerlang ist sie mit herrlichen riesigen Eichen bestückt, deren saftiges Grün wunderbar zum Weiß des Sandes kontrastiert. Man kann unter ihnen wandeln wie Sarastro in seinen heiligen Hallen.

Ein Spaziergang auf der Timmendorfer Düne entschädigt für vieles: für das meist kühle Wetter, für den vielen verfallenden Tag am Ufer, für die knarrenden Gymnastik-Kompanien, für die jugendliche Subkultur an der Brücke – und sogar für die Sommerliche Hitparade des Fernsehens. ANDREAS WILD



Schönberg, Strawinsky und Bartók sind Taylors Vorbilder – und dann spielt er mit Händen und Füßen, um Kopf und Kragen

Cecil Taylor sprengt die Grenzen der Tonalität

Brüche des Tellerwäschers

Der 53-jährige amerikanische Pianist spielt Klavier mit Händen und Füßen. Er ist riskiert dabei alles. Auch seine Existenz. In Europa scheint er allerdings mehr bereitwillige Zuhörer für seine radikal-atonale und perkussive Musik zu finden als in den USA. Allein in diesem Jahr trat er viermal in der Bundesrepublik auf.

Von seinen musikalischen Ausbrüchen konnte Taylor in New York nicht leben. Noch 1968 mußte sich der experimentierfreudige und musikalisch kompromisslose Avantgardist mit zwei festen Engagements pro Jahr und Sozialfürsorge zufrieden geben. Taylors Klaviermonologe galten als unzumutbar. Als Koch bei „Macy's“ und als Tellerwäscher in Restaurants, aus deren Lautspre-

Cecil Taylor – NORD III, 22 Uhr

chern John Coltrane drang, verdiente er sich seinen Lebensunterhalt.

Saxophonist Archie Shepp veranlagte ganz drei Jahre, um sich mit dem eigenwilligen Stil Taylors vertraut zu machen. Die Musiker, die ihre Tonsignale auf der Wellenlänge Taylors senden, kann man an zwei Händen abzählen: der Bassist Buell Neidinger, die Schlagzeuger Sunny Murray, Dennis Charles und Andrew Tyrille, die Saxophonisten Jimmy Lyons, Steve Lacy und Sam Rivers. Die schwierige Zusammenarbeit mit Taylor liegt in seiner eigenen, noch unbefriedigt gebliebenen Suche nach einer bestimmten Klangkonzeption begründet. Doch mittlerweile ist Taylor selbst zu einer Legende geworden. Diejenigen, die seiner Musik zuhören,

erleben jedoch Ungeheuerliches. In die an Begriffliches und feste Harmonien gewöhnten europäischen Ohren dringt Taylor mit einer geballten Klangwolke aus Clottern und undurchdringlicher Rhythmik ein. 1933 in New York als Sohn einer gutsituierten farbigen Familie geboren, bekam er mit fünf Jahren den ersten Klavierunterricht. In Boston, dem intellektuellen Zentrum der amerikanischen Ostküste, studierte er Komposition, Harmonielehre und Klavier an renommierten New England Conservatory.

Er orientiert sich an Schönberg, Strawinsky, Berg und Bartók. In die Jazz-Szene rutschte er erst später, durch die Zusammenarbeit mit Dave Brubeck, Lennie Tristano und den Saxophonisten Jonny Hotgas hinein. Seine sowohl klassische Ausbildung als auch seine Erfahrungen im Jazz befähigen ihn dazu, die Kompositionen von Chopin, Liszt und Bartók, aber auch diejenigen von Keith Jarrett, Dollar Brand und Bud Powell aus drei Grundstrukturen zu reduzieren: Dynamik, Gegenbewegungen und Perkussionierung.

Der Künstler begnügt sich mit den Grundstrukturen, verzichtet darauf, ihnen ein harmonisches Beziehungssystem überzustülpen. Jede bequeme, vorgefertigte Klangvorstellung lehnt er ab. Da der Flügel aber nur ein beschränktes Tonrepertoire umfaßt, greift Taylor immer wieder zu Clottern, Sprechgesang und Umlauten, die jede konventionell geprägte Eindeutigkeit leugnen. Er entdeckt die Musik der Semantik und nähert sich damit an die moderne E-Musik an. ASTRID PRANGE

KRITIK

Ein Elefant strickt eine Legende

Am Ende des kleinen, kulturfilmhaften Fernsehspiels Der Fall des Elefanten (ZDF) war man zwar nicht viel schlauer als vorher, aber man konnte wenigstens die Frage einer Schillerin zu Beginn des Films beantworten: „Was will denn ein Elefant in der Schwebebahn?“ Er mußte mitfahren, weil sich der Zirkus Althoff davon Werbung versprach. Der Fall ereignete sich 1960. Tuffi hielt es in der Bahn nicht aus, durchbrach mit seinen 700 Kilo Gewicht die Fensterwand und stürzte in die nur 1,2 Meter tiefe Wupper – wie durch ein Wunder blieb er unverletzt.

Volker Anding unternahm den Versuch herauszufinden, warum Tuffi die Schwebebahn derart vor sich verschwinden lassen hatte. Er tat's mit viel Verständnis für die Mentalität der Dickhäuter und erinnerte mit historischen Bildern an berühmte Tuffi-Verwandte.

In Ermangelung authentischen Filmmaterials inszenierte Anding den Elefanten-Fall raffiniert: Ein immer wieder in Großaufnahme zwischen technische Schwebebahn-Sequenzen eingeblenndes Elefantenaugen schien

Tuffis tierische Angst vor der Höhe zu dokumentieren. Andings Sammelurium an Interviews Wuppertaler Bürger und prominenter Tier-Experten entsprach der Verwirrung, die es auch heute noch um Tuffis Sensationsprung gibt. Geradezu erheitend waren die Aussagen einiger Augenzeugen, die den Vorfall widerspruchsvoll schilderten.

Der wie ein Puzzle zusammengesetzte Film machte klar, wie Legenden entstehen und sich im Bewußtsein phantasievoll ausweiten. Treuherr bekundete ein Werbemanager, wie bedeutend der Name Tuffi noch für den Verkauf einer Joghurt-Marke („ein spritziges Produkt“) sei. Selbst die nahe der Absturzstelle befindliche Elefantena-Apotheke zehrt immer noch von der ungeborenen Popularität des sympathischen Kolosses.

Anding kam es wohl nicht darauf an, in die Tuffi-Szene Klarheit zu bringen. Ob Wuppertals Lieblingstier noch lebt, blieb offen. Daß in Paris ein Elefant heute noch als Tuffi bezeichnet wird – eine gute Schlusszene –, spricht eher für das Verkaufstalent seines Besitzers. G. RUDORF

ARD

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Info Arbeit und Beruf
10.00 heute
10.05 Wer bekämpft hier was?
10.55 Die softem Missionen des

14.50 Kinomittelnacht
Larry im Gemischtwarenladen
15.05 Unsere kleine Farm
Die neue Nalle (1)
15.50 Tagesschau
16.00 Heute in Holland
Musikalische Unterhaltung
Mit Marjol Flore und dem Deep River Quartet
16.30 Anna, Chro & Co.
Wenn der Freund ein Geheimnis hat
16.55 Kein Tag wie jeder andere (2)
17.30 Jimmy und das furchtbare Gespenst (2)
17.50 Leichterlekt-EM
gegen 18.00 Uhr: Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Leichterlekt-EM
21.20 Der 7. Sinn
21.55 Das Beste aus dem Musikantenstadl
Mit Gitti und Erica, Schwarzwaldfamilie Seitz, Berglandcho, Alpenorkester, Marianne und Michael, Fredi Fest, Lydia Huber, Winfried Stark und Vico Torriani
22.50 Leichterlekt-EM
0.00 Tagesschau
0.05 Nachgedanken

III.

WEST
18.50 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
Süddeutsches Fernsehen: 02 21 / 23 64 53
19.45 Fensterprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Frankentales Bräut
Amerikanischer Spielfilm (1955)
21.25 Amerika literarisch
Literaturzeitschrift San Francisco
22.10 Tüpi für Leser
Polnische Bibliothek
22.25 Reisewege zur Kunst
Italien: Umbrien
22.40 Sternschimmel im September
23.25 Nachrichten

NORD
18.50 Die Sendung mit der Maus
19.50 Bismillah – Im Namen Allahs
Von Uwe Saueremann
19.55 Natur und Freizeit (2)
20.00 Tagesschau
20.15 Mein Bruder, ein Lump
Amerikanischer Spielfilm (1962)
Mit Warren Beatty, Karl Malden
Regie: John Frankenheimer
22.00 Cecil Taylor
Film von Ralph Quinke
Bald schon Legende des US-Jazz
Ist der in Brooklyn lebende Pianist Cecil Taylor, seit 30 Jahren beheimatet in der Jazz-Szene.
22.45 Unter Feindern
Warner Sonne, Korrespondent in Warschau, diskutiert mit seinen Gästen zum Thema „Normalisierung oder Dauerkrieg? Polen fünf Jahre nach dem Kriegseinsatz“
0.15 Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.52 Fama
Der Außenseiter
19.20 Hessenschau
Ab 20.00 Uhr: wie NORD

SAT 1

18.00 Marco
Anschl.: Secret Squirrel
18.30 Lasse
18.50 Tennis in Flushing Meadow
19.00 Koko, Bismarck, Sie
Comeback für Richie (2)
Anschl.: Rund um die Welt
19.00 Boomer, der Struwwelpeter
Muß Boomer sterben?
Anschl.: Klein Lulu
19.30 APF-blick
19.45 Treffer
Aktuelles Motor-Magazin
19.45 Trüffelpilze
Amerikanischer Spielfilm (1948)
Mit Charles Boyer, Ingrid Bergman, Charles Laughton
Regie: Lewis Milestone
21.30 APF-blick
Aktuelles, Show und Kunst, Sport, Quiz und Wetter
22.15 Konzert
22.45 Night Cinema
Sheriff der Geisterstadt
Anschl.: APF-blick
23.45 Notrufung im Weltraum
Amerikan. Science-fiction-Film (1964)
Mit Paul Mantee, Victor Lundin
Regie: Winston C. Hoch
1.20 Tennis in Flushing Meadow

1

19.00 New York – Babylon der Kühe
19.45 Das internationale TV-Kochbuch
Großbritannien: Alles Käse
20.00 Tagesschau
20.15 Insekten-Landstadt
Großbritannien
21.05 Schön Rosmarin und Liebesfeld
Nostalgische Soiree aus dem Berliner „Einstein“
22.05 Tick, Tick... Tick
Amerikanischer Spielfilm (1969)
Regie: Ralph Nelson
Anschl.: Nachrichten

SAT

18.00 Mini-Zit
18.30 Sport-Zit
18.50 Elger, Mädel und Jungfrau
19.00 heute
19.20 SAT-Studio
19.30 Derrick
Der Untermieter
20.30 Rundschau
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Kennwort: Kino
22.50 Allen – Das unheimliche Wesen aus einer fremden Welt
Englischer Spielfilm (1978)
Regie: Ridley Scott
0.25 Nachrichten

RTL

18.15 Stern/Regional 7
18.35 Kommt doch mal in die Küche
18.55 7 vor 7
19.22 Kuchens
19.30 Dr. Jonathan Ferrier (2)
20.15 RTL-Spiel
20.30 Filmwoche
20.50 Der große Mandarin
Deutscher Spielfilm (1949)
Regie: Karl Heinz Stroux
22.05 RTL-Spiel
22.05 Poppy
22.10 Stern/Regional 7
22.25 Wetter/Novel/Beethovenfest

Sensibler Provokateur

P.D. - Dichter sind sensibel und leicht zu verletzen - besonders die, die andere so gern provozieren. Günter Rüber gehört zu dieser Spezies. Zwei Jahre brauchte er, um sich von einem schweren Schlag zu erholen, daß ein Theaterstück von ihm keine Premiere erlebte. Die Pressemitteilung eines Rechtsanwalts läßt uns dazu wissen: "Nachdem Günter Rüber Jahre benötigte, um die Absetzung des Stücks persönlich zu verarbeiten, hat er sich nunmehr entschlossen, um sein Stück zu kämpfen".

Dabei ging es seinerzeit - wie auch heute wieder - nicht um ein Werk der zarten Poesie, sondern um Schlagzeilen. Das Stück, für das Stuttgarter Theater unter Hans-Günter Heyme nach Maß geschrieben, trug den Arbeitstitel "Der Lieblingsschmerz". Gemeint war damit der General Erwin Rommel, der Vater des Stuttgarter Oberbürgermeisters. Und wie es sich für einen sensiblen Provokateur gehört, verwarf sich der Autor hinter dem beziehungsreichen Pseudonym Martin Luder.

Der Stuttgarter OB, auf das Theater seiner Stadt nicht ohne Einfluß, wußte dieses läppische Spiel zu verhindern. Eigenartigerweise fand sich auch kein anderes Theater, das es trotzdem spielte, oder ein Verlag, der den Text druckte, obwohl solcher skandalträchtige Publizität viele sonst nicht widerstehen können. So schien die Sache inzwischen vergessen und begraben.

Aber weit gefehlt. Die Rechtsanwälte argumentieren, Heyme hätte dem Autor öffentlich und intern eine Aufführungsgarantie gegeben. (Von einem Aufführungsvertrag ist allerdings nicht die Rede.) Außerdem habe man mit der Verpflichtung eines Regisseurs für 20.000 Mark dokumentiert, daß das Stück aufführungswürdig sei.

Der Kadi soll also die Stuttgarter verdammten, etwas aufzuführen, was sie nicht mehr für Bühnenwürdig halten. Aber da es mit der Premiere ja nicht getan ist, müßten auch Zuschauer dazu verurteilt werden, sich das Stück anzusehen. Denn wenn - wie die Rechtsanwälte argumentieren - der Autor in seiner "Kunstfreiheit" beeinträchtigt ist, weil sein Stück nicht gespielt wird, wären es die Schauspieler auch, wenn sie kein Publikum hätten. Aber die Stuttgarter Bürger werden dieses kleine Opfer sicherlich bringen, um die Psyche eines der ihren, eines Dichters zumal, zu stabilisieren.

Höhepunkt der Rossini-Renaissance: „Bianca e Falliero“ beim Pesaro-Festival

Die Königin der Adria regiert

Rossini zum Nachschick: Wie auf Verabredung treffen sich die Festivals aus Profession und Laune, nachdem sie Aix und München, Bayreuth und Salzburg abgehakt haben, dieses Jahr in Pesaro. Dort hat sich für den Spätsommer das jüngste Opernfestival von Weltgeltung eingestellt. Das Rossini-Festival von Pesaro findet gerade zum sechsten Male statt. Und doch leuchtet es auf eigene, unverwechselbare Art.

Eine merkwürdige Synthese: Zunächst war da die ortsansässige Rossini-Stiftung, die endlich etwas für den größten Sohn der Stadt Pesaro tun wollte, und dann war da Geld aus der Region und auch aus Rom; schließlich läuft das Tourismus-Geschäft an der Adria nicht mehr von allein. Aber dann ist Pesaro eben doch kein Verona oder Macerata geworden, nicht einmal, wenn Luciano Pavarotti ein Konzert auf der Piazza del Popolo gibt oder die Caballe zu einem Arien-Abend anreist.

Denn zur selben Zeit, als sich in Pesaro die Pläne eines Rossini-Festivals konkretisierten, war beim Verlagsgesetz in Mailand ein längst überfälliges Projekt auf den Weg gebracht worden: die quellenkritische Gesamtausgabe des Werkes von Giacchino Rossini.

Genialer Rösselsprung auf dem Musikmarkt

Eben dieser Punkt ähnelt der Frage, ob nun erst das Huhn oder das Ei da war. Ricordi's Rossini-Projekt traf sich nämlich mit jener völligen Neuentdeckung des Belcanto-Repertoires, grob gesagt: jenes Halbjahrhunderts zwischen Mozart und Verdi, das heute Spielpläne und Plattenproduktionslisten immer stärker prägt. Das neue Rossini-Festival zum Ort der Erstausführungen der kritischen Neu-Editionen zu machen, diese Aufführungen zugleich über die Schallplatte zu multiplizieren und damit wiederum Interpreten der Spitzenklasse zu mobilisieren, das ist einer der genialsten Rösselsprünge des heutigen Musikmarktes.

Man muß sich vergegenwärtigen: Beethoven war kaum tot, da war sich die musikalische Welt einig darüber, daß Giacchino Rossini der größte lebende Komponist sei. Daß man Rossini rasch später überhaupt jemals anzweifeln konnte, hängt zusammen mit der einseitigen Fixierung auf ein paar Opera-Buffa-Spässe wie den "Barbier von Sevilla". Wer heute einen Rossini aus der Schmelze von Pesaro, Ricordi und Plattenindustrie

hört, der kann sich nur noch darüber wundern, was im 19. Jahrhundert nach Rossini an Orchesterfarbe, an Kompositionskunst, ja an künstlerischer Intelligenz verlorengegangen ist.

So beim diesjährigen Pesaro-Festival bei der Wiederaufführung von "Bianca e Falliero" aus dem Jahre 1819, der letzten Oper Rossinis für die Mailänder Scala, entstanden in Rossini produktivster Schaffenszeit. Sie war für Rossini dazumal mit Aufträgen angefüllt, daß er trotz seiner sagenhaften Geschwindigkeit beim Komponieren ein paar Anleihen bei früheren Werken aus der eigenen Feder machen mußte. So übernahm er Biancas herrliches Schlussduo aus der erst wenige Monate zuvor in Neapel aufgeführten "Donna del Lago". Andererseits hat Rossini ja auch nicht einfach sich selbst bekümmert, sondern die Zitate weiterentwickelt.

"Bianca e Falliero" ist zwar auf den ersten Blick auch nur eine jener beinahe tragischen Liebesgeschichten, die damals nicht nur für Felice Romani das beste Holz waren, um ein Libretto daraus zu schnitzen. Bianca und der Feldherr Falliero lieben sich, aber Biancas Vater Contarino will eine Hochzeit mit dem reichen Capellio an, die denn auch fast bis zu dessen Hinrichtung führt. Aber eben nur fast, weil Bianca die Schürkel des Vaters aufdeckt und das berühmte Jubelrondo anstimmt, das einen Seufzer der Erleichterung noch nach dem eigentlichen Finale, eine Einzigartigkeit, die allein schon reichte, diese Oper in einen Ausnahmestrang zu heben.

Aber ebenso sehr wie um die veränderte Liebestragödie geht es in diesem Werk doch auch, 25 Jahre vor Verdi, um einen Hymnus auf Venedig und Italien, auf Adria und italienische Seefahrt, auf Schönheit der Frauen und Tüchtigkeit der Männer, auf Recht und politische Klugheit. Kein Wunder, daß "Bianca e Falliero" damals ein ganz überragender Publikumserfolg war.

Doch dafür gibt es einen noch gewichtigeren Grund: den Gesang. Was Gesang im frühen 19. Jahrhundert musikalisch bedeuten konnte, das läßt sich eben nur an diesen großen, ersten Stücken Rossinis messen, die eben einer ganz anderen Konzeption von Oper huldigen als zur gleichen Zeit etwa Spontini, Weber und kurz zuvor noch Beethoven. Es geht bei Rossini ja tatsächlich um weit, daß er, ohne größere Rücksicht auf den Plot, ganz einfach mit den Stimmen musiziert. Daß dies der musikalisch-dramatischen Ideologie des späten 18. Jahr-

hunderts widerspricht, ist ja überhaupt kein Argument gegen die Qualität dieser Musik.

Das Werk mit über drei Stunden Musik teilt sich nur noch in elf Nummern plus Ouvertüre. Das zeigt schon, zu welcher stattlichen Form hier Arien und Duette, erst recht aber die größeren Ensembles angeschwollen sind. Die Hochzeitsszene beginnt Rossini als Duett, erweitert sie zum Terzett, zum Quartett und schließlich zum großen Concertato mit Chor und allen Solisten: Eine Kunst, die nicht einmal mehr Verdi so vollendet beherrschte.

Altistin in Hosen als venezianischer Feldherr

Der Falliero, nicht für einen Kastraten, sondern für eine Altistin in travestierter Geschlechtsrolle, hat zwei große Arien zu singen, bei denen man seinen Ohren nicht mehr traut. In Pesaro ist Marilyn Horne dieser Falliero, und da folgen dann auf die rund zwanzig Minuten des "Tu non sai" rund zwanzig Minuten Beifall und (unerhörte) Da-Capo-Rufe. Die Horne im späten Glanz ihrer Stimme zeigt hier, was es denn heißt, singend zu musizieren, nämlich nicht nur, die schwindelerregenden Koloraturen zu meistern, sondern mit Atem und Akzenten, Färbungen und Phrasierungen Musik darzustellen. Ihre Bianca ist Katia Ricciarelli, ein bißchen verhuscht in den Auszierungen, ein bißchen kühl, aber doch sehr anhörsenswert. Und in der Schürkelrolle des Contarino läßt Chris Merritt seinen Tenor bis weit über das hohe C hinaus spielen, daß es eine Lust ist. Mit ihm scheint die Oper wieder einen jener fulminanten Feuerwerke der Spitzenkulte zu gewinnen.

Unter Donato Renzettis Leitung spielte das Orchester (London Sinfonietta) konzentriert und guter Laune, trotz fast ununterbrochener Hitze im Theatersaal des Conservatoriums, auf dessen Bühne Pier Luigi Pizzi das Stück als Regisseur und Ausstatter aus Kostbarkeiten angerichtet hatte. Er kopiert nämlich aus der venezianischen Accademia Paolo Veroneses "Gastmahl im Hause Levis" und erzielt damit eine so schöne wie dramatische Bühnensituation.

REINHARD BEUTH
Neben Konzerten und Liedabendbränden bringt Pesaro (bis 17. Sept.) Wiederaufnahmen des "Türken in Italien" (mit Lucia Aliberti und Ruggero Raimondi) sowie des "Comte Ory". Wiederholungen von "Bianca e Falliero" am 29. August sowie 1. und 4. Sept.; die Schallplattenaufnahme soll schon in diesem Spätherbst erscheinen.



Gesichter voller Geheimnisse: Buddha aus grauem Schiefer. 2./3. Jhd. n. Chr. Aus der Kölner Ausstellung. FOTO: KATALOG

Berlins Museum für indische Kunst zu Gast in Köln

Was die Götter erzählen

Ein Museum für Indische Kunst gibt es nur einmal in Europa und zwar in Berlin im Verband der Staatlichen Museen Preussischer Kulturbesitz seit 1963, als die Sammlung indischer Kunst aus dem Völkerkundemuseum herausgelöst und selbständig wurde. Seitdem hat es seine Bestände nicht nur durch Neuerwerbungen, sondern auch durch eigene Expeditionen und Grabungen systematisch erweitert, so daß es heute imstande ist, einen einzigartigen Überblick über fast alle Bereiche der Kunst im indischen Kulturkreis zu bieten. Seit einigen Tagen ist es zu Gast in der Kölner Kunsthalle, mit 123 Einzelwerken aus Stein, Terrakotta, Bronze, Messing, Elfenbein sowie Miniatur- und Textilmalereien aus rund zwei Jahrtausenden.

"Schätze indischer Kunst" nennt sich die Ausstellung. Der Titel wurde mit Recht und Bedacht so formuliert; denn sie zeigt in der Tat erlesene und kostbare Kunstwerke in Einzeldarstellungen, allesamt als "Schätze" zu betrachten und in ihrer formalen Vollkommenheit, technischen Perfektion und rätselhaften Fremdheit zu bewundern. Viel mehr freilich können und wollen sie auch nicht bieten; viel mehr kann der abendländische Normalbesucher auch nicht mit ihnen anfangen.

Natürlich können wir die indische Kunst nicht verstehen. Die Ausstellung macht uns diese Tatsache nur noch tiefer bewußt, und von indischer Kunstgeschichte kann sie bestenfalls eine Ahnung vermitteln. Doch zu bewundern gibt es genug.

Hinzu kommt, daß die indische Kunst nur über die indischen Religionen zu verstehen ist. Ein Inder findet sich gewiß nur schwer, wenn überhaupt, in der germanischen Weltall oder im christlichen Heiligenhimmel zurecht. Aber was in dieser Beziehung die indischen Religionen und damit die indische Kunst aufzubieten haben, ist bei weitem verwirrender, um nicht zu sagen: chaotischer. Dennoch genügt es nicht, das Leben Buddhas in allen Einzelheiten und das indische Pantheon mit all seinen Splitterungen, Spaltungen und Metamorphosen zu kennen.

Das alles ist vielerorts nachzulesen, nicht zuletzt auch in dem vorzüglich

ausgestatteten, instruktiven Katalog, der die dargestellten Figuren und Vorgänge genau beschreibt - ohne sie für den Betrachter zu enträtseln oder begreiflich zu machen. Freilich wissen wir jetzt, daß mehrere Köpfe mehr Wissen oder Weisheit, mehrere Arme oder Beine mehr Macht ausdrücken; wir wissen die unterschiedlichen Körperhaltungen und Attribute und andere Zeichen der religiösen Bildersprache zu deuten. Aber einen Zugang ins Innere der indischen Kunst öffnen uns diese Kenntnisse immer noch nicht. Denn hinter dem sichtbar Dargestellten, dem "dristam", verbirgt sich das "adristam", das mit unseren Sinnen nicht mehr erfassbar, sondern nur mit dem geistigen Auge erschaubar ist.

Mit anderen Worten: Das eigentliche Verständnis dafür ist in Meditationen gebunden, die dem Europäer fremd sind. Wir haben es nicht allein mit Mythologien zu tun, sondern mit Mysterien, mit geistigen Vorgängen, kosmischen und magischen Kräften, die in der indischen Plastik und Malerei zum Ausdruck drängen - wobei wir uns nicht sicher sind, ob diese Formulierung zutreffend ist. Häufig gewinnt man den Eindruck, als dränge in dieser Kunst nichts nach außen, als ruhe sie in sich selbst und erwarte vom Betrachter nichts anderes als seine Identifizierung.

Der Europäer, im allgemeinen, muß hier passen. Doch was verschlägt es? Hat er mit der Mona Lisa nicht auch seine Schwierigkeiten? Ihr Lächeln ist so rätselhaft wie das des Gautama. Es bleibt, auch in dieser Kölner Ausstellung, noch genug, was unser formales Empfinden direkt anspricht und fasziniert, und zwar nicht nur bei der hellenistisch beeinflussten Gandhara-Kunst. Es ist die ungeheure Vielgestaltigkeit, der Formenreichtum dieser Kunst, ihre Plastizität und Eleganz, der Zauber der Buddha- und Götterbildnisse, die uns fesseln, nicht zuletzt die künstlerische, die "bildende" Kraft, die uns spüren läßt, wie Blut und Leben die Plastik durchströmen, und die unbeschreibliche Anmut, die immer wieder die erzählfreudigen Miniaturen zu köstlichen Kleinodien verzahnt. (Bis 2. 11. 86; Katalog 22 Mark.)

EO PLUNION

JOURNAL

Bohumil Hrabal unter Polizeiaufsicht

AFP, Prag
Der tschechoslowakische Schriftsteller Bohumil Hrabal (72) steht seit dem Erscheinen seines jüngsten Werkes im Juli in der Untergrundpresse (Samizdat) unter Polizeiaufsicht. Bei dem Werk handelt es sich um eine Autobiographie mit dem Titel "Pruklesty" (Beschneidung), in der der Autor seine schmerzlichen Erfahrungen während der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 schildert. Hrabal, seine Frau und die Bekannten des Ehepaares wurden wiederholt von der Polizei verhört. Unter dem Druck der Polizei unterschrieb Hrabal eine Erklärung, in der er bestreitet, der Verfasser des Buches zu sein.

Das Musical „Rags“ soll wiederaufstehen

SAD, New York
Das Musical "Rags" mit Teresa Stratas in der Starrolle, das vorige Woche am Broadway Premiere hatte und nach vier Vorstellungen wegen lauer Kritiken und Interesslosigkeit des Publikums abgesetzt wurde (vgl. WELT von gestern), soll am 12. September wiederaufstehen. Die Produzenten glauben, daß es gute Chancen hat, sich doch noch durchzusetzen, denn die Kritiker hatten die Stratas einstimmig gepriesen, und die meisten fanden Gefallen an der Musik von Charles Strouse. Das Buch und die Zeichnung der Charaktere wurden aber als banal verrissen. Da eine Wiederaufnahme von "Rags" in der bisherigen Form kaum erfolgversprechend ist, wird das Produktionsteam vermutlich das Buch umschreiben und das Musical neu inszenieren.

Streichung Büchners: ein Lustspiel-Fragment

dpa, Düsseldorf
Eine unleserliche, merkwürdige Streichung auf einem philosophischen Manuskript Georg Büchners hat sich als Fragment aus dem Lustspiel "Leonce und Lena" entpuppt. Die "akribisch übermalten Zeilen" hatte der Düsseldorf-Büchner-Forscher Jan-Christoph Hauschild auf einer Handschrift des Dichters im Goethe- und Schiller-Archiv in Weimar entdeckt. Nur der Name Valerio, die zweite männliche Hauptrolle des Lustspiels, sei klar erkennbar gewesen und habe die Zeilen eindeutig dem 1836 niedergeschriebenen Stück zugeordnet, so der Germanist. Der Fund erlaubt, Büchners Beschäftigung mit philosophischen Themen nun genauer zu datieren und bestätigt den engen Zusammenhang zwischen dessen poetischer und wissenschaftlicher Arbeit.

Erstmals Auszug aus einem Roman Nabokows

AP, Moskau
Erstmals ist in der Sowjetunion offiziell ein Auszug aus einem Werk des russisch-amerikanischen Schriftstellers Vladimir Nabokow veröffentlicht worden. Die Schachzeitschrift "Magazin 64" brachte in ihrer Augustnummer ein 2000 Worte umfassendes Kapitel aus seinem letzten Roman "Sieh doch die Harekins" (1974), einer selbstironischen Persiflage seines Gesamtwerks. In der veröffentlichten Episode gerät der Romanheld über eine Schachaufgabe, die zur Allegorie für seine persönliche Lage in einem dunklen und betäubten Paris zu Beginn des Zweiten Weltkriegs wird. Dem Ausschnitt liegt, wie dem gesamten Roman, Nabokows eigenes Erleben zugrunde.

Trierer Römerbauten als „kulturelles Weiterbe“

epd, Mainz
Die aus der Römerzeit stammenden Baudenkmäler in Trier haben gute Chancen, in die Liste des kulturellen Weltkulturerbes, die bei der Unesco geführt wird, aufgenommen zu werden. Zu den empfohlenen Baudenkmälern gehören Porta Nigra, Amphitheater, Basilika, Kaiser- und Barbarathermen, Römerbrücke, St. Immen-Speicher sowie Dom, Liebfrauenkirche und Igeler Säule.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

"Zum ersten Mal Respekt gehabt vor meinem dramatisch-episch sich ergießenden Talent." Diese Worte notierte Hebbel nach Abschluß der Novelle "Anna" im Jahre 1836. Diesen Respekt mag der Leser oft empfinden, wenn er die gesammelten Novellen und Erzählungen des Dichters liest. Zwischen 1828 und 1851 entstanden, sind sie mehr als bloße Fingerübungen zu seinen großen literarischen Arbeiten, wenn ihm auch, wie bei dem Märchen "Der Rubin", die Bearbeitung nach der Veröffentlichung schon nicht mehr gefiel und er wenige Jahre später eine Bühnenfassung des Stoffes vorlegte.
no
Friedrich Hebbel. Das erzählerische Werk. Sämtliche Novellen und Erzählungen. dtv klassik, 390 S., 12,90 Mark

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Kunstmagazin „art“

Hummer an der Leine

Das Kunstmagazin "art" (Gruner+Jahr, Warburgstr. 50, 2000 Hamburg 36) hat bei der Boulevardpresse gelernt, was es bei der Boulevardpresse zu lernen gibt. Die stets bunt gemischten "art"-Hefte verdienen nie den Unterhaltungswert der Kunst aus dem Auge, setzen sich gleichwohl kulturpolitisch in Szene und gestalten es ihren Lesern, sich aufgrund des eingestreuten Kunstklatsches so recht als Insider zu fühlen. Die eigene tolle Fahrt immer hart am Wind des Zeitgeistes nötigt "art" mitnichten zum Verzicht auf die kulturkritische Attitüde gegenüber dem "Kunstbetrieb", der zunehmend zu einem Unterhaltungsfaktor einer Mediengesellschaft mutiert.

"Kunst", trompetet so "art"-Chefredakteur Axel Hecht in der August-Nummer, "das müssen wir alle wieder lernen, schafft auch die stillen Sensationen".

Den Künstlern würde es allerdings übel bekommen, wenn sie sich auf das Axel-Hecht-Diktum verlassen würden. Einer von ihnen, Hans Platschke, macht deutlich, daß der Künstler nicht umhin könne, auf sich aufmerksam zu machen, wie einst Gerard de Nerval, der mit einem Hummer an der Leine den Boulevard hinunterspazierte. Doch dürfte der Künstler nicht vergessen, wie das spanische Sprichwort sagt, stets die eine Kerze dem Teufel, die andere Gott anzuzünden. Versäumt er über der "Öffentlichkeitsarbeit" das Werk, bleiben ihm nur die bereits in der nächsten Woche vergilbten Schlagzeilen.

Es fügt sich da gut, daß der Hauptbeitrag (von Uwe M. Schneede) der gleichen August-Nummer von "art" der großen Futurismus-Ausstellung im Palazzo Grassi am Canal Grande gewidmet ist, die am 12. September ihre Pforten schließen wird. Denn die

explosive Mischung von Propaganda und Kunst besitzt im Futurismus nicht nur ihr erstes, sondern auch ihr theoretisch und ästhetisch am gründlichsten durchdachtes Modell. F. T. Marinetti war so etwas wie der Prophet des Zeitalters der Massenkommunikation.

Der Futurismus entstand 1909 mit einem in Paris "Figaro" abgedruckten Manifest des Dichters und Vortragskünstlers Marinetti (1876-1944). Dessen schlossen sich im folgenden Jahr die Maler Boccioni, Carrà und Russolo an, die ein Manifest über die Malerei verfaßten und in rasender Eile ein dementsprechendes Opus schufen. Das Beispiel des italienischen Futurismus, der die Kunst des Zeitalters der Technik und der Massen sein wollte, machte internationale Schule.

Der Futurismus Marinettis strebte die Neudefinition aller Bereiche, die "futuristische Rekonstruktion des Universums" an. Nicht nur Literatur und Malerei, auch Plastik, Architektur, Musik, Theater und dann auch Politik wurden einbezogen. Es handelte sich nicht um eine künstlerische Bewegung, die isoliert betrachtet werden kann, sondern um die Durchführung jener Kulturrevolution, über die der italienische Kommuniführer Antonio Gramsci lediglich theoretisierte.

"art" weist darauf hin, daß die glanzvolle Ausstellung im Palazzo Grassi die "Verbrüderung von Futurismus und Faschismus" vertusche. Bezugspunkte zwischen dem italienischen (nicht etwa dem deutschen, wie Schneede fälschlich behauptet) Faschismus und dem Futurismus gab es in der Tat, doch wann hätten sich jemals eine kulturpolitische Richtung und ein Regime auf einen Nenner bringen lassen?

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

Marler Schau: Oxidierender Stahl in der Kunst

Wirklich nichts als Rost?

Kaum ein Material hat in der Auseinandersetzung mit moderner Kunst die Gemüter mehr erregt als oxidierender Stahl. Beispiele hierfür sind etwa die heftigen Anfeindungen gegen die Arbeiten von Richard Serra in Bochum und jüngst auch in New York, aber auch weniger spektakuläre und teure Beispiele hierzulande sind noch nicht vergessen. Der Anstoß richtete sich in all diesen Fällen nicht gegen die Form oder den Inhalt (oder die Inhaltlosigkeit), sondern in erster Linie gegen das Material, gegen den Rost.

Dennoch wird in Künstleratelliers immer wieder damit laboriert - mit offensichtlicher Zustimmung von Seiten der Museen. Warum? Welche sind die spezifischen Möglichkeiten dieses Materials? Welche ästhetischen Qualitäten und Assoziationen verbinden sich mit ihm? Diese Fragen stellt zur Zeit das Skulpturenmuseum in Marl mit einer Ausstellung von 54 oxidierenden Stahlobjekten.

Neben den Katalogbeiträgen sind vor allem auch die Aussagen der Künstler zum Thema ein wichtiger Bestandteil des Projektes. Eingeleitete "Rostgespräche" können natürlich auch damit nicht bekehrt werden, doch bietet es in einem mehr oder weniger international abgesteck-

ten Rahmen die Möglichkeit, ein Fazit zu ziehen. Caro, Serra, Spagnulo, Rabinowitch sind neben deutschen Bildhauern wie Lechner, Niehoff, Prager, Eulhaug und dem Schweizer Paul Suter vertreten.

Vollständigkeit oder gar ein historischer Überblick sind nicht angestrebt gewesen. Vielmehr sind die ausgestellten Arbeiten durchweg in den letzten zehn Jahren entstanden. Dies ist insofern schade, als dadurch nicht eindeutig belegt wird, was man beim Rundgang zu vermuten beginnt, daß nämlich das Material beständig für eine ganz bestimmte Art von Skulptur wird.

Picasso hat als erster verrostete Bleche für Skulpturen verwendet, für die "Gitarre" von 1912 etwa. Diese Arbeit aber ist gewiß auch eine der ersten gebauten, konstruierten und nicht modellierten Skulpturen. Rost ist dabei Farbe, die Farbe des Holzes, aber auch die bestimmende Tönung nicht nur seiner, sondern der kubistischen Bilder dieser Jahre.

Abstrakt geometrische Körper, geschlossene und durchbrochene Volumina beherrschen die optische Wahrnehmung in dieser Ausstellung: Skulpturen, an denen Arbeitsprozesse wie Krümmen, Knicken, Schneiden, Schweißen ablesbar sind. Rost an sich ist kein Thema, sondern lediglich eine dem Material inhärente Nebenerscheinung, die künstlerisch insofern aufgegriffen wird, als sie Farbe, Oberfläche ist und in ihrer Sprödigkeit der Skulptur Authentizität verleiht.

Man ist in Marl bemüht gewesen, eine Kontinuität in der Verwendung von oxidierendem Stahl als Bildhauermaterial hienklos in die Gegenwart fortzuführen. Junge Künstler wie Ingo Ronkholz, Mario Reis oder Jo Schöpfer sind ins Ausstellungskonzept eingegliedert worden. Sicher ist aber der Höhepunkt dieser Kunstausstellung im Zusammenhang mit der Corten-Stahl- und Sichtbetonarchitektur der sechziger und siebziger Jahre zu sehen. Neben jener "sozialen" Architektur, die das Zentrum von Marl mit Rathaus, Museum, Schwimmbad und Warenhäusern bestimmt. Von Rost überzogen sind hier nicht nur die derzeit ausgestellten Kunstwerke, auch die monumentale Stahlkonstruktion, die inmitten des Ganzen einen Uhrenkubus mit Ila Ziffern trägt. (Skulpturenmuseum Glaskasten Marl und Rathaus bis 7. Sept., Katalog 20 Mark.)

MARIANA HANSTEN



Pablo Picasso: "Die Frau im Garten" (Eisen, 1929), aus der Kölner Ausstellung. FOTO: KATALOG

KULTURNOTIZEN

Ein Wettbewerb für Barock-Cello findet erstmals vom 2. bis 6. September in Paris statt.

Fritz Cremer, Bildhauer aus Ost-Berlin, ist mit Werken im West-Berliner Haus am Lützowplatz bis zum 14. September zu sehen.

"Ein Bauer auf der Rast", ein Ölgemälde von Roelant Newman (1902-1970) zeigt nach Münchengladbach jetzt bis zum 5. Oktober der Westfälische Kunstverein Münster.

"Gespräch mit der Erde" heißt eine Ausstellung, mit der sich das geologisch-paläontologische Institut der Universität Münster vom 29. 8. bis 30. 11. dem Rheinischen Schiefergebirge widmet.

Das druckgraphische Werk von Barnett Newman (1902-1970) zeigt nach Münchengladbach jetzt bis zum 5. Oktober der Westfälische Kunstverein Münster.

